Nr. 3.00 · XII 2000 · 49.Jhg.

diskus

Frankfurter StudentInnen Zeitschrift · Bis OF gratis, auswärts 5 Mark

** performing the border

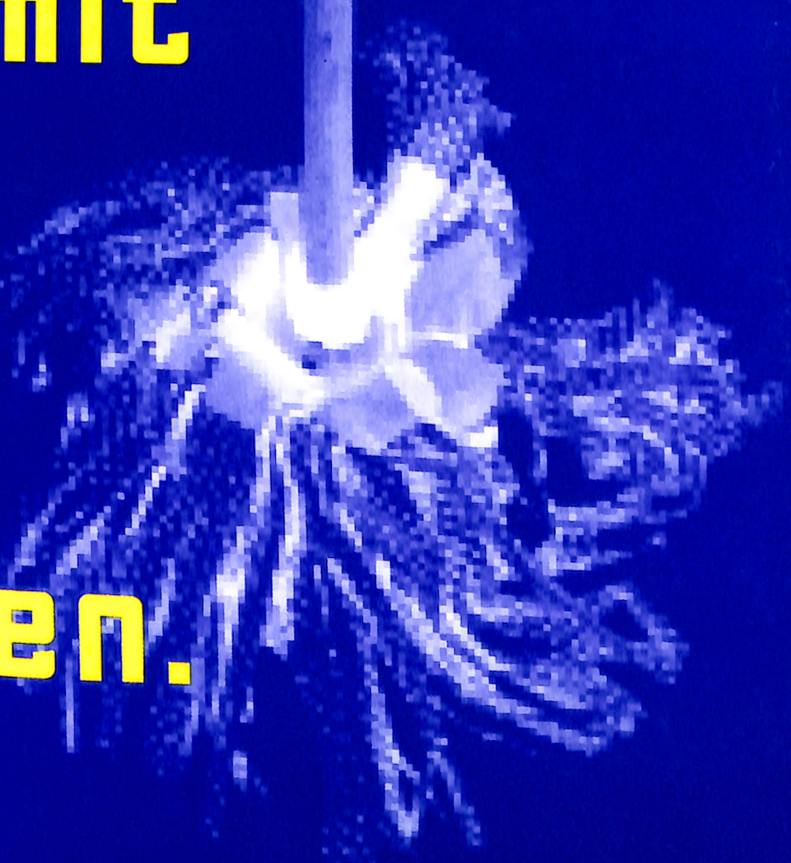
** Kameras

** ifu

Infoladen
Koburger Str. 3, 04277 Leipzig
Tel. 0341/3 02 65 04

Aufstand der Anständigen:

Den Mob mit dem Feudel austreiben.



editorial 3

»Wir sind hier!« 5
Dark Wave als kulturavant-gardistische Kameradschaft

Erregung – abgeebbt 9
Über Zivilgesellschaft und rechtsextremistische Gewalt

Migration im Postfordismus 12

Nach dem Allein-vertretungsanspruch 15
Interview zu Situation und Perspektiven antifaschistischer Politik

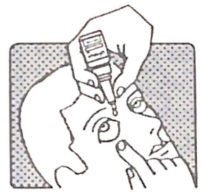
Performing the Border 20
Geschlecht, transnationale Körper und Technologie

When the »East« meets the »South« and the »West« sets the Agenda 27

Sehen und gesehen werden 32
diffus und kampagnistisch: die Rede von der Überwachungsgesellschaft

garip dünya 36

impressum 43



editorial

Deutsche Wasser sind tief – manche ertrinken darin. Das Ereignis »Sebnitz« markiert den vorläufigen Endpunkt einer vermeintlichen Einhelligkeit. Im Sommer und auch noch im deutschen Herbst 2000 schien sich die Mehrheit einig: Deutschland hat ein Glatzenproblem. Mit der »Wende« im Fall Joseph und den neusten Erkenntnissen im Prozess über den Anschlag auf die Synagoge in Düsseldorf wittern jene Morgenluft, die immer schon linke Propaganda am Werk sahen. Wird Deutschland einig Antifa jetzt zurückgepfiffen? Als die CDU die Leitkultur ins Spiel brachte, ließ sich dies noch als Versuch deuten, die Perspektive weg von den Neonazis und hin zu »assimilationsunwilligen Ausländern« zu verschieben. Redeten die einen noch von der Kultur des Anstands, hatten die anderen sie schon längst und seit jeher für sich veranschlagt und wendeten nun den Kulturbegriff in neuem Gewand als Zugangsvoraussetzung der deutschen Gesellschaft.

Dass die Zeugen im Fall Sebitz gekauft oder Alkoholiker gewesen sein sollen und dass die Bombenwerfer von Düsseldorf keine deutschstämmigen Eltern haben, bietet nun verbesserte Möglichkeiten, die Gegenoffensive zu wagen: »Übereilt« (*FAZ*), gar »hysterisch« (*Spiegel*) sei der Verdacht gewesen, deutsche Rechte hätten ertränkt und gezündelt.

Ist damit der letzte Akt des Sommertheaters Staatsantifa gespielt? Schon wird gemutmaßt, in Deutschland geht die rassistische Normalität weiter, ohne dass sich noch über die hässlichen Facetten groß aufgeregt wird. Tatsächlich rudern aber die rot-grünen MeinungsmacherInnen zunächst einmal nicht eiligst zurück. Es gebe keinerlei Veranlassung, von der Thematisierung von Rassismus und Rechtsextremismus abzulassen, so etwa Schröder und die *FR* unisono. Ob das Ende des Staatsantifa-Spektakels gekommen ist oder sich fortsetzt – darin spiegelt sich die Frage, was der Hype eigentlich war und ist.

Für Teile der Linken war das Ganze nie mehr als Heuchelei bzw. heisse Luft; und es war auch richtig, auf die staatliche Rede gegen den Straßenrassismus mit einer Breitseite Kritik an dem hoheitlichen Rassismus zu reagieren, der sein Monopol auf legitime Gewalt und Abschiebung zu verteidigen suchte. Tatsächlich ging es im zivilgesellschaftlichen und staatlichen Aufbegehren gegen Nazi-Glatzen und NPD nie darum, die Bedingungen für eingewanderte und einwandern wollende Leute dahingehend zu verändern, dass sie als solche nicht markiert und positioniert wären; Asyl- und Ausländergesetz standen nie zur Debatte. Der Staat kann sich als Behüter der »Schwachen« gerieren, wenn Schlägertrupps unterwegs sind, die diejenigen verprügeln, die erst staatlicherseits zu Schwachen gemacht wurden. Ansonsten wird weiter grenzpatrouilliert, der BGS von der Leine gelassen, interniert und ausgeflogen. Rassismus? L'état, c'est moi!

Gleichwohl erscheint es verkürzt, sich auf eine »alter Wein in neuen Schläuchen«-Sichtweise zu beschränken. Die Ideologiekritik-Schiene, die im Hype bloß heisse Luft sieht, greift zu kurz, da derzeit tatsächlich eine Auseinandersetzung um ein modernisiertes Nationen- und Staatsverständnis stattfindet. Neben dem Aufstand der Anständigen zeigen auch die Debatten um doppelte Staatbürgerschaft, Green Card und Leitkultur, dass sich der NeueMitte-Republikanismus politisch, ökonomisch und kulturell um eine Absetzung vom konservativen, völkelnden Nationalismus müht. So demonstriert das rot-grüne Modernisierungsprojekt zum Wohle der Nationalwirtschaft Flexibilität. Die Einführung der Green Card steht für die Bereitschaft, die als Standortnachteile ausgemachten Lücken in der nationalen Arbeitskraftzusammensetzung mittels eines selektiven Zugriffs auf ausländische Hochqualifizierte zu stopfen.

Auch der Umgang der Berliner Republik mit der nationalsozialistischen Vergangenheit verändert sich, wie schon während des Kosovokrieges durchexerziert wurde. Das deutsche Erbe wird nicht – wie auf konservativer Seite üblich -- weg- bzw. schöngeredet oder für beendet erklärt, sondern zur Folie genommen, vor der eine besondere Moralität zelebriert und inszeniert werden kann. Gerade weil die Vergangenheit als schändlich gilt, soll Deutschland 2000 geläutert, wachsam und verantwortungsbewusst sein. Einerseits werden hierdurch Kriegseinsätze legitimiert, andererseits kann das derzeitige Ausmaß an heimischer rassistischer und insbesondere antisemitischer Gewalt nicht hingenommen werden. So hat es seine eigene Plausibilität, dass der Anschlag auf die Düsseldorfer Synagoge zum Auslöser des »Aufstands der Anständigen« wurde.

In diesem Sinne zielt die Kampagne nicht nur auf die Innenverhältnisse der Republik, sondern soll ihre Effekte auch nach aussen hin zeigen. Eifrig wird an einem neuen Image Deutschlands gebastelt: als modernes, weltoffenes und sich seiner Verantwortung für die eigene Geschichte bewusstes Zentrum Europas soll es auf der Höhe der Zeit diese selbst maßgeblich prägen.

Festzustellen, dass sich Rassismus und die Definition von Nation verändern, heisst keineswegs, Veränderung allein schon als positiv zu bewerten oder sich gar mit dem neuen Modell anzufreunden. Es geht nicht bloß um die abstrakte Frage, welches Projekt mehr oder weniger rassistisch ist, sondern vielmehr darum, wie die verschiedenen Rassismen und Ausgrenzungs-

strategien jeweils funktionieren. Das heisst aber, die Bewegungen des Staatsprojekts samt seiner zivilgesellschaftlich hegemonialen Kräfte wahrzunehmen und die eigene Positionierung, während 16 Jahren Kohl-Regierung eingespielt, entsprechend zu verändern. Nachhaltig verwirrend wirkt es, wenn von Regierungsseite plötzlich Themen und Parolen aufgegriffen werden, die bis vor kurzem noch der marginalen Linken vorbehalten waren. Symptomatisch für die Schwierigkeiten der Linken, das derzeitige Durcheinander auf den Begriff zu bringen und sich zu positionieren, war der Verlauf der von *Jungle World*, Kanak Attak und *diskus* organisierten Veranstaltung »don't believe the hype II. Strategien gegen rechts« Mitte Oktober in Frankfurt. Während die auf dem Podium vertretenen Referenten trotz unterschiedlicher Positionen kaum in eine produktive Auseinandersetzung kamen, waren die Wortmeldungen der ca. 200 anwesenden Interessierten und AktivistInnen eher von einer ratlosen Schweigsamkeit geprägt, in der gerade noch die eigenen Unsicherheiten mit der neuen Situation artikulierbar waren.

Umso bedauerlicher, als die auf der Veranstaltung vertretenen Positionen durchaus Stoff für eine solche Auseinandersetzung hergeben würden:

Dass vor allem das Ausländerrecht und erst in zweiter Linie Nazis ein Problem für Asylbewerber in Deutschland sind, machte Cornelius Yufanyi von der migrantischen Organisation »The Voice« deutlich, die zur Zeit eine Kampagne gegen die Residenzpflicht von AsylbewerberInnen durchführen. Ein wirksamer Selbstschutz gegen rassistische Übergriffe wird aufgrund der eingeschränkten Bewegungsfreiheit und der Kriminalisierung von Ansätzen politischer Selbstorganisation weitgehend erschwert. Die repressive Verfolgung alltäglicher Handlungen durch rigide Ausländergesetze bewirkt, dass nicht nur Angriffe von Nazis, sondern auch die Polizei als ständige Bedrohung im Hintergrund steht. Auch eine zum Teil paternalistisch-humanitäre Flüchtlingsbetreuung helfe da nicht viel. Um selbst handlungsfähig zu werden, müssten grundlegende Rechte auch für Flüchtlinge gewährleistet bzw. durchgesetzt werden.

Von einer Krise des herkömmlichen Antifaschismus und Antirassismus, der zwar nicht erst durch die rot-grüne Modernisierungspolitik erzeugt, aber nun sichtbar werde, geht Vassilis Tsianos (Kanak Attak) aus. Auf die Veränderungen könne weder mit herkömmlicher Ideologiekritik, die von einem unveränderbaren Rassismus ausgehe, noch mit der Fortführung der klassischen Antifa- und Antirassismus-Politik angemessen reagiert werden. Diese traditionellen Positionen würden vielmehr im Anti-Glatzendiskurs der Staats-Antifa »mainstreamisiert«. Die neue Qualität einer sich abzeichnenden modernisierten Politik rassistischer Statifikation, die mit dem Modernisierungsprojekt der Berliner Republik korrespondiere, könne damit jedenfalls nicht erfasst werden. Was den Initiativen und Gruppen in Zeiten einer ursupatorischen Staats-Antifa bleibe, so sie denn die eigene Position nicht grundlegend überdenken würden, sei dann nur noch eine »Professionalisierung im Sinne von staatlich subvebtionierten NGOs« und die »verzweifelte Suche nach Bündnispartnern aus dem linksliberalen Spektrum«. Erfolgversprechender sei es, sich auf Möglichkeiten des Bruchs von identitären Zwangsverhältnissen und daraus entstehenden neuen Widerstandspraktiken zu beziehen, die sich im Zuge der ausländerrechtlichen Reformen und der veränderten Zugangsmöglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt herausbilden.

Von der Position eines »pragmatischen Antifaschismus« aus, dem es um Fortschritte hier und jetzt geht und der »Verbesserungen nicht bis zur Revolution hinausschieben mag«, stellt sich die Situation für Alfred Schobert (DISS) folgendermaßen dar: einerseits ein seit 1989 zunehmender Antisemitismus und Rechtsextremismus, andererseits die Möglichkeit, im Windschatten der rot-grünen Mobilisierung die Kontinuität des spezifischen deutschen »völkischen Nationalismus« zu unterbrechen oder gar zu beenden. Dies geschehe jedoch nicht von selbst, die Antifa könne vielmehr ihre vorhandenen Kompetenzen nutzen, um die Veränderungen so weit wie möglich voranzutreiben. Ob ein neuer Antirassismus sich aber vor dem Hintergrund eines zunehmenden Antisemitismus über die »Interessen von Migrantinnen und Migranten« bestimmen lasse, wie bei Kanak Attak, sei fraglich. Die hier lebenden Juden könnten ja kaum generell als Migranten gelten.

Um die gegenwärtige Krise des Antirassismus zu verstehen, mag es hilfreich sein, zwischen zwei verschiedenen Aspekten zu unterscheiden. Die ältere Tendenz ist eine zum Paternalismus neigende Flüchtlingsunterstützungspolitik, die angesichts zunehmender Selbstermächtigung und Organisierung von MigrantInnen in Frage gestellt wird. Dazu kommt spätestens seit dem Regierungswechsel eine Übernahme und Reartikulation linker Themen durch Rot-Grün. Angesagt erscheint daher eine doppelte Neupositionierung. Das Auftauchen neuer migrantischer Akteure auf dem Feld des Antirassismus zwingt eine »Unterstützungs«-Linke, die nun nicht mehr exklusive Akteurin ist, dazu, sich demgegenüber zu äußern und neue Bündnisse einzugehen.

Zum anderen unterminiert ein Diskurs, der nicht mehr auf restriktive Abschottung, sondern auf produktive Einwanderung setzt, die inhaltliche Ausrichtung bisheriger antirassistischer Kampagnen. Diese konnten sich gegenüber einer regierungsamtlichen »das Boot ist voll«-Rhetorik recht einfach positionieren. Das rot-grüne Einwanderungsversprechen macht eine um einiges anspruchsvollere Auseinandersetzung mit dem in Reform befindlichen staatlichen Rassismus notwendig. Eine genauere Beurteilung konkreter Maßnahmen kann dabei helfen, bestimmte gesellschaftliche Tendenzen vor dem Hintergrund neu zu formulierender Ziele zu verstärken.

Anlässlich des nächsten Grenzcamps, das im Sommer 2001 im Rhein-Main-Gebiet stattfinden wird, können die Diskussionen weitergeführt werden.

Redaktion diskus

»Wir sind hier!«

Dark Wave als kulturavantgardistische Kameradschaft

Anfang der neunziger Jahre bricht die Assoziationskette Subkultur-Subversion-Links in sich zusammen. Im Outfit des Mobs von Rostock-Lichtenhagen finden sich jetzt auch Style-Versatzstücke und Codefragmente verschiedener vormals links besetzter Subkulturen: Der Nazi-Riot markiert – durch optische Präsenz von Basecaps, Piercings und Kapuzenpullis, unterlegt mit technoiden Beats – das Ende vermeintlich eindeutiger subkultureller Grammatik, was die zunehmende Fragwürdigkeit politischer Zuschreibungen außerhalb der konkreten Praxis der Akteure anzeigt.

Verschiebungen in der subkulturellen Grammatik sind kein reines Oberflächenphänomen, das quasi den »Core« der die Symbole liefernden Subkulturen unberührt lässt, sie sind Ausdruck eines politischen Vorzeichenwechsels in den Subkulturen selbst – die »Kids« sind schon längst nicht mehr »allright«. Oft hat sich durchgesetzt, was im neurechten Diskurs in einer verkürzten Gramsci-Rezeption als »kulturelle Hegemonie von rechts« verhandelt wird. Prototypisch für diesen Prozess sind auf verschiedene Weise die Entwicklungen in der sogenannten Dark-Wave-Szene.

Seit Beginn der neunziger Jahre arbeitet ein reanimiertes Zerfallsprodukt von Punk, der sogenannte »Gothic« resp. »Dark Wave« – ausgehend von Roots in der britischen New-Wave-Culture – am Tatort Deutschland an seiner konsequenten Germanisierung. Während in einer anderen, ebenfalls von New Wave ausgehenden Linie, z. B. im Umfeld disko b / Gigolo-Label, Acts wie »Chicks on Speed« oder »Zombie Nation« versuchen, an der Schnittstelle von Club und Subversion zu arbeiten, wird hier – unter Anrufung spezifisch deutscher ästhetischer Traditionen – Popkultur aus ihrem internationalen Kontext gerissen. Eklektizistisch wird im Fundus der reaktionär-bildungsbürgerlichen Kultur gewühlt, ausgegraben werden Versatzstücke aus Romantik und Symbolismus oder es wird, das Martialische betonend, unbeschwert von Leni Riefenstahl bis Marinetti zitiert, wie Martin Büsser skizziert: »Erträumt wird ein altes Europa das konturlos mal bei nordischen Göttern, mal in einem romantischen Kloster, mal Minnelied und mal in Gestalt eines Feldherrn gesichtet wird, stets Relikt eines zusammengebrochenen Systems, stets betrachtet aus dem Blickwinkel, der mit dem Ruinösen liebäugelt [...] Nationalmythos statt Universalgeschichte.« (Martin Büsser: »Lichtrasse und Wälsungenblut«, in: *Testcard* 4 / 97).

In den Ergüssen von Bands wie »Mozart«, »Das Ich« und »Goethes Erben« tritt der eigene Avantgarde-

anspruch dann allerdings mehrfach in / mit schwerer Fraktur zu Tage. Immerhin, und das ist in dieser Szene alles andere als selbstverständlich, versuchen sich die genannten Gruppen – wenn auch ästhetisch fragwürdig gepackt – gegenüber den im weiteren skizzierten Entwicklungen am antifaschistischen Statement.

Während die Nazi-Skin-Kultur durch ihre eindeutige politische Verortung jedem Neueinsteiger eine Entscheidung hinsichtlich des politischen Standpunktes abverlangt, müssen Mr. und Mrs. Gothic sich nicht gleich politisch festlegen. Das Verbindende ist nicht die politische Anschauung, sondern ein diffuses »schwarzes« Lebensgefühl. Gerade dieses Lebensgefühl ist aber in seinem antimodernen Gestus und der romantischen Verklärung der Vergangenheit an sich schon alles andere als emanzipatorisch, damit aber auch zugleich offen für (neu)rechtes Overwriting.

So begegnet die Szene der immer offensichtlicher werdenden Rechtsorientierung zumeist mit einer sich als »Toleranz« ausgebenden stillschweigenden Akzeptanz. Niemand scheint sich über Bandnamen wie »Feindflug«, »Rasthof Dachau«, »Der Blutharsch« oder Songtitel wie »Against the Modern World«, »Der SIEG des Lichtes ist des Lebens HEIL« oder »Rose Clouds of Holocaust« zu wundern. Geleistet wird hier, was Alfred Schobert als »kulturelle Drecksarbeit für den politischen Hardcore« bezeichnet; bebildern lässt sich diese These mit dem in vielen Szene-Magazinen als ausgesprochen sympathisch gehandelten Michael Moynihan, Kopf von »Blood Axis«: »Einerseits denke ich, daß die Zahl 6 Millionen nur zufällig und ungenau und wahrscheinlich eine grobe Übertreibung ist. Ich habe revisionistische Bücher gelesen, die gut gegen den Holocaust-›Kanon‹ argumentieren, und selbst die jüdischen Historiker verändern fortwährend ihre Ansprüche. Doch mein Hauptproblem bezüglich der Revisionisten ist, daß sie von der Annahme ausgehen, das Töten Millionen unschuldiger Menschen sei als solches ›böse‹. Mehr und mehr neige ich zur entgegengesetzten Schlußfolgerung. Ich geriete nicht aus der Fassung, wenn ich herausfände, daß die Nazis jede ihnen zugeschriebene Grausamkeit begangen hätten – ich zöge es vor, wenn es wahr wäre« (Michael Moynihan, in: *No Longer A Fanzine*) Auch wenn manche Grufties das vielleicht »ein bisschen zu krass« finden mögen, ist es doch ein Bestandteil der Szenekultur, im Zweifelsfall wird eben die szeneinterne »Solidarität« strapaziert. Niemand käme auch nur im Traum auf die Idee, Veranstaltungen wegen rechter Inhalte zu boykottieren geschweige denn anzugreifen.

Einher geht die Rechtsbewegung mit einer immer stärker werdenden Rückbesinnung auf die deutsche Sprache, die sich nicht nur in der Musik zeigt: Derzeit scheint es besonders angesagt zu sein, jegliche Anglizismen und Latinismen auf Flyern durch Eindeutschungen zu ersetzen. Das Internet wird zum »Weltnetz«, das Telefon zum »Fernruf«, das Fax zum »Fernbild«, die CD zur »Lichtscheibe« und die Musik schließlich mutiert zur »Tonkunst«.

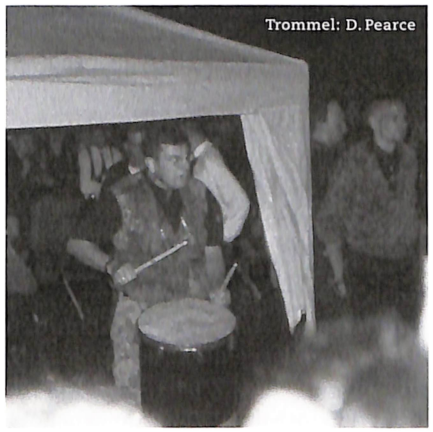
So ist es denn auch kein Zufall, dass organisierte Neofaschisten ausgerechnet diese Szene für sich entdeckt haben, bietet sie doch in vielerlei Hinsicht ideale Bedingungen für den (neu)rechten »Kulturkampf«, wie es Roland Bubik in der *Jungen Freiheit* bereits vor einigen Jahren zu erkennen glaubte: »Wenn das Mystische und das Irrationale, der Wunsch nach antiaufklärerischer Innenschau und gelebter Transzendenz ihre Stimme in der Jugendkultur finden, ist der ästhetische Konsens des Westens durchbrochen. Wenn die Bezugspunkte Mittelalter und deutsche Geisteskultur darstellen statt ›Love and Peace‹, wenn die Seele gegen den Intellekt ins Feld geführt wird – dann schneidet sich ein Keil in das Establishment oberflächlicher Beliebigkeit.« (*JF* 4 / 96, zitiert nach: Alfred Schobert: »Aufstand gegen die Moderne«, in: *SPEX* 5 / 96)

Die praktische Umsetzung dieses »Kulturkampfes« wird alljährlich auf dem »Wave-Gotik-Treffen« in Leipzig vorgeführt. Dieses Festival hat sich mittlerweile zu dem Event der »schwarzen Szene« entwickelt; mit schätzungsweise 25000 Besuchern ist es aber schon längst kein Insidertip mehr. Jedes Jahr zu Pfingsten prägt es für gut vier Tage das Leipziger Stadtbild. Mehrere Großhallen des Messegeländes bilden den zentralen Veranstaltungsort. Darüber hinaus werden zahlreiche Orte im gesamten Stadtgebiet einbezogen: Die meisten Leipziger Diskotheken richten während des Festivals Dark-Wave-Parties aus. Die Stadt stellt für die Veranstalter neben Messegelände und verschiedenen Parks auch das Völkerschlachtdenkmal bereit. In einem bunten Rahmenprogramm aus Lesungen, Orgelkonzerten, Mittelalterspektakel und Kutschfahrten soll neben den eigentlichen Festivalbesuchern auch die Leipziger Bevölkerung angesprochen werden.

Nun ziehen Kuriositäten wie das sogenannte »Heidnische Dorf« aber nicht nur biedere Familienausflügler an. Die von Schwarzgewandeten und zahlreichen Schaulustigen bestaunte muntere Germanentümelei sorgt daneben auch für massive braune Präsenz in ihrem ganzen Spektrum: Neben der Anwesenheit vieler Naziskins fällt auf, dass sich zahlreiche Anwesende mit offensichtlicher Detailfreude um authentische Präsentation der »Styles« des Dritten Reiches bemühen. Ausgehend von den beiden Genderfixpunkten BDM und Kamerad wird ein ganzer Mikrokosmos faschistischer Jugendkultur entfaltet, diese findet sich eingebettet in ein Szenario, das irgendwo zwischen der Spießigkeit eines Freilicht-Heimatmuseums und Live-Rollenspiel oszilliert. Vor einem Wikingerschiff führt ein anthroposophischer Greis mit Wallebart in die germanische Bootsbaukunst ein, mehrere fundamentalistische Landfrauen in ostpreußischer Tracht arbeiten an der Neudefinition von »Volksküche« – serviert wird ein fieser Mürbekeks, der vermutlich die Härten des germanischen Lebens verdeutlichen soll. Nazi-Skins messen sich mit Familienvätern beim Axtwurf, eine »sächsische Sektion« der »Allheidnischen Front« liegt metberauscht daneben.

Wie schon die Jahre zuvor bündelt das rechtsextreme Dresdner Gothic-Magazin *Sigill* als Mitveranstalter des Festivals die extremsten Fascho-Acts in als »Lichttaufe« ausgewiesenen Sessions. Angeleitet von den mit Seitenscheitel, Jankerl, Kniebundhose und Monokel auf »Konservativer Revolutionär« getrimmten Machern des Fanzines, erwarten hier über hundert hart faschistisch codierte »Musikfreunde« einen konspirativ angekündigten »Gig« der britisch-australischen Band »Death in June« um den erklärten Ernst Röhm-Verehrer Douglas Pearce. Pearce, dessen Musik quer durch die ganze Szene und weit darüberhinaus rezipiert wird und mittlerweile einen unangreifbaren Kultstatus erlangt hat, wird von seinen Fans hartnäckig gegen das Etikett Faschist in Schutz genommen, indem diese in seine Lyrics beharrlich Ambivalenzen und Uneindeutigkeiten hineinlesen. Das von Death in June (der Bandname bezieht sich auf den 30. Juni 1934, den Todestag des SA-Führers Röhm) melancholischem Nazi-Pop textlich immer wieder aufgegriffene Thema sind das Dritte Reich und der Holocaust. So in »Heaven Street«, einem Song über den als »Himmelfahrtstraße« bezeichneten Weg von der Selektionsrampe zu den Gaskammern des KZs Treblinka: »take a walk down heaven street / the soil is soft and the air smells sweet / now only memories run on railway tracks / this road leads to heaven / the earth exploding with the gas of bodies / now only flowers to idolize / this road leads to heaven«. Die offene Glorifizierung des Holocaust wird zugunsten seiner Ästhetisierung zurückgenommen, um umso wirkungsvoller zu sein. Death in June wirken so als Multiplikatoren in einer Szene, die zu einer uneingeschränkten Aufnahme der »Lehre« (noch) nicht bereit ist. Die von Pearce angestrebte, affirmative Darstellung des Nationalsozialismus drückt sich aber auch in der 1:1-Übernahme faschistischer Terminologie, etwa in einer »Neuvertonung« des Horst-Wessel-Liedes, aus. Die Vinyl-Pressungen des erwähnten Songs »Heaven Street«, der manchmal auch getreu rechter Zahlenmystik »DI6« genannten Band, bieten durch kryptische Verweise auf Wehrmacht, SA und SS (Gravuren zwischen den auslaufenden Rillen der Platte, SS-Totenkopf als Bandlogo) ein interessantes Puzzle für Adepten – ein Schema, das in fast allen Death in June-Releases durchgehalten wird. So bieten etwa die Textzeilen »then my loneliness closes in / so I drink a german wine / and drift in dreams of other lives / and greater times« in »Runes and Men« zunächst wenig Spektakuläres, erst im Kontext »Death in June« wird die Bedeutung der Chiffren klar: »german wine« ist ein cooler Nazi-Drink, »other lives« sind die Männer der SA und mit »greater times« ist das Dritte Reich gemeint.

Auch auf dem Festival zeigt die themagebende Subkultur kein Bemühen um Abgrenzung – völlig ungerührt angesichts der massiven Präsenz von Hardcore-Faschos flanieren die Gothics über das Gelände.


Trommel: D. Pearce

Die permanente Anwesenheit von Rechtsradikalen scheint ebenso zur »Normalität« ihrer Subkultur zu gehören, wie das wohl unvermeidliche Auftreten extrem-rechter Verlage, von »Arun« bis »VAWS« mit antisemitischen Schriften und »Riefenstahl-Sampler« im Programm. Über passive Akzeptanz hinausgehend, finden auch viele Grufties nichts dabei, mit rechten Symbolen durch die Gegend zu laufen. Der Umgang mit den Insignien des Dritten Reiches ist hier »unverkrampft«: Sig-Rune, Wolfsangel und mehr oder weniger stilisiertes Hakenkreuz geben dem schwarzen Dress wohl erst den notwendigen »Pep«. Die entspre-

chende Apologie liefert Kadmon, »Mastermind« der folgerichtig für dieses Festival angekündigten Combo »Allerseelen« in einem Interview mit dem Darmstädter Fanzine »Black«:

»Offenbar braucht jede Kultur ein Hexenmal, einen Judenstern. Und von der ›p. c.‹ zum Pogrom ist's oft nur ein Schritt, wie die Geschichte zeigt. [...] Heute ist der Faschismusvorwurf gegen industrielle Musik und Dark Wave ein Judenstern. [...] Die Judensterne sehen heute anders aus, es sind ariosophische, völkische Zeichen. Runen, Thorshammer, Kruckenkreuz, Hakenkreuz.« (*Black* 14/1998).

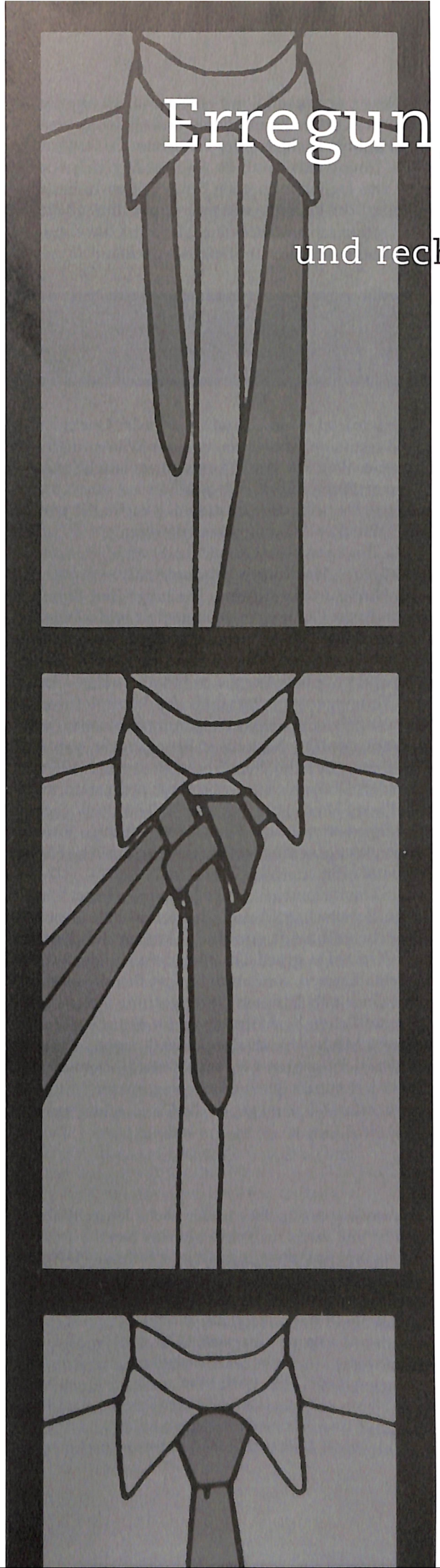
Unterstrichen wird die Germanomanie durch fast ausschließlich »weißes« Publikum. Die vorherrschende »Whiteness« dürfte aber weniger auf das zweifellos gegebene Bedrohungspotential für MigrantInnen durch anwesende Skins, sondern vor allem auf ausschliessende Mechanismen innerhalb der Dark-Wave-Szene zurückführbar sein. In den ästhetischen Inhalten des Dark-Wave wird ein genuin nordisches Deutschland imaginiert, dessen rassistische Elfen- und Nordmannstereotypen auf zahlreichen Plattencovern, Flyern und Fanzines präsent ist.

Praxisform rechtsextremer Dominanz war bislang vornehmlich das von Glatzen mit dem Baseballschläger durchgesetzte Konzept der National befreiten Zonen (NBZ) im rural-peripheren Raum. Das Festival stellt demgegenüber ein willkommenes Labor für die urbane Erweiterung dieses Konzepts dar. Es gerät zu einer Leistungsschau genuin deutscher Subkultur, in der eine von »fremdvölkischen Einflüssen« bereinigte deutsche Leitkultur (Merz) durchgespielt wird.

Angesichts der Akzeptanz der BesucherInnen bleibt der einzige Versuch, wenigstens kosmetisch den krassesten Nazi-Acts entgegenzutreten, ein kurzfristig verhängtes Auftrittsverbot der Stadt Leipzig für die Gothic-Band »Von Thronstahl« um den auf Grund seiner antisemitischen Ausfälle in der Nazi-Presse abgefeierten Josef Klumb. Das Auftrittsverbot für die Bingener Formation wird dann allerdings dadurch umgangen, dass die Band, mit dem SS-Emblem »Schwarze Sonne« auf der Bühne posierend, ihre »Tonkunst« vom Band laufen lässt. Einige Fans lassen es sich ob dieses »genialen« Schachzugs dann auch nicht nehmen, der schwarzen Kapelle den »deutschen Gruß« zu entbieten.

Missstimmung rufen aber nicht diejenigen hervor, die ihre überschwengliche Begeisterung auf dem Festival im »Heil Hitler« kanalisieren, sondern der, durch die Geschäftspraktiken zweier Veranstalter, die sich laut Gerücht mit der Kasse abgesetzt hatten, drohende Festivalabbruch am nächsten Tag. Nachdem mit PA-Verleih und Security – ausgenommen die noch hoffnungsfrohen Würschtlbrater – nahezu alle organisatorischen Funktionsträger geprellt abziehen, wird allgemein für das »jetzt-erst-recht-Modell« optiert: Mit einigen unverdrossenen Bands und freiwilligen HelferInnen soll weiter Programm gemacht werden. Konsequent werden die widrigen Rahmenbedingen dann aber auch von den rechten Kulturstrategen genutzt: Das Techno-Equipment muss dem Zusammenrücken am Lagerfeuer weichen – in einem improvisierten Bühnenpavillion präsentieren sich Bands des Sigill-Labels »Eis & Licht Tonträger« ganz »back to the roots« unplugged im Fackelschein. Mit Lederriemen umgeschnallte Trommeln, bekanntes Bild von NPD-Aufmärschen, ersetzen kurzerhand Sampler und DSP-Tools. Die zahlreich anwesenden Braunhemden passen sich schnell der neuen Situation an und übernehmen, historisch getreu, den »Sicherheitsdienst« im Heidnischen Dorf. Tief beeindruckt von soviel gelebter Kameradschaft lässt sich dann schließlich der vorher zögerliche, vom Publikum mehrfach geforderte Top-Act Death in June zum Auftritt herab. Der »SD« bildet für ihn ein Fackelspalier, an die Zuschauer ergeht, wohl wegen befürchteter Antifa-Aktionen, die Ermahnung: »Achte auf Deinen Nebenmann!«. Unterstützt von Albin Julius (»Der Blutharsch«) am »Schlagwerk« gelingt es Douglas P. dann, seinen Standpunkt in einem Miniset klarzumachen. So beenden sie ihren Auftritt mit dem Klassiker »C'est un rêve«, einer Hommage an den die Deportation der französischen Juden organisierenden Lyoner Gestapochef Klaus Barbie. Die in den Stück monoton wiederholte Frage »Où est Klaus Barbie?« permutiert Douglas P. in der letzten Wiederholung zu »Où est Death in June?«, die er – auf deutsch – mit einem frenetisch gefeierten »Wir sind hier« beantwortet.

Oliver Groß, Claus Weiland



Erregung – abgeebbt

Über Zivilgesellschaft und rechtsextremistische Gewalt

0

Ob ein Alltagsphänomen bewusst wahrgenommen wird, hängt wesentlich davon ab, wie sehr es thematisiert, und das heißt, nach den Regeln der medialen Verwertung skandalisiert wird. Die Verlaufsform eines Skandals wiederum ist vorgezeichnet. Aufgeschreckte RepräsentantInnen geben sich entschlossen, DemokratInnen werden aufgerufen und Maßnahmen gebündelt. Irgendwann kann man das alles nicht mehr hören. Dann kehrt der Alltag wieder ein.

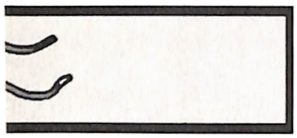
1

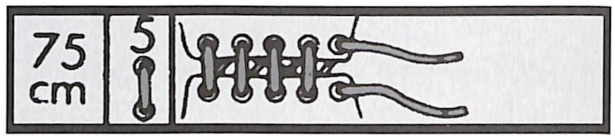
Seit gut 15 Jahren ist die sogenannte Asyl-, bzw. Ausländerpolitik ein zentrales gesellschaftliches Thema. Verschiedentlich dominierte dieses Thema die innenpolitische Debatte, etwa zu Zeiten der weitgehenden Abschaffung des Grundrechts auf Asyl oder der Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft.

Im zyklisch anschwellenden Wortstrom tauchten und tauchen MigrantInnen, auf verschiedene Weise sprachlich abgewertet, wieder und wieder als ein Problem auf, das die Politik zu lösen gefordert ist.

Auch jeder rassistische Totschläger arbeitet an der Lösung dieses ständig postulierten Problems. Die Empörung darüber, dass er totschlägt, wo doch geprüft, zugeführt, integriert, begrenzt geduldet, in Gewahrsam genommen oder abgeschoben werden muss, entzündet sich allein am Unmaß seiner Sanktion.

Der Spaß beim Hetzen von Schwarzen oder Asylsuchenden oder Obdachlosen besteht im Hetzen von Personen, die lange vorher schon ausgedeutet und mit dem Stigma der Fragwürdigkeit belegt wurden. Sei es, weil ihnen die elementarsten Bürgerrechte versagt werden, sei es, weil sie als Negativfolie für die bürgerliche Subjektkonstitution dienen. Die Besonderheit des Hetzens gegenüber einer allgemein geregelten Verfahrensweise, die durchaus auch zum Tod führen kann, z. B. während oder nach der Abschiebung, stiftet die Grenze, die den Skandal einhegt, ihn übersichtlich macht: hie Demokratie und Zivilgesellschaft, dort dumpfer Fremdenhass. Die ins Kraut schießenden Aufrufe gegen Fremdenhass und Gewalt meinen deshalb nie polizeiliche Gewalt, schon gar nicht die institutionelle Gewalt der Ausländergesetze, nie den Terror administrativer Gründlichkeit. Solches zu dethematisieren, ist ein Funktionsmoment dieser – nun abklingenden – Debatte, nicht ein, per Beteiligung, behebbarer Mangel.





chen« können gut unterscheiden, wissen, wessen Anwesenheit fragwürdig ist und lassen sich in aller Regel bei der Wahl ihrer Opfer von anerkannten Ausgrenzungsnormen leiten. Gegen den Innenminister verneinen sie das Recht des Marginalisierten auf eine innenministerielle Prüfung.

Die aufgeklärte Zivilgesellschaft dagegen tendiert zur Auffassung, dass wen der Innenminister leben lässt, ruhig leben soll. Diese Auffassung wird mitunter außerordentlich emphatisch vorgetragen. Die dann verwendeten Worte Toleranz, Zivilität und Multikulturalität sind wichtig, um sich gut zu fühlen. Das wirklich überzeugende Argument, keinen Todschlag am hellichten Tag, keine Jagd durch die Innenstadt und keine stolze Deklaration befreiter Zonen zu dulden, ist nicht neu: die Reaktion des Auslands, der Rückgang der Investitionsbereitschaft, das Vergraulen »international gefragter Forscher und Experten«. Da die auf sehr konkrete Weise vordefinierten Opfer offensichtlich von sich aus keinen Ansatzpunkt bieten, sie unbehelligt und leben zu lassen, muss als stichhaltiges Argument unser aller wirtschaftliches Wohl an ihre Stelle rücken.

Dieses wirtschaftliche Wohl erfordert z. Z. vermehrt die Zulassung ausländischer SpezialistInnen in bestimmten Branchen. Flugs wird eine Green Card-Regelung geschaffen und über eine gesetzliche Einwanderungsregelung diskutiert. Das ist der eine Grund mehr, weswegen die »Offensive gegen Rechts« dieses Jahr etwas weniger verständnisvoll auf die Nöte der jungen Schläger schaut. Ein moderner Staat mit einer interventionsfrohen Truppe (Menschenrechtsjäger), der gerne ein Sitz im UN-Sicherheitsrat hätte und dessen CDU nun »Leitkultur« pusht, weil sie »Einwanderungsland« hinnehmen muss, hat tatsächlich nicht allzu viel Verwendung für die Reiniger des Volkskörpers.

3

Jung-Nazi sein, ist ein körperlicher Zustand. Gang, Haltung, Haartracht und Kleidung werden in spezifischer Weise gestaltet; nicht allein, um per Uniformierung Zugehörigkeit zu signalisieren, sondern zunächst, um eine konkrete Distanz zur Unübersichtlichkeit moderner Herrschaftsverhältnisse zu erlangen. Die Inszenierung von Abschottung und Kampfbereitschaft versucht – übliche arbeitsteilige Herrschaftsausübung negierend – auf eine archaisch anmutende Weise, Macht zu akkumulieren und zu demonstrieren. Das macht es leicht, auf der Ebene von Codes und Zeichen, Jung-Nazis tumb zu finden. Zugleich wird in sub- und jugendkulturellen Bereichen auch dieser antibürgerliche Habitus, wie andere vor ihm, affirmiert. Die Option auf unmittelbare Macht ist dabei nur ein Aspekt. Bevor der mit Stiefeln bewehrte Körper zur Waffe wird, ist er eine Befreiung von der Uneindeutigkeit des zivilen Rassismus, von der Widersprüchlichkeit einer Welt, die dem Wertgesetz gehorcht und den Humanismus predigt. Ausgerichtet auf einen unmittelbaren Darwinismus ist die nazistische Körperlichkeit Symbol und Garant dieser Befreiung.

Die Erwägung der Nützlichkeit von Migration, das Paradigma der Kosten-Nutzen-Analyse wird vom Jung-Nazi zurückgewiesen. Die lange Zeit dominanten und von Pädagogen so engagiert widerlegten fadenscheinigen Rechtfertigungen (»nehmen uns die Arbeitsplätze weg«) sind lässlich geworden. Die zunehmend populäre Angabe des Motivs »Hass« betont jene Verweigerung, der auch die Inszenierung des Körpers gehorcht: die Verweigerung der instrumentellen Vernunft. Der Nazi hasst Regelungen – etwa des »Problems« der aus dem Produktionsprozess herausfallenden Obdachlosen, – die diese nicht unmittelbar behelligen. Ebenso hasst er eine Sozialtechnik gegenüber Migration mit dem Blick für vernünftige Einwanderernutzung; er wünscht die gesellschaftliche Hierarchie leibhaftig zu exekutieren.

Die Demonstration seiner habituellen und körperlichen Bereitschaft, (zumindest öffentlich ohne moderne Bewaffnung) einzelne, nämlich einzelne aus dem Kreis der gesellschaftlich Stigmatisierten und Marginalisierten, umzubringen, ist das zentrale Moment einer altbekannten Unterwerfung unter die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Figur des Aufbegehrens: Mit Macht (im doppelten Sinne: im Einklang mit den dominanten Ein- und Ausschlussmodi, aber praktiziert mittels der »ehrlichen«, direkten Macht des gepanzerten Körpers) gegen die Ohnmächtigen.

4

Ungewollt zynisch, aber in der Sache logisch fällt die Erwiderung aus. Der Präsident des Goethe-Instituts und weltmännische Kulturfreund Hilmar Hoffmann teilt mit: »Der aggressive Rassismus ruiniert den Standort Deutschland.« Aber eben nur der.

Weil die Protagonisten der Zivilgesellschaft Rassismus als analytische Kategorie nicht zur Kenntnis nehmen und die Logik der Nützlichkeit ihnen zur zweiten Natur geworden ist, verfahren sie nach dem Motto »mehr vom selben«. Der Nachwuchs, die Soziologin Kalupner und der Philosoph Kogge, unterbreitet (in der Zeitschrift *Leviathan* 3 / 00) Reformvorschläge, um

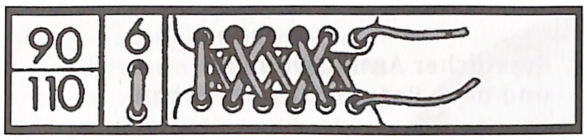
die »gegenwärtige rechtsförmige Verfahrensweise der Verteilung und Unterbringung von Asylbewerbern« in einer Weise zu reformieren, die das »zivilgesellschaftliche Engagement fördert.«

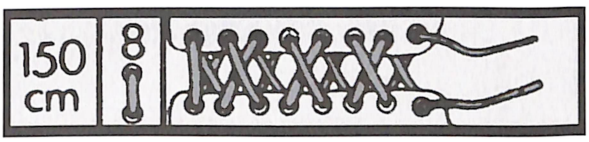
Ohne jeden Begriff von Rassismus und unter forcierter Mobilisierung instrumenteller Vernunft schlagen sie mit Rekurs auf Habermas, Luhmann und Walzer – einem »bedeutenden Theoretiker des Kommunitarismus« – vor, »diejenigen Gruppen, die von einem sozialen Problem betroffen sind (gemeint ist die Nachbarschaft von Flüchtlingen, d.V.) oder sich an einer Lösung beteiligen wollen, sollen mit ihren spezifischen Wertvorstellungen und partikularen Interessen in den Prozess mit einbezogen werden.« Da den Autoren schwant, dass dann der »behördliche Verwaltungsakt« der Zuweisung von Asylbewerbern an eine Gemeinde evtl. in Gänze scheitert, weil die ein oder andere spezifische Wertvorstellung »Ausländer raus« lautet, haben sie sich was Vernünftiges einfallen lassen: Eine Entlohnung für »die Leistung, Fremde aufzunehmen«. Sämtliche Kommunen zahlen einen bestimmten Betrag in einen Topf, »aus dem die aufnehmenden Kommunen entlohnt werden«. Der Clou, der das rassistische Bewußtsein versöhnlicher stimmen soll: »Die Fremden wären etwas wert. Kommunale Projekte (Kindergärten, Gemeindestraßen, Sportanlagen etc.) könnten gerade dadurch verwirklicht werden, dass man Fremde aufnimmt.« Solange nicht der neue Sportplatz abbezahlt ist, so die Erwartung der AutorInnen, würde die Dorfjugend an die Kandare genommen werden. »Die Fremden wären nicht mehr das Objekt, das der Staat dem Volk zuweist«, sondern das Objekt einer temporären Gemeindesanierung, dessen Duldung sich das völkische Bewusstsein bezahlen läßt.

In völliger Verkennung neonazistischer Subjektkonstitution, wird von den DoktorandInnen der Zivilgesellschaft genau die Denkart verschärft reproduziert, die noch jedem Nazi eingeleuchtet hat: Flüchtlinge sind, erst mal so, einen Scheißdreck wert; möglicherweise kann man sie sich irgendwie zunutze machen. Ob's das mehr bringt, als sie durch die Nacht zu hetzen, entscheidet man von Fall zu Fall.

5

Jener »aggressive« Rassismus, der Straßenterror, ist da besonders krass, wo wenig bzw. so gut wie gar keine MigrantInnen oder als solche identifizierbare leben. Dort, wo für hiesige Verhältnisse eher viele, anhand von Sprachwahl, Aussehen und Habitus nicht von vorneherein als deutschstämmig und / oder erfolgreich einzuordnende Bewohner das Straßenbild prägen, ist der Versuch der Durchsetzung ethnischer oder anderer Reinheitsfantasien zum Scheitern verurteilt. Da die verstärkte administrative und staatsoffizielle Drangsal die rassistische Mordlust stimuliert, würde umgekehrt die öffentliche (d.h. finanzielle, praktische und symbolische) Unterstützung der potentiellen und tatsächlichen Opfer sie dämpfen. Folglich ist jede »Offensive gegen Rechts«, jede wir-müssen-handeln-Parole, die sich aber weigert, staatliche Ausgrenzungspraktiken zurückzufahren und Kohle für die Opferunterstützung locker zu machen, die sich weigert, den





Zusammenhang von rechten Ordnungsvorstellungen und den von Polizei und BGS systematisch durchgesetzten, zu thematisieren, primär Ideologieproduktion. Im Absehen von der Funktionalität des Rassismus, im Ignorieren nazistischer Stringenz in der Opferwahl exkulpiert sich der rechnende Bürger selbst. Sowohl Sinn und Zweck gesellschaftlicher Ausgrenzungsmodi als auch der Fortbestand der Bedingungen, die den Jung-Nazis zu ihrem Körper verhelfen, interessieren ihn nicht.

6

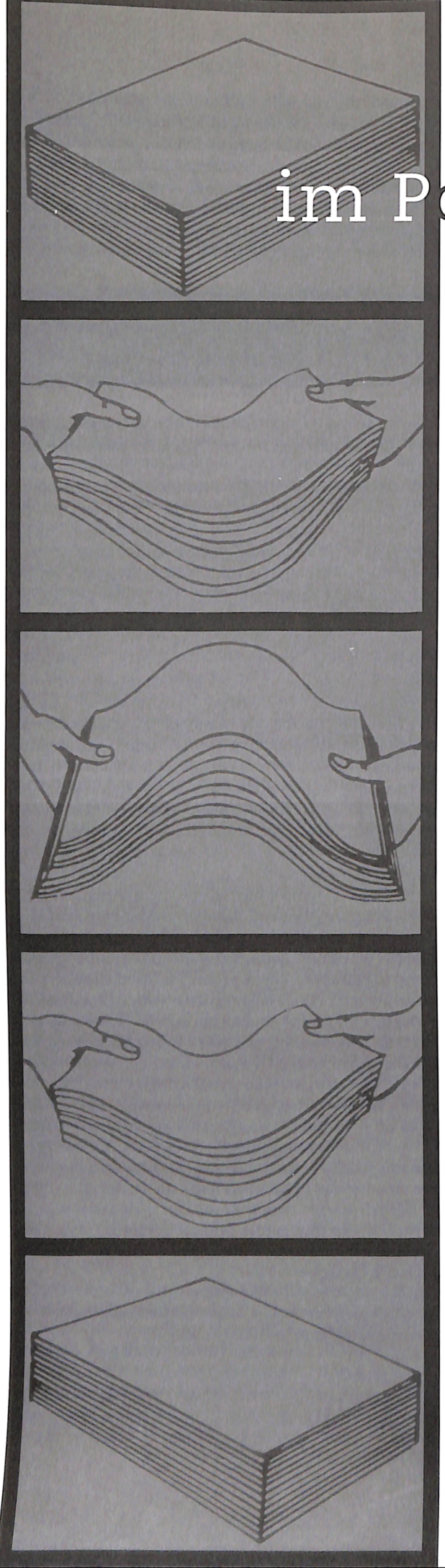
Der Nutzen, der aus der Migration zu ziehen ist, und wieder verstärkt gezogen werden muss, z.B. um das Rentensystem zu retten, zwinge dem Staat den Toleranzdiskurs und die Bekämpfung der Nazis auf, heißt es. Deshalb werde Front gemacht gegen »aggressiven« Rassismus, und zwar nicht for show, sondern recht wirklich. Der linke Vorwurf der Heuchelei ziele ins Leere.

Es ist aber dem Rassismus die Spannung zwischen begrenzter Arbeitserlaubnis und grenzenlosem Deutschtum *[deutsch-etc. muss sterben, damit wir setzen können! die sätzer]*, zwischen Vernutzung und Vernichtung seit jeher eingeschrieben. An der Betonung des Nutzens indischer IT-SpezialistInnen als mediale Begleitung eines NPD-Verbotsantrags ist nichts antirassistisches. Der derzeitigen Politik des »energischen Vorgehens gegen rechte Gewalt«, Heuchelei vorzuwerfen, wäre daher dumm. Nicht weil es nicht auch heuchlerische Fensterreden gäbe, sondern weil diese Politik recht offen innerhalb der Rassifizierungspraxen agiert und von einem Kampf gegen tradierte völkische Ideologeme, gegen das Konzentrat aus Feindseligkeit und Sentimentalität, tatsächlich nicht die Rede ist.

Die Mitte der Gesellschaft soll sich erheben und dem Rechtsextremismus Einhalt gebieten. »Wir alle« sollen die Demokratie verteidigen und, wenn's reicht, auch die Zivilgesellschaft.

Aber nur wer vom Rassismus nicht reden will, kann die Mitte der Gesellschaft zum Handeln aufrufen.

Christoph Schneider



Migration im Postfordismus

Staatlicher Antifaschimus und neue Regulierung der Arbeit

Im nachhinein ist man immer klüger. Vor allem wenn das Gegenüber nicht bekannte und unbekannte Gesichter sind, sondern dein eigener Text. Um eben jenen Duktus der späten Vernunft in der Narration über die Veranstaltung[1] zu verhindern, will ich versuchen, die Spannung zwischen Text und Kontext, Haltung und Position, wie sie sich mir aufdrängte, aufzufangen. Aus diesem Grund entscheide ich mich für eine minimale Korrektur-Ergänzung meines Vortrags, da er und seine Form einen eigenen Beitrag zum beredten Schweigen an dem besagten Abend geleistet zu haben scheinen. Unmittelbar nach der Veranstaltung drängte sich mir die Frage auf, warum es inzwischen so dermaßen schwierig ist, über antirassistische Politikstrategien zu reden. Ich muss gestehen, wenn ich an den Abend zurückdenke, habe ich das Bild von starren Gladiatoren der Differenz vor mir – inmitten des linken Frankfurter Kolosseums allesamt verstrickt zwischen Publikumsbeschimpfung, fehlplatzierter Distinktion und Kanak-Agitprop-Inszenierung.

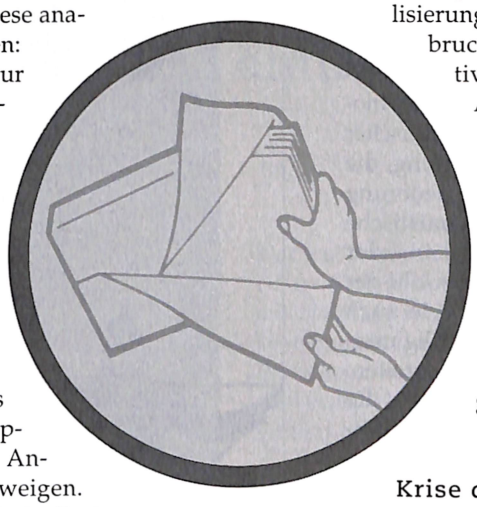
Das könnte ein Grund für das Schweigen sein, aber keinesfalls die Erklärung. Was mich betrifft, kann ich offen sagen, dass mein Insistieren auf die Auseinandersetzung mit Alfred Schobert für eine thematische Verschiebung sorgte, die eher mit distinktionstaktischen Gesten innerhalb eines Politszenejargons zu tun hatte, als es zur Klärung der kommunikativen Verlegenheit beitrug, die sich im Raum ausbreitete. Diese entstand unter anderem durch Schoberts diskurstaktische Platzierung des *möglicherweise antisemitischen Migranten* zu Beginn der Debatte, womit wieder einmal migrantische Selbstorganisierung desavouiert werden sollte.

Die tatsächlich interessante Frage, was für ein Gesellschaftsbild das antirassistische Plädoyer von Cornelius Yufanyi liefert und wie die paternalistische Duldung einer solchen Einschätzung der Kräfteverhältnisse hierzulande unsere Handlungsunfähigkeit zementiert, blieb ungestellt. Das antirassistische Schweigen macht aus Migranten unangreifbare Authentizitätsexemplare falscher Erwartungen und aus dem Rest frustierte Enttäuschte auf der Suche nach neuen Betätigungsfeldern.

Metaphysik des Rassismus

Die linke Debatte, die sich um eine Einschätzung des neuen staatlichen Antifaschismus bemüht, dreht sich

vor allem um einen Punkt: believe or not believe the hype? Angesichts der unerwarteten Mutationsfähigkeit des linken Lieblingshassobjekts Staat und seinen ideologischen Staatsapparaten drückt sich im Wort believe eine gewisse Ratlosigkeit aus, die gewöhnlich in einer Demaskierungsanalytik des Staats-Antifa-Mutanten mit fatalen Effekten endet. So scheint es, als bliebe alles immer beim Alten, abgesehen von ein paar kosmetischen Modifikationen. Mark Terkessidis kann hier exemplarisch für diese analytische Ratlosigkeit zitiert werden:



»In der neuen Kampagnenkultur geht es weder um Ursachenbekämpfung noch um durchgreifende Veränderungen, sondern um die permanente Anrufung eines Wir mittels einer gespenstischen Dauermobilisierung. Bereits morgen könnte es im Kampf um das »Ansehen Deutschlands« (Joseph Fischer) – also um die schönste Repräsentation eines neuen deutschen Wir – wieder opportun erscheinen, rassistische Anschläge wie bisher zu verschweigen. Schon morgen könnten wieder kriminelle Ausländer die Nazis als Generalbedrohung ersetzen.«

Nun leben wir tatsächlich in leicht dekonstruierbaren Diskursen, der Joker »staatliche Kontrollpolitik« könnte seine alten Lieblingsopfer wiederentdecken. Also: Vorsicht ist geboten. Wo bleiben aber die Wirkungseffekte dieser so schön ideologiekritisch weggedachten diskursiven Verschiebungen und was für ein Rassismusverständnis wird hier mitgeliefert? Believe or don't believe the hype? Ist es tatsächlich egal, welche Repräsentationen, welche Diskurse auf der Ebene staatlicher Politik artikuliert werden? Was genau ist daran antirassistisch, was nicht?

Der Rassismus funktioniert nicht immer auf die gleiche Weise, es gibt mehrere Lösungen, mehrere Interventionsformen innerhalb der Staatsantifa-Einwanderungsdebatte. Ihre Durchsetzung hängt stark von den Formen der institutionalisierten Kompromisse ab, die der Antirassismus zu erzwingen bereit wäre.

Im Grunde wird unterstellt, dass Politiker einen unwandelbaren Rassismus, der im Dienste bestimmter ökonomischer Interessen steht, bei Bedarf aus dem Hut zaubern – der jeweiligen Konjunkturlage entsprechend. Diese Metaphysik des Rassismus impliziert, dass immer gleiche Ausschlussmechanismen die immer Gleichen unterwerfen.

Staats-Antifa und neue Einwanderungspolitik

Das Problem besteht aber darin, dass die aktuelle Antiglatzenkampagne nicht im Kontext einer Abschottungspolitik und offenkundiger rassistischer Diskurse stattfindet, sondern vor dem Hintergrund der gerade entfachten Einwanderungsdebatte. Kriminalisiert werden nicht mehr primär Kanaken und ihr Widerstand; vielmehr üben die Staats-Antifa und ihre ständigen Verbündeten aus der Mitte der Gesellschaft für eine modernisierte Politik rassistischer Stratifikation. Dabei geht es nicht um die Durchsetzung des Staatsmonopols auf Rassismus. Im Gegenteil. Die Durchsetzung des Gewaltmonopols in den bis dato geduldeten Refugien einer braunen Parallelgesellschaft ist ein wichtiges Moment eines Ordnungsdiskurses, der mit dem Modernisierungsprojekt der Berliner Republik korrespondiert. Die Skandalisierung des rechten Terrors als Normenbruch focussiert nicht nur die operative Zielfläche der Staats-Antifa-Antira, sie liefert vielmehr das regulative Legitimationsmuster für die Durchsetzung einer Problembewältigungspolitik, die den traditionellen Antirassismus und Antifaschismus mainstreamisiert. Aus Normalisierung und staatlichem Antirassismus wird eine neue Form rassistischer Herrschaft gemischt.

Krise des Antirassismus

Damit ist die Krise der Krise des Antirassismus – die sich schon länger abzeichnet, weil die Existenzweise des Antirassismus selbst die Krise ist – endlich offenkundig und die Original-Antifa hat maßgeblich damit zu tun. Verstärkt sie doch den fatalen Effekt der antirassistischen Arbeitsteilung zwischen Antifa, Antira und Flüchtlingspolitik. Der besteht in der Reproduktion der Defensivität des antirassistischen Spektrums durch die Reifikation der – für separat erkämpfbar gehaltenen – Aktions- und Politikfelder, deren Existenz von den Wirkungseffekten der rassistischen Herrschaft selbst in die Welt gesezt wurde. Es ist kein Zufall, dass sie in den Zeiten der usurpatorischen Staats-Antifa in eine Zuständigkeitskrise gerät, deren Überwindung sie durch eine »Professionalisierung« im Sinne von staatlich subventionierten NGOs und in der verzweifelten Suche nach Bündnispartnern aus dem linksliberalen Spektrum zu suchen scheint. »Also her mit dem Geld, um den gesellschaftlichen Kampf gegen die extreme Rechte so kompetent wie irgend möglich zu führen.« So Alfred Schobert in der *Jungle World* (37 / 2000).

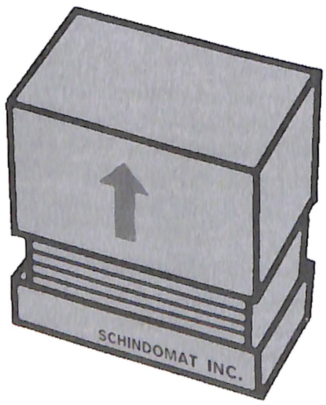
Aber wo ist das Subjekt (oder die Subjekte) dieser gesellschaftlichen Kämpfe gegen die »extreme Rechte«? Ist es vielleicht die neumodisch vielbeschworene Zivilgesellschaft? Noch einmal werden die Subalternen, also die Kanaken, nicht sprechen können, und dies trotz bester Absichten der Antifa. Die staatlich gewollte und koordinierte neue Einwanderung mit ihrer qualifikationsbetonten Selektivität ist nicht nur einfach definitionsgemäß und an sich rassistisch, sie sorgt auch für eine grundlegende Veränderung der ethnischen Unterschichtung durch eine neue Zusammensetzung der ethnischen Arbeit. Angeworbene beziehungsweise anzuwerbende Leitungsfunktionäre und immateriell arbeitende Kanaken platzieren sich jenseits klassischer bad-jobs und dies unter Beibehaltung

des Bedarfs an unqualifizierten und prekär beschäftigten Integrationsverlierern der zweiten und x-ten Generation oder Illegalisierten. Dadurch formieren sich nicht nur Möglichkeiten des Bruchs von identitären Zwangsverhältnissen des Elends, der ethno-identitären Segmentation der Arbeit, sondern es ergeben sich neue Möglichkeiten des Widerstands.

Die neue kanakophile Staatsantifa ist verankert in der Regulierung der Widersprüche und in den daraus entstehenden Kräfteverhältnissen, die sich angesichts einer Politik der modernisierten Stratifikation entlang ethnischer Kriterien herausbilden. Die Regulierung, die sie kontrollieren muss, um die Erneuerung zu verwirklichen, liefert die antagonistische Form, in der die Widersprüche zueinander stehen. In dieser Form muss sich sowohl der Rassismus notwendig realisieren, wie auch der Antirassismus sich an ihr notwendig messen muss, um sich ihm entgegenzustellen. Darin kommen die Existenzbedingungen, die Praxen und die Kampferfahrungen der Migranten zum Ausdruck.

Vassilis Tsianos,
Kanak Attak

<1> Überarbeitete und geringfügig erweiterte Fassung des Vortrags, der auf der von *Jungle World*, Kanak Attak und *diskus* im Rahmen der Buchmesse organisierten Veranstaltung »don't believe the hype II – Strategien gegen rechts« gehalten wurde. Neben dem Autor saßen noch Cornelius Yufanyi (The Voice) und Alfred Schobert (DISS) auf dem Podium.



Jungle World

☐ Ja, ich will Jungle World
6 Wochen für 20 Mark testen.

Das Abo verlängert sich nicht automatisch.
Einen Zwanzigmarkschein oder einen Scheck habe ich beigelegt.

Name

Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Jungle World · Bergmannstr. 68 · 10961 Berlin

Die Wochenzeitung

www.jungle-world.com

Nach dem Alleinvertretungsanspruch

Interview zu Situation und Perspektiven antifaschistischer Politik

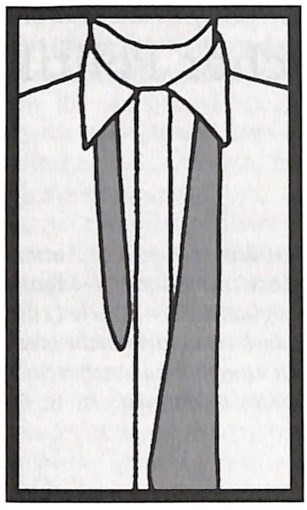
Das nachfolgende Interview mit drei Hamburger Antifas ist der Novemberausgabe der Zeck – Infos aus der Flora *aus Hamburg entnommen. (Originaltitel: »… viele Leute können nicht damit umgehen, dass Autonome nicht mehr den Alleinvertretungsanspruch zum Thema Antifaschismus haben«) Es fragen: X, Y; es antworten: A, B, C; gekürzt von: Red. diskus.*

X: Nach dem Anschlag auf eine Gruppe jüdischer SprachschülerInnen in Düsseldorf in diesem Sommer gab es in den bürgerlichen Medien eine breite Diskussion über Rechtsextremismus. Von Seiten der Antifa war praktisch nichts zu hören. Woran liegt das? (...)

B: Ich denke, man muss den Verlauf sehen. Mit der rot-grünen Regierung hat ein Paradigmenwechsel stattgefunden. So hat beispielsweise Außenminister Fischer in einer Rede vor Botschaftsangehörigen formuliert, dass eine wichtigere, aggressive Rolle Deutschlands nur dann außenpolitisch vertretbar sei, wenn es gelingt, innenpolitisch für Ordnung zu sorgen. Damit meinte er die ganze Sicherheits- und Ordnungs-Debatte, zu der aus seiner Position auch der Umgang mit den Neonazis gehört. Ich glaube schon, dass im Vergleich zur Kohl-Regierung da ein Paradigmenwechsel stattgefunden hat, indem ein Feld besetzt wurde, was vorher im Grunde nur von Antifas bearbeitet wurde. Damit wird es natürlich schwieriger, dieses Feld alleine von Seiten linker oder autonomer Antifa zu besetzen. (...)

C: Ich denke, chronologisch war es so, dass zu Beginn dieser Sommerloch-Debatte viele fundierte Beiträge kamen. Und diese Beiträge kamen vor allem von Leuten, die sich nicht gescheut haben, sich bei antifaschistischen Initiativen, autonomen Antifas usw. ihre Informationen zu besorgen. Zu nennen wäre da z.B. Thierse, der schon seit Jahren vernünftige Sachen zu den sog. »national befreiten Zonen« gesagt hat und der eh – vielleicht weil er im Osten auch eine andere Arbeit mitgekriegt hat – auch progressive Initiativen wie die Antonio-Amadeu-Stiftung[1] unterstützt hat. Zu nennen wäre da sicher auch Anette Kahane von dieser Stiftung. Solche Leute haben schon sehr früh gesagt, dass die Nazi-Probleme kein Standort-Problem sind, sondern dem Rassismus in Deutschland geschuldet

sind. Solche Positionen wurden zu Beginn der Debatte aufgenommen. Spätestens aber mit dem Anschlag in Düsseldorf hat die Debatte eine ganz andere Dynamik bekommen. Kurz danach gab es ja auch die ersten Diskussionen um ein NPD-Verbot. Ich glaube, dass das Thema Rassismus wieder aus der Diskussion genommen werden sollte. Vorher war es so, dass die Anschläge oft in Zusammenhang mit einer rassistischen Stimmung gestellt wurden und dieser Rassismus als gesellschaftliches Problem, das aus der Mitte der Gesellschaft kommt und das auch gesellschaftlich gelöst werden muss, beschrieben wurde. Darin zeigt sich auch eine oppositionelle oder zumindest kritische Haltung gegenüber dem staatlichen Rassismus.



Nach Düsseldorf ging es dann praktisch nur noch um Neonazis und Gewalt, was die Gewalt der Neonazis letztlich entpolitisierte. Diese Konzentration auf die losgelöste Gewalt kulminierte schließlich in der Forderung nach dem NPD-Verbot. Das NPD-Verbot wird, wenn es dann einmal umgesetzt werden sollte, für die Neonazi-Szene und für den Rassismus in Deutschland keine Bedeutung haben. Aber dadurch, dass suggeriert wird, die NPD sei das Problem, fallen die anderen Ursachen wie z. B. der Rassismus komplett aus der Debatte.

Eine ähnliche Entwicklung lässt sich bei den antisemitischen Anschlägen beobachten. Vor den Anschlägen um den Wiedervereinigungstag gab es immer wieder Mahnungen, man dürfe den Antisemitismus nicht aus den Augen verlieren. Jetzt wird der Antisemitismus auf ein Sicherheitsproblem reduziert. Schlimm ist nicht mehr der Antisemitismus, schlimm ist es, dass jüdische Einrichtungen nicht richtig geschützt werden können. Es wird also wieder zu einem entpolitisierten Sicherheits- bzw. Gewaltproblem. Ich glaube, dass wir als autonome oder unabhängige Antifas in diesen Debatten irgendwann keine Relevanz mehr hatten, die wir zu Beginn der Debatte durchaus noch hatten.

X: Kommen wir nun von der Einschätzung der allgemeinen Situation zum Problem der zunehmenden Nazi-Aufmärsche: Obwohl es zu einzelnen Anlässen gelungen ist, mehrere tausend Leute aus einem breiten politischen Spektrum gegen die immer häufiger werdenden Nazi-Aufmärsche zu mobilisieren, wurde das immer wieder von der Antifa propagierte Ziel, den Aufmarsch zu verhindern bzw. ihn effektiv anzugreifen, nie erreicht. Haltet ihr es für sinnvoll, dennoch an dieser Strategie festzuhalten?

C: Ich denke, die autonome Antifa hat da in den letzten Jahren vielleicht den Zug verschlafen. In Erinnerung an die Stärke früherer Jahre, als es noch gelang, Nazi-Aufmärsche aus eigener Kraft zu verhindern, wurden die Reaktionen der Bullen nicht ausreichend berücksichtigt. Heute ist es nicht mehr möglich, solche Aufmärsche aus eigener Kraft zu verhindern. Ich denke, die Beispiele, bei denen Aufmärsche angegriffen oder blockiert oder sogar verhindert worden sind, wie in Altona im Juli, das ist eher eine Melange gewesen aus Polizeiinteressen und einer »Verbrüderung« oder »Verbündnissung« zwischen organisierten und unorganisierten Antifa, Migrantenjugendlichen und empörten BürgerInnen etc., auf die der Polizeiapparat nicht so schnell reagieren konnte. Wenn wir es schaffen, gegen solche . Neonazi-Aufmärsche mal Punkte zu machen, dann liegt das daran, dass da halt Lücken waren, die dann genutzt werden konnten. (...)

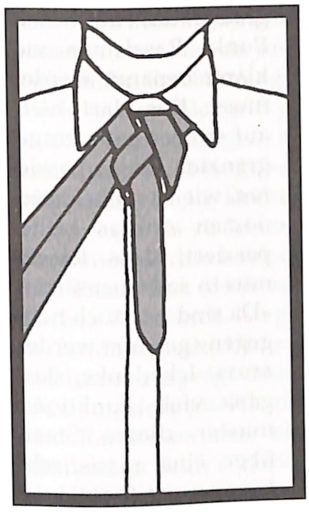
A: Ich denke, dass es auch schon seit geraumer Zeit so ist, dass die Parole »Nazi-Aufmärsche verhindern« eigentlich nicht mehr im Raum steht. Mag sein, dass die immer wieder auf Flugblättern verwendet worden ist, aber in der Praxis ist es doch so, dass man hingeht, einfach, weil man die Nazis nicht unkommentiert marschieren lassen will. Wir sind maximal in der Lage zu stören und das wird ja auch zurecht immer propagiert. Was aber viel problematischer ist, ist dieses ewige Reagieren, und sich den Terminkalender praktisch von den Nazis diktieren zu lassen. Daher wurde in letzter Zeit vermehrt überlegt, wie es gelingen kann, auch selbst wieder aktiv Punkte zu setzen und trotzdem die Aufmärsche nicht ganz unkommentiert zu lassen. (...)

Ein Teil der länger arbeitenden Antifa-Gruppen versucht eher aus den Erfahrungen der letzten Jahre eine Weiterentwicklung der Antifapolitik voranzutreiben – in Bündnissen etc. Aber viele Leute können auch nicht damit umgehen, dass Autonome plötzlich nicht mehr den Alleinvertretungsanspruch zum Thema Antifaschismus haben. Aber seit einigen Jahren ist das so, dass es innerhalb einer fortschrittlichen Linken die unterschiedlichsten Strömungen und Gruppen gibt, die inzwischen auch lange kontinuierlich zum Thema Antifaschismus gearbeitet haben. (...) Was zu wenig öffentlich diskutiert wurde, ist dieser Schritt vom militanten Verhindern zum politischen Verhindern. Und es wird langsam erst verstanden, dass im Rahmen eines breiten Bündnisses z. B. bei einer Demo mehr zu erreichen ist.

X: Ich denke auch, dass sich die Aufmärsche nicht auf der Straße, sondern nur politisch verhindern lassen werden. Es ist aber durchaus auch möglich, an die Nazis auf der Straße heranzukommen. Und mein Eindruck war, dass bei den letzten Aufmärschen die Nicht-Organisierten oft schlecht ausgestattet an den

Polizeisperren demonstrierten, während von den organisierten Antifa-Strukturen oft wenig am Ort des Geschehens zu sehen war, weil diese mit lauter »wichtigeren« Dingen beschäftigt waren wie dem Beobachten der Nazi-Bewegungen, Abchecken der Route etc.

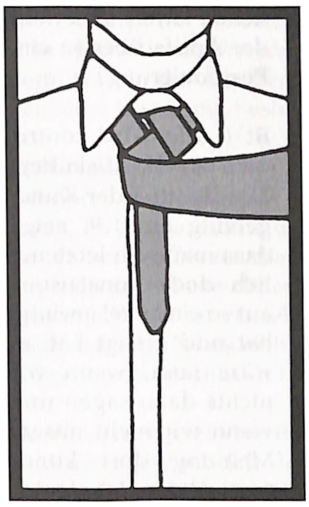
C: Ich fand das in Altona gut, dass sich aus dem Zusammenkommen ganz vieler verschiedener, zumeist unorganisierter Menschen eine Eigendynamik entwickelt hat. Ich denke, es ist immer noch ein entscheidender Fehler der autonomen Antifa, den Anspruch zu haben, allein dafür zuständig zu sein, die Militanz auf die Straße zu tragen. Die merken gar nicht, das sie als Bewegung dazu gar nicht mehr in der Lage sind. Es ist nach wie vor richtig, zu versuchen, die Nazis auch militant anzugehen, aber wenn man sich die Radikalisierung und Militarisierung der Neonazi-Szene etwas näher anschaut, kann ich nur davor warnen zu glauben, man könne sich einer Horde von Neonazis einfach entgegenstellen. Ich hätte da Schiss vor und weiß genau, ich bräuchte da eine unglaublich gute und starke Gruppe, um mich denen entgegen zu stellen. Ich denke daher, dass diese diffuse Mischung aus unorganisierten, empörten AnwohnerInnen, Gang-Jugendlichen etc. eine Eigendynamik im positiven Sinne entwickelt hat, die wir als Autonome ja früher auch immer gut fanden. Das kann dann u. U. auch wesentlich offensiver zu Angriffen auf die Nazis führen als so Konzepte, die theoretisch gut ausgedacht sind, die sich aber gar nicht mehr auf gemeinsame Erfahrungen stützen können. Die Entwicklung wird auch dahin gehen, dass offensives Agieren gegen die Nazis bei solchen Demonstrationen weniger durch Planung als vielmehr durch diese Eigendynamik zustande kommen wird. (...)



C: Man muss auch erkennen, dass in den letzten Jahren ein Wechsel stattgefunden hat. Die Parole »Den antifaschistischen Selbstschutz organisieren!« entstand Anfang der 90er Jahre vor allem vor dem Hintergrund der Erfahrung von Jugendlichen, hauptsächlich aus dem Osten, die sich damals massiv gegen neonazistische Überfälle zur Wehr setzen mussten. Heute ist es so, dass wir – d. h. die autonome, antifaschistische Szene – von diesem gewöhnlichen deutschen Mord-Nazismus gar nicht mehr in erster Linie betroffen sind. Die Angriffe der Nazis richten sich heute gegen ganz verschiedene Teile der Gesellschaft, die sich auch dagegen zur Wehr setzen muss. Da müssen wir Antifas lernen, uns selbst nicht mehr so wichtig zu nehmen. (...)

X: Was für Erfahrungen habt ihr in letzter Zeit mit Bündnissen gemacht. Hat sich durch die Ereignisse im Sommer da etwas verändert?

C: Ich denke schon, dass sich das Verhältnis zu Bündnissen auch schon vor dem letzten Sommer verändert hat. Früher war das so, dass wir total stolz waren, wenn wir ein Bündnis mit der VVN, der DKP und der PDS auf die Beine gestellt haben. Heute denke ich, dass der Spruch stimmt, »wenn du mit allen im Bündnis derselben Meinung bist, ist dein Bündnis zu eng«. (...)

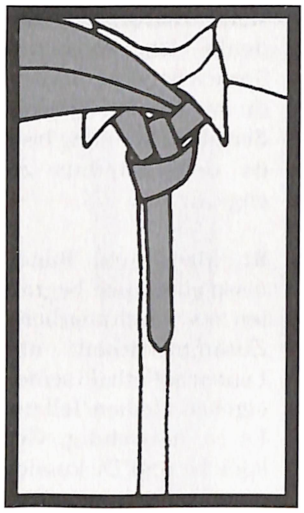


B: Man muss Bündnisse aber auch begreifen als kontinuierliche Zusammenarbeit mit Leuten außerhalb seines eigenen kleinen Tellers. Es ist notwendig, Gespräche und Diskussionen an ganz unterschiedlichen Orten zu führen und seine Positionen im Bereich Antifaschismus / Antirassismus dadurch weiter zu entwickeln. Das würde dann auch den Bündnisbegriff, den man so klassischerweise im autonomen Antifaspektrum kennt, ein wenig erweitern. (...)

C: Anfang der 90er Jahre war Antifaschismus für uns eben auch ein offensiver Kampfbegriff. Da diente Antifa zur Identitätsstiftung und unter dem Begriff Antifaschismus wurde alles mögliche subsumiert. Kampf dem Imperialismus, Kampf dem Kapitalismus etc. Das Problem ist, dass viele Leute ideologisch-politisch auf diesem Level stehen geblieben sind. Ich denke, die letzten Jahre haben gezeigt, dass Antifaschismus als offensiver Kampfbegriff nichts taugt, weil Antifa immer von einer Negation ausgeht. Man wehrt sich gegen etwas. Mit dieser Erkenntnis kann auch anders mit Bündnisarbeit umgegangen werden. In einem Bündnis geht es dann eher darum, gemeinsam mit anderen Leuten eine Analyse der Situation zu entwickeln: Wie funktioniert rassistische Formierung, wie funktionieren hier Vorstellungen von Sozialhygiene, wie funktioniert so ein SPD-Neoliberalismus? In solchen Auseinandersetzungen wurde dann ganz oft die Erfahrung gemacht, dass es ganz viele Leute gibt, die eine ähnliche Analyse wie wir haben. In solchen Bündnissen ändert sich auch die Wahrnehmung, die andere von der Antifa haben. Wir sind dann nicht mehr nur die Experten für Nazi-Strukturen, sondern Leute hören uns auch zu, was wir zu Fragen wie der völkischen Formierung zu sagen haben. Dadurch ist dann auch eine andere Basis für eine langfristige Zusammenarbeit gelegt.

X: Diese Veränderung der antifaschistischen Analyse von »Hinter dem Faschismus steht das Kapital« hin zur Verteidigung der Zivilgesellschaft ist ja schon ein

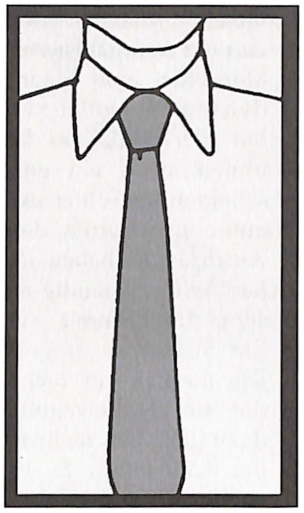
großer Schritt. Steht ihr mit einer solchen Position alleine in der Antifaszene, oder wird das von der Mehrheit so gesehen? Um es an einem konkreten Beispiel festzumachen: Bei der gemeinsamen Kundgebung mit dem DGB am 1.9. gab es innerhalb des autonomen Vorbereitungsplenums recht unterschiedliche Positionen: Die einen wollten die Veranstaltung angreifen und die anderen wollten einen Redner stellen. Gibt es einen inhaltlichen Streit innerhalb der Antifa über so eine Positionierung?



B: (...) Es wird kontrovers darüber diskutiert. Das Beispiel der Kundgebung am 1.9. zeigt, dass man sich letztendlich doch konsensuell auf so ein Level geeinigt hat und gesagt hat, es wäre fatal, wenn wir nichts dazu sagen und wenn wir nicht unsere Meinung dort kundtun würden. Ich denke, dass die Erkenntnis – wir sollten da nicht außen vor bleiben – von den meisten doch letztendlich getragen wurde. Ich fand es viel interessanter, dass die einzelnen Gewerkschaften teilweise auch untereinander in Streit geraten sind. Die einen sagten »Nehmt den von der Bühne!« und die anderen sagten »Hör doch mal zu, dass stimmt doch was der sagt«. Es war richtig, sich zu äußern und unsere Positionen ins Gespräch zu bringen.

C: Ich denke eher, dass innerhalb der autonomen Szene oder der Antifaszene darüber kaum diskutiert wird. Ich glaube, es wird sich eher mit einem Dogmatismus dagegen gewehrt seine eigene Rolle neu zu definieren. Ich finde aber den Vorwurf, die Antifa öffne sich gegen die Mitte der Gesellschaft, falsch. Wenn in der *Jungle World* steht, Antifa wird mehr und mehr staatstragend, halte ich das für total hahnebüchen. Wir als autonome Antifa haben in den letzten Jahren immer wieder auf das Verhältnis zwischen staatlichem Rassismus, Neonazis und der rassistischen Formierung innerhalb der Gesellschaft hingewiesen. Allerdings ist unsere Analyse der 80er und Anfang der 90er Jahre, die Neonazis seien die Marionetten des Kapitals, des Staats und so weiter im nachhinein ziemlich falsch gewesen. Für die heutige Zeit stimmt sie auf keinen Fall mehr. Eine permanente Neuformierung von Kapitalismus oder Neoliberalismen wird dort überhaupt nicht mehr adäquat beobachtet. Ich vertrete in der Zwischenzeit die Position, dass die Neonazis nicht der verlängerte Arm von irgendwelchen Politikern sind, sondern dass sie der verlängerte Arm der ganz gewöhnlichen gesellschaftlichen Formierung sind. Die machen das, was Eltern und Lehrer immer nur sabbeln, aber nie in die Tat umsetzen. (...)

Man sollte den Begriff Antifaschismus viel offener diskutieren und darf den Blickwinkel nicht zu sehr auf die militanten Neonazis richten. In Hamburg sieht man bei jeder Neonazi-Demo dieselben 150 Nazis, und ich glaube, dieses Problem der militanten Neonazis findet auf einer Spektakel-Ebene statt. Ich denke auch, dass die Neonazis selber diese Demonstrationen auch unter dem Blickwinkel des Spektakels sehen. Sie wollen sich präsentieren, aber das ist ja auch eine relativ eingegrenzte Gruppe. Man müsste viel mehr auf die Ursachen und auf die Hintergründe der Neonaziformierung eingehen. Ich glaube, dass an diesem Punkt Rassismus viel klarer benannt werden muss. Das darf nicht auf so 'ner ganz eingegrenzten Ebene passieren, wie es oft bei autonomen Antifas bisher passiert; dass Rassismus in so Nebensätzen: »Da sind wir auch noch gegen« genannt werden muss. Ich denke, dass ganz viele Funktionsmuster dieses Staats über eine rassistische Formierung funktionieren. Und dass ist auch der Punkt, wenn man an Gegenstrategien überlegt, dass man an Alternativen überlegt. Wir können uns an den Neonazis abarbeiten, das ist auch gut und richtig, ich hasse die auch, und ich will auch, dass die nicht mehr auf der Straßen rumlaufen. Aber selbst wenn die Neonazis als Erscheinungsbild – vielleicht auch aufgrund der staatlichen Repression – aus der Öffentlichkeit verschwunden sind, bleibt dieser rassistische Bodensatz, der jetzt in seiner ganzen Aggressivität zum Explodieren kommt, weiterhin vorhanden. Wir als Mittelklasse-Mehlgesichter haben als Antifa immer Schwierigkeiten gehabt mit Migrantengruppen direkt zusammen zu arbeiten. Das hat vielfältige Ursachen und ich denke, dass man zum einen da vielleicht viel mehr sich öffnen muss zu anderen Gruppen, die schon länger Antira-Arbeit machen. (...)



X: Um noch mal an den Punkt der rassistischen Formierung anzusetzen. Ich frage mich ja, ob dieser Begriff zwei Tendenzen zusammenführt, die ganz unterschiedliche Begründungszusammenhänge haben. Ganz eindeutig ist in den 90ern der ökonomische Staatsrassismus der dominante Diskurs, in dem Menschen nur nach ihrer Verwertbarkeit innerhalb des Systems betrachtet werden. Ich glaube aber nicht, dass sich auf der gleichen Ebene der Rassismus der Nazis erklären lässt. Ich würde sogar vermuten, dass er genau das Gegenteil ist. Im Grunde ist der Rassismus der Nazis eine total anti-ökonomische Reaktion. Diese Verwertbarkeitslogik, dieser Ökonomismus wird von denen, die auf der Straße Ausländer angreifen durchaus auch als Bedrohung empfunden. Und genau an die Stelle dieses ökonomischen Prinzips versuchen sie andere Gruppenkonstruktionen zu setzen, in denen sie sich selber im klassischen Rassismusschema als »Herrenrasse« als die Besseren stilisieren. Diese beiden gegenläufigen Entwicklungen wirft der verwen-

dete Begriff der rassistischen Formierung zusammen, und daher kann man daraus meiner Meinung nach keine politische Strategie ableiten.

C: Naja, was aber beiden gemeinsam ist, ist der Wille zur Ungleichbehandlung von Menschen nach rassistischen Kriterien. Der staatliche Rassismus beruft sich auf die Ökonomie, der Neonazi macht's ganz plump: »Du schwarz, ich weiß, ich besser, du doof.« Die Neuen Rechten argumentieren mit der »Gleichheit der Rassen«, aber »ihr da und wir hier«. Das sind unterschiedliche Erscheinungsformen, aber das Entscheidende ist der Rückgriff auf unterschiedliche Wertigkeiten. Und dagegen sollten wir an dem Ideal festhalten, das besagt »Alle Menschen müssen und sollen das gleiche Recht haben, so zu leben wie sie wollen, und da zu leben, wo sie wollen.« Das ist als Gegenmodell durchaus oppositionell zu dem staatlichen Rassismus sowie zu einem völkischen neonazistischen Rassismus. Ich gehe mit dir d'accord, dass es da fundamentale Unterschiede gibt, wie sich der Rassismus ausprägt. Nur: mörderisch sind beide Erscheinungsformen. Ich glaube, dass dieser neonazistische Rassismus eher ein Ventil für den Mob ist, während es beim staatlichen Rassismus um »Sozialhygiene« geht.

B: Ich denke, das eine ergänzt sich halt mit dem anderen. Zynischerweise sage ich oft: die beste Waffe gegen die Nazis zur Zeit ist das Kapital. Aber das ist interessant für 'ne Analyse, um das Problem zu begreifen.

X: Naja, doch: es ist schon auch interessant für eine Strategie, wie gegen Rassismus vorzugehen wäre.

B: Es ist interessant für die Motivation von Neonazi-Gewalt.

Y: Ja, aber die Frage ist ja die: Kannst Du mit ein und derselben Handlungsstrategie zwei unterschiedlich ausgeprägte rassistische Strömungen bekämpfen, oder muss man das getrennt angehen? (...)

C: Naja, so einfach ist das natürlich nicht. Wir sind da in unserem Kampfbegriff nicht so eindimensional. Genauso wie jede linke Politik ziemlich weit gefächert sein muss, muss auch eine Diskussion und Entwicklung von so einer Gegenstrategie weit gefächert sein. Wir müssen das passende Mittel gegen die explosive, brutale Ausdrucksform des Neonaziterrors finden, und wir müssen eine Alternative und Strategie gegen den staatlichen Rassismus finden. Solange es staatliche rassistische Politik gibt, die von der Bevölkerung begierig aufgenommen wird, solange wird es auch den stumpfen Mob geben, der nicht »zivilisiert« Flüchtlinge abschiebt, sondern ganz brutal hingeht und sagt: »Du bist ein Ausländer, ich hau dich jetzt tot.« Solange der sich sicher fühlt, dass seine rassistische Motivation mehr oder weniger kompatibel ist mit dem, was in der Gesellschaft passiert, solange wird das seine Handlung bestimmen.

A: Grundsätzlich halte ich es für wichtig, sich die Bandbreite faschistischer Ideologie ins Bewusstsein zu rufen. Es gibt ja durchaus Strukturen oder Organisationen bei den Nazis, die sich auch ganz klar als antikapitalistisch bezeichnen und auch von ihrer Programmatik her so zu sehen sind. Und da sieht man auch, dass die Nazis nicht immer im Sinne der kapitalistischen Ökonomie und des Staats handeln. (...)

C: Wir haben jetzt viel über Erklärungsansätze, Theorien usw. geredet. Ich denke, das Entscheidende ist aber auch eine Praxis daraus zu entwickeln. (...) Und ich glaube, so eine Arbeit und theoretische Auseinandersetzung müssen parallel stattfinden. Das Problem ist halt zur Zeit, dass ganz viel praktischer Antifaschismus in der Öffentlichkeit wieder auf seine Ausdrucksform reduziert wird: die linken und die rechten Gewalttäter. Und wir müssen natürlich darauf hin arbeiten, dass wir irgendwann auch mal wieder soweit sind, sagen zu können: unsere Motivation militant gegen Neonazis vorzugehen, ist 'ne Motivation, die von Teilen der Bevölkerung auch getragen wird, weil sie sehen, dass es da durchaus Unterschiede gibt, in der Motivation militant vorzugehen. (...)

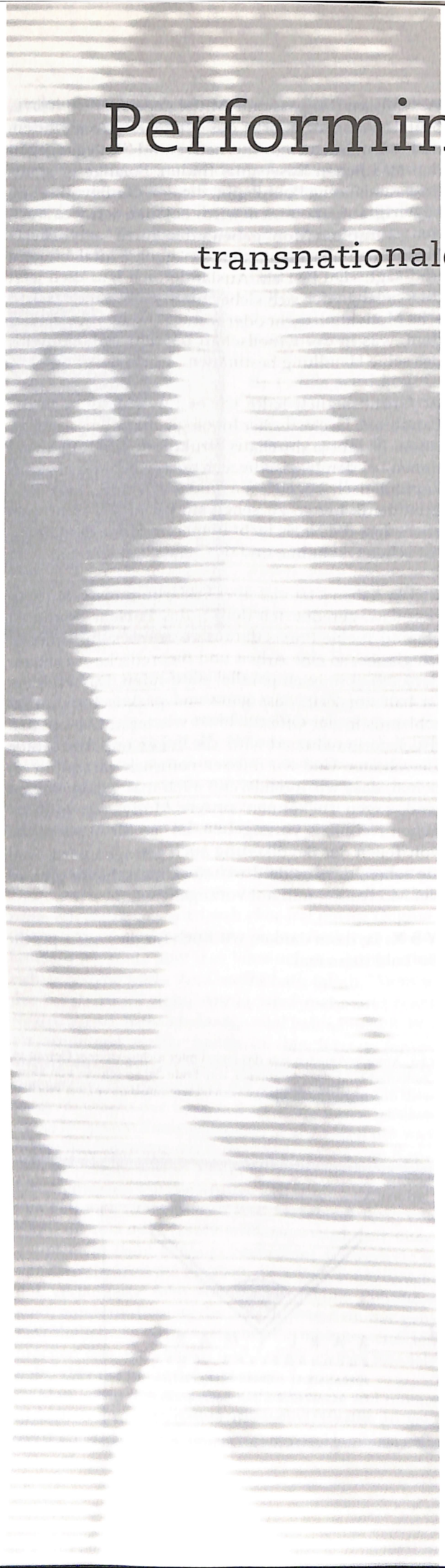
Y & X: Ja, dann danken wir Euch für dieses Gespräch. Bis bald dann mal.

<1> Antonio Amadeo war das erste Opfer rechtsextremer Gewalt in Ostdeutschland. Der Angolaner war Ende '90 so schwer von Skinheads durch Tritte und Schläge verletzt worden, dass er zwei Wochen später daran starb.

„Wer das Nichtstun ebenso wie die Arbeit scheut, findet leicht zum Buch."
Peter Brückner

Sie finden in der Karl Marx Buchhandlung **geistes- und sozialwissenschaftliche Literatur und Belletristik**. Alle lieferbaren deutschsprachigen Titel sowie englisch- und französischsprachige Literatur besorgen wir Ihnen in kürzester Zeit.

KARL MARX
BUCHHANDLUNG GMBH
JORDANSTR.11 · 60486 FRANKFURT/M.
TEL 069/778807 · FAX 069/7077399
KARL.MARX.BUCHHANDLUNG@T-ONLINE.DE



Performing the Border

Geschlecht, transnationale Körper und Technologie

Durch das nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) hat sich auf der südlichen Seite des militärisch hochgerüsteten Grenzstreifens zwischen den USA und Mexiko ein gewichtiger Produktionshinterhof der US-Ökonomie etabliert. Hier werden vorwiegend von Frauen zu Niedriglöhnen auch die Produkte der High-Tech-Industrie gefertigt. Der nachfolgende Text beschäftigt sich mit den sozioökonomischen, ideologischen und ästhetischen Verflechtungen zwischen globaler Ökonomie und Geschlechterverhältnissen – zwischen Ausbeutung, Selbstermächtigungen, Gewalt und transgressiven Identitäten – in dieser spezifischen Region.

Performing the border *ist die hier stark gekürzt vorliegende »Text-Fassung« eines gleichnamigen Videoprojekts von Ursula Biemann, das in Frankfurt während der diesjährigen Buchmesse vom Verlag b_books, Berlin und* diskus *im Mal Seh'n-Kino gezeigt wurde. Aus diesem Video stammen auch die (modifiziert) abgebildeten Stills. In seiner vollen Länge findet sich der Text in dem von Ursula Biemann herausgegebenen Buch »been there and back to nowhere. Geschlecht in transnationalen Orten« (b_books 2000). Thanks for the right to re-publish.*

Red.

Über die Videobilder einer durch die Wüste fahrenden Frau hört man im Off die Stimme der mexikanischen Künstlerin Bertha Jottar: »Es gibt nichts Natürliches an der Grenze, sie ist ein höchst konstruierter Ort, der durch überschreitende Leute reproduziert wird, denn ohne das Überschreiten haben wir keine Grenze. Dann ist sie nur eine imaginäre Linie, ein Fluss oder einfach eine Wand.«[1] Ich habe die Frau am Steuer gefilmt und wurde unweigerlich Teil dieser Reise-Erzählung, die von der US-mexikanischen Grenze als einem performativen Ort spricht; einem Ort, der sich diskursiv über die Repräsentation der beiden Nationen konstituiert und der materiell wird durch die Einrichtung einer transnationalen, korporativen Zone, in der die nationalen Diskurse sowohl materialisiert als auch übergangen werden. Es ist ein ambivalenter Raum am Rande der beiden Gesellschaften, ferngesteuert von ihren Machtzentralen.

Export-Fertigungszone

In künstlichen posturbanen Industrieparks, die sich über große Wüstengebiete hinstrecken, montieren US-Firmen ihr elektronisches Equipment für die Kommunikationsindustrie. Die kapitalintensiven Operationen

bleiben im Norden, die arbeitsintensiven Operationen sind südlich der Grenze angelegt. Innerhalb kurzer Zeit führten die Maquiladoras – die goldenen Mühlen – eine technologische Kultur der Repetition, der Registratur und der Kontrolle in die Wüstenstadt Ciudad Juarez ein. Hier werden die mikroelektronischen Komponenten hergestellt für die Datenverarbeitung, für medizinische Instrumente, für Cybertechnologien, Satellitensysteme, Identifizierungs- und Simulationstechnologien und die optischen Instrumente für die Luftfahrt- und Militärindustrie.

Da ist nichts Natürliches an dieser transnationalen Zone, und möglicherweise ist auch nichts Reales daran. Es ist ein total simulierter Ort mit simulierter Politik – eine Zone, aus der jeder Begriff von Öffentlichkeit entfernt wurde. Jede Art von Versorgung, von der Unterkunft bis zur Wasser-, Gesundheits- und Kinderversorgung, ist der Verantwortung des Einzelnen überlassen bzw. spontaner BürgerInnen-Initiativen, die jahrelang für die Beschaffung der rudimentärsten Sozialleistungen kämpfen. Es ist wie nochmals von vorne beginnen zu müssen. Aller humanistischer Konsens ist hier außer Betrieb. Die posthumane Ära, die sich in den nördlichen Industriestaaten in den digitalen, futuristischen Bildern von gehypten Designern ausdrückt, lebt hier an der Grenze ihre dunkle Seite aus. (...)

Es wird deutlich werden, dass die Art von Subjektivität, die Transnationalismus nördlich der Grenze hervorbringt, sich radikal von der Subjektivität unterscheidet, die im Süden produziert wird. Die Repräsentationen von transnationalen Subjekten, die vom globalen Kapitalismus produziert werden, unterscheiden sich hier deutlich. Während die identitären Eigenschaften der mobilen KonsumentInnen von Technologie verwischt werden, werden die Subjekte am produzierenden Ende immer mehr überdeterminiert und reduziert auf geschlechtliche, sexualisierte, ethnifizierte und nationalisierte Repräsentationen. (...)

Aus verschiedenen Gründen stellen die Montagefabriken hauptsächlich junge Frauen als Arbeitskräfte an. Jeden Tag treffen Hunderte von Frauen in Ciudad Juarez ein, einer Stadt, die direkt am Rio Grande gegenüber von El Paso, Texas, liegt. Diese Frauen machen den Großteil der Bevölkerung der Grenzstadt aus. Sie haben sich einen neuen Lebensraum geschaffen und gehen ihrer eigenen Vergnügungskultur nach. Sie haben Sozialverhältnisse und Geschlechterbeziehungen verändert und schreiben so die Texte ihrer Körper und ihrer Gesellschaft um. Sie sind die Hardware-Produzentinnen des Cyberspace, welcher Mobilität und Konsumfreiheit schafft – nicht für sich, sondern für Millionen anderer nördlich der Grenze. Sie gehören zwar zu den neuen Mitgliedern einer transnationalen Bürgerinnenschicht, aber zu ganz anderen Bedingungen.

Grenzen kommunizieren

In der Sprache der Konzerne werden die Bedingungen dieser Zone ausdrücklich klar. In der Sprache der Konzerne kann jede Einrichtung und jede Person in Begriffen von Demontage und Remontage gedacht werden. Sie stellen ihre Stätten auf und bauen sie wieder ab, je nachdem wo die Bedingungen am günstigsten sind. Die für die Fertigungsarbeit entwickelte Technologie ist schon lange auf die Personen übertragen worden, welche die Arbeit verrichten. Die Arbeiterin wird in einer post-humanen Terminologie technologisiert, in der ihr Körper fragmentiert, dehumanisiert und zu einer verfügbaren, austauschbaren und marktfähigen Komponente gemacht wird. (...)

Eine Werbeanzeige von Elamex Communications, einem Maquila-Unterhändler in El Paso, Texas, veranschaulicht die Kommunikation von Grenzen, die in Reaktion auf die Auflösung anderer Grenzen der Informationsgesellschaft mit allem Nachdruck aufgerichtet werden. Die Werbung von Elamex richtet sich an US-Konzerne, die eine Verlagerung ihrer arbeitsintensiven Elektronik-Montagen erwägen.[2] Der Text setzt den Schwerpunkt auf Arbeitskosten, die auf einen Bruchteil gekürzt werden, auf Qualitätskontrolle, Steuerparadies, beschleunigte Inbetriebnahme, Nähe zum Hauptsitz und zum US-amerikanischen Markt, auf schnellen Umsatz, tiefe Transportkosten, Direktwahl, Flughafennähe. In ihren Begriffen ist Arbeit eine Ziffer: $1.00 die Stunde. Sie ist eine entkörperte, bezifferbare Einheit wie jeder andere Anreiz, der den Industriellen geboten wird, um ihre Tätigkeiten im nationalen Raum zu beenden und in der Freizone einzurichten. Das Bild der Anzeige spricht hingegen eine ganz andere Sprache. Es kommuniziert ein Zusammenwirken von psychologischen, sozialen und historischen Beziehungen, die im rationalen Argument für Effizient unterdrückt werden.

In dieser Zone wird jede und jeder in ein transnationales Subjekt verwandelt, und ethnisierte Leute

sind die Artikulatoren dieses Diskurses. Nur jenen Körpern wird ein Visum für Mobilität im transnationalen Raum zugesprochen, die es zulassen, markiert, ausgetauscht, kommodifiziert und wiederverwertet zu werden.

Die Anzeige funktioniert insofern als eine Technologie der Überwachung, als es die beiden abgebildeten Frauen innerhalb von sexuellen und ethnischen Kriterien einkapselt. Auf der linken Seite ein aztekisch gemeintes Profil mit rot-weiß-grünen, in die Zöpfe geflochtenen Seidenbändern und auf der rechten Seite ein asiatisches Profil mit Pagenschnitt und Lidstrich, der schräg gestellte Augen simulieren soll. Beide tragen eine Art folkloristische Kleidung. Über den ethnozentrischen Diskurs hinaus bindet das Bild die Frauen an eine allgemein exotisch/erotische nationale Einheit. Dies reduziert sie weiter auf einen Geo-Körper, einen Körper, der in eine Allegorie für einen geschlechtlich, ethnisch und national gezeichneten Kollektivkörper verwandelt ist, wobei die nationalen Tugenden eng mit den Interessen des Konzerns verknüpft sind. Während dieser Vorgang den weiblichen Körper nationalisiert, feminisiert er gleichzeitig die Offshore-Nationen Mexiko und die Philippinen, das südostasiatische Land, auf das sich diese Werbung vermutlich bezieht. (...)

Von Anfang an war die Feminisierung des Landes eine Strategie der gewaltsamen Bändigung und Eindämmung, die sowohl in den Bereich der Psychoanalyse als auch in den der politischen Ökonomie gehört. Die Erzeugung dieses historisch kultivierten Begehrens in der Elamex-Anzeige verdeutlicht die Rolle, welche dieses Begehren auch beim Einstellen der weiblichen Arbeitskraft spielt. Es stellt die Körper der Frauen in die Fantasiegeschichte der kolonialen Eroberung hinein. »Mexiko schlägt den Fernen Osten um 10 000 Meilen«, heißt es in der Schlagzeile. In diesem allzu bekannten Szenario werden die zwei Frauen gegeneinander ausgespielt und mit ihrer Sexualität und Weiblichkeit in Wettbewerb zueinander gebracht.

Die geschlechtlich und ethnisch gezeichnete Figur wird zur Artikulatorin der Grenze, dieser fragilen Linie, die den Rand des nationalen Körpers markiert. Im nationalen Diskurs ist die Grenze der Ort, von dem alle Krankheit, Illegalität, Verschmutzung und Armut kommt. Sie ist der verletzlichste, durchdringbarste Ort, an dem sich Ängste stauen. Wo würde sich die Panik um die nationale Identität besser verorten lassen? US-amerikanische Kunden müssen vor allem davon überzeugt werden, dass diese weiblichen Offshore-Körper kontrolliert sind. Die Anzeige macht es sich zur Priorität, eine gezähmte, fügsame, verlässliche und disziplinierte weibliche Arbeitskraft zu versichern. Ihre manikürten Hände entsprechen dem Firmenstandard; ihr Gesicht drückt Ernsthaftigkeit, Konzentration und Präzision aus. Gefühllosigkeit. Kurz, sie stellt ein Replikat dar, das eigentliche Instrument. Mit dem Chip in der Hand ist ihr Körper in eine robotische Funktion eingeschrieben, er wird zur Verlängerung der Hand und nimmt den Platz des Oberkörpers ein. Ihr Körper wird vollständig technologisiert. (...)

Kommerzielle Repräsentationen stellen gewöhnlich nur die Designer und die high-end-Benutzer dar, die von diesen aufregenden, futuristischen Technologiebildern wieder profitieren. Sie verbessern ihr Gesellschaftsimage und ihren Wert im Arbeitsmarkt, während andere Beteiligte der Industrie – z. B. das Verkaufs- und Verwaltungspersonal im Bürosektor oder die TechnikerInnen und MontagearbeiterInnen im industriellen Sektor – systematisch von der Repräsentation ausgeschlossen sind. Meist finden sich Maquila-Frauen in ganz faden Darstellungen, in Verbindung mit Armut und Ausbeutungsdiskursen im soziologischen und Entwicklungs-Kontext wieder. Warum muss ich einem jungen männlichen Techniker $120 die

Stunde bezahlen, um meinen Computer zu reparieren, und der jungen weiblichen Arbeiterin $1 die Stunde, damit sie ihn zusammenbaut? Es ist eben auch eine Frage der Repräsentation und ihrer performativen Kraft. Die Repräsentation transnationaler Subjekte, die der globale Kapitalismus hervorbringt, sind unterschiedlich in einer Technologie konsumierenden Gesellschaft, in der die Identitätsmerkmale ausgelöscht werden, und einer Technologie produzierenden Gesellschaft, deren Repräsentation durch geschlechtliche, ethnische, sexualisierende und nationale Zuschreibungen überdeterminiert wird.

Die Elamex-Anzeige wirkt durch einen doppelten Diskurs, durch den die offenbar gegensätzlichen Register des naturalisierten und technologisierten Körpers koordiniert werden. Die gängige Verbindung von »weiblich« und »natürlich« wird nicht durch eine andere klare Gleichsetzung ersetzt, sondern durch die beunruhigende Identifizierung des Weiblichen mit der unbestimmten Mischung von natürlich und technologisch. In dieser Verwicklung von Mechanik und Geschlecht wird der natürlich weibliche Körper abgekoppelt, auf die Maschine zugeschrieben und individuell neu verkörpert als »die Hand« oder »das Auge« eines neuen korporellen Ganzen. Dies sind übrigens jene Körperteile, für die eine Maquila-Frau eingestellt wird: ihre Augen und ihre Finger, denn digitale und mikroelektronische Herstellung erfordert ebenso große optische Genauigkeit wie Fingerfertigkeit. Doch ihre biologische Komponente macht sie anfällig und verletzlich. Ihre Sehkraft ist scharf genug

für gerade acht Jahre, dann muss sie ersetzt werden durch eine frische Arbeitskraft. Somit wird ihre organische Sicht bei der Herstellung der Visualisierungstechnologien, auf die unsere Gesellschaft baut, konsumiert. Das zwanghafte Begehren nach Sehen und Sichtbarkeit ist ein bestimmendes Merkmal unserer Informationsgesellschaft, wie Mark Seltzers Analyse des Körper-Maschinen-Komplexes Ende des letzten Jahrhunderts mit großer Genauigkeit feststellte.[3] Es hat dazu geführt, dass Wissenschaftler und Ingenieure ein ganzes Arsenal an Apparaten und Instrumenten entwickelten, um das Potential des menschlichen Auges zu vervielfachen. In den 90ern, beobachtet Rosi Braidotti, dringt der biotechnolo-

gische Blick in die intimsten Lebensstrukturen ein und macht das Unsichtbare sichtbar, restrukturiert das noch Ungeformte.[4] Der Wunsch, alles sichtbar zu machen, ist auch eine Forderung, Dinge verständlich und regierbar zu machen. Es drückt gleichzeitig eine Fantasie der Überwachung und die Notwendigkeit der Verkörperung aus.[5] (...)

Technologien der Kontrolle

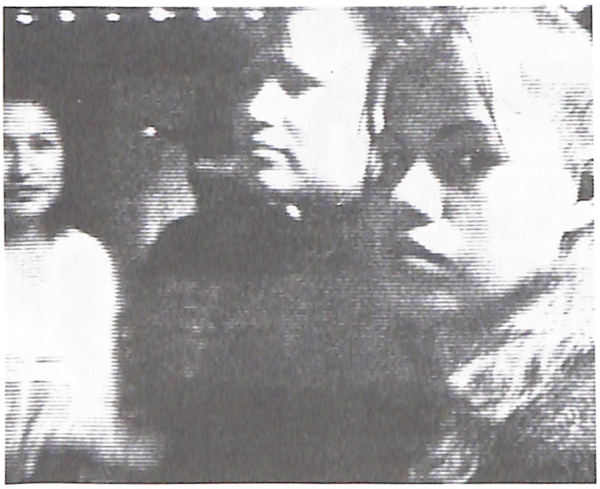
Die in Juarez installierten Technologien der Grenz- und Arbeitskontrolle machen die gewaltsamen Beziehungen zwischen Vision, Überwachung, Macht und Körper offensichtlich. Gewerkschaftliche Organisation ist in den Maquiladoras strikt verboten. Einer der Hauptgründe weshalb die Maquiladoras weibliche Arbeitskräfte bevorzugen ist, dass Arbeiterinnen angeblich fügsamer sind und nicht gleich darangehen, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Da die jugendlichen Arbeiterinnen oft das einzige Familieneinkommen nach Hause bringen, üben die männlichen Familienmitglieder erheblichen Druck aus, den Job zu halten und sich den Arbeitsbedingungen zu fügen. Das Maquila-Programm verlässt sich auf die vorherrschenden patriarchalen Familienbeziehungen. Auch hat sich in den letzten Jahren die ganze Industriezone elektronisch vernetzt, und die Fabriken stellen Schwarze Listen auf mit Namen unerwünschter Subjekte, angefangen mit Mördern, Straffälligen aber auch »Feinden« der Maquila; gemeint sind Leute, die versuchen, die Bedingungen in den Maquiladoras in irgendeiner Weise zu verändern. Schwarze Listen sind eigentlich gesetzlich verboten, denn wenn man von einer Fabrik entlassen wird, gibt es keine Chance, irgendwo in der Zone noch Arbeit zu finden. Die Aktivistin Cipriana J. Herrera erzählte mir, dass sie zusammen mit zwei compañeras gefeuert wurde, weil sie eine Cafeteria verlangt hatten.[6] Ihre Fabrik lag außerhalb des Industrieparks und es gab für mehrere Hundert ArbeiterInnen keinen Platz zum Essen. Wir sprechen nicht einmal davon, eine Gewerkschaft zu bilden, nicht von Lohnpolitik, Gesundheitsrisiken oder Menschenrechten. Frauen haben Angst davor, wegen des geringsten Ungehorsams ihren Job zu verlieren, niemals mehr einen anderen finden zu können und ihren Familien die Konsequenzen aufzubürden.

Das Maquila-Programm ist ein strategisch wichtiger Punkt in der Ökonomie der mexikanischen Regierung. Das Einkommen aus der Export-Fertigungszone übersteigt bei weitem jenes der Wirtschaftszweige Öl oder Tourismus. Die Regierung kümmert sich intensiv um die Interessen der Maquilas. Und wir können davon ausgehen, dass die US-Militarisierung der Grenze nicht nur dazu da ist, Illegale davon abzuhalten, die Grenze zu überqueren, sondern auch um die gigantischen Investitionen der US-Industrie auf mexikanischem Boden zu schützen. Guillermina Villalva Valdez, eine führende ArbeiterInnenbewegungs-Aktivistin und Akademikerin, die mich während meines ersten Besuches in Juarez sehr unterstützt hat, starb vor wenigen Jahren in einem Flugzeugabsturz auf dem Weg nach Texas, zusammen mit vier anderen Schlüsselfiguren der Arbeiterbewegung.[7] Die kleine Maschine explodierte in der Luft; wahrscheinlich durch eine Bombe. Gewerkschaftliche Aktivitäten werden von dem vernetzten korporativen System aufs genaueste verfolgt.

Zeitmanagement ist ein anderes wirksames Kontrollmittel. Aus praktischen Gründen sind die Industrieparks am Stadtrand angesiedelt. Sie sind durch öffentliche Verkehrsmittel nicht zu erreichen, also fahren private Busgesellschaften die ArbeiterInnen bei Schichtwechsel zwischen dem Stadtzentrum und den Fabriken hin und her, oft zu horrenden Tarifen, die bis zu einem Drittel des Monatslohns ausmachen können.

Vor Tagesanbruch verlassen die ArbeiterInnen ihren Wohnort an der Peripherie, marschieren den langen Weg ins Zentrum, fahren von dort mit dem Bus eine weitere Stunde zu den Maquilas hinaus und treten um 6 Uhr die Frühschicht an. Sie verbringen dann 9 Stunden in der Fabrik und nehmen den gleichen Weg zurück. Da bleibt keine Zeit zu leben, keine Zeit zu denken, keine Zeit zu organisieren. Ihre ungeheure Zeitinvestition kommt der Technologie zugute, die unser Leben im Norden beschleunigt. (...)

Im elektronisch vernetzten Maquila-System wird jede einzelne Person identifiziert und profiliert. Zeit, Produktivität und der weibliche Körper werden vom weißen, männlichen Management streng überwacht.

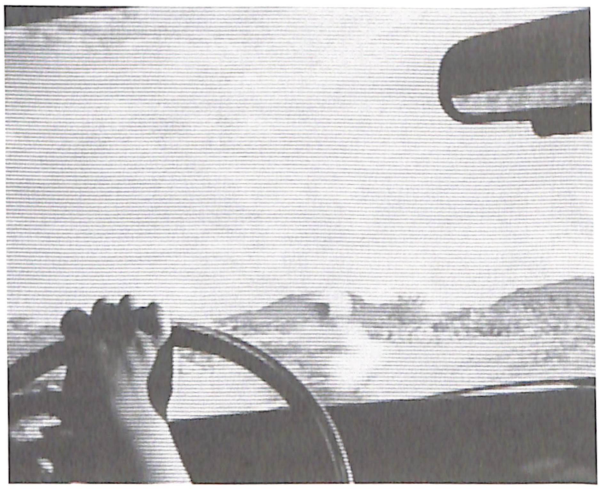


Die Körperkontrolle reicht bis zum Überprüfen des Monatszyklus, um sicherzustellen, dass die Arbeiterin nicht schwanger ist. Zwangsverhütung und Schwangerschaftstests sind an der Tagesordnung, und selbstverständlich bedeutet Schwangerschaft sofortige Entlassung. Die Reproduktion dieser Körper ist streng kontrolliert, von dem Moment an, in dem sie als produktiv bestimmt wurden. Die beschleunigte Industrialisierung hat heftige Veränderungen bewirkt zwischen den gegensätzlichen Registern von öffentlich und privat, von Arbeit und Fabrik einerseits und Heim und Familien andererseits, oder generell gesagt: zwischen dem Ökonomischen und dem Sexuellen. Wie überall waren in Mexiko diese Register traditionell geschlechtlich getrennt. Frauen kümmerten sich um die häusliche Sphäre während die Männer, Väter, Onkel, Brüder die Familie finanziell versorgten. Was Juarez in kurzer Zeitspanne erlebte, ist die Verschmelzung der getrennten Bereiche des privaten, weiblichen, häuslichen Raums der Reproduktion und des Verbrauchs mit dem des öffentlichen, männlichen Raums der Produktion. Mit der Einstellung von vorwiegend jungen Frauen ist dieses traditionelle Muster stark verändert worden, natürlich nicht konfliktlos. Es überrascht nicht, dass die Arbeiterin als die zentrale Figur des Konfliktes hervorgeht, denn sie verkörpert die beiden Funktionen der Produktion und der Reproduktion. Sie verkörpert gewissermaßen das Problem, das es zu kontrollieren gilt.

Seit NAFTA materialisiert die Grenze diesen Konflikt eindrücklich. Das Abkommen garantiert den freien Fluss von Gütern, verhindert aber den Durchlass von denjenigen Personen, die diese Güter herstellen. Das Überqueren der Ware steht für gute nachbarschaftliche Beziehungen, während das Überqueren von Personen kriminalisiert und polizeilich überwacht wird. (...)

Die Sexualisierung des Territoriums

Eine der deutlichsten und vielleicht auch bedenklichsten Einsichten, die ich an der Grenze gewonnen habe, ist dass die Arbeiterschaft im Süden nicht nur feminisiert, sondern auch sexualisiert worden ist, dass die



Arbeiterinnen im wahrsten Sinne des Wortes in ihrer Sexualität adressiert werden. Strukturell gesehen haben junge Frauen in Juarez drei Optionen, ihren Lebensunterhalt zu verdienen: Sie können in der Maquila arbeiten. Wenn sie in der Fabrik wegen mangelnder Ausbildung nicht genommen werden, können sie *domestica* werden und privat als Hausmädchen arbeiten. Wenn eine Frau keine Empfehlung für eine solche Stelle aufbringen kann, bleibt ihr noch eine Option: die Prostitution. Doch auch die Sicherung eines Fabrikjobs ist oft nicht die letzte Lösung. Die ungenügenden Löhne zwingen viele Frauen dazu, zusätzlich Geld durch Wochenend-Prostitution zu verdienen. Seit der Schließung der Grenze und ihrer militärischen Durchsetzung gibt es jedoch sehr viel weniger US-Kunden und weniger in den USA lebende Mexikaner, die die Grenze überqueren, um ihre Dollars in Juarez auszugeben. Darin zeigt sich schon die gegenseitige Durchdringung von Arbeitsmarkt und Sexualmarkt innerhalb dieser Wirtschaftsordnung. Diese eine Ziffer, 1$ pro Stunde, bedeutet die Sexualisierung des ausgelagerten Arbeitsmarkts, der die Frauen an den Rand der Obszönität treibt und sie auf Sex reduziert. Diese eine Ziffer impliziert Zuhälterei durch Großkonzerne. Nicht dass sie direkt am Profit aus der Prostitution partizipieren, aber sie profitieren davon, Arbeitskräften nur ein Taschengeld zahlen zu müssen und die Frauen davon abhängig zu machen, ihren Körper zu kommodifizieren. Prostitution ist nicht nur Bestandteil von Exzess in der zollfreien Zone. Sie ist ein struktureller Teil des globalen Kapitalismus. Seit die Grenze

in den 90er-Jahren dichtgemacht und militärisch verstärkt wurde, hat sich die Konkurrenz zwischen den professionellen Prostituierten und den jüngeren, oft heranwachsenden Maquila-Arbeiterinnen, die am Wochenende auf den Strich gehen, verschärft. Die Dynamik an der Grenze zeigt, wie auch der Kundenschwund die Prostitution nicht abnehmen, sondern zunehmen lässt. Bezeichnenderweise ist Juarez, wo Prostitution aus der Maquila-Ökonomie hervorgeht, frei von Zuhältern. (...)

Mit der Maquila-Industrie sind mehrere Hundert Bars und Tanzclubs in Juarez entstanden. Freitags und samstags um 16 Uhr, wenn die Frauen von der Frühschicht zurückkehren, sind diese Bars und Tanzclubs

in Downtown Juarez geöffnet. Vor zehn Jahren, während meiner ersten Drehzeit in Juarez, waren die Tanzwettbewerbe nach ganz traditionellen Geschlechtervorbildern gestaltet. Frauen konkurrierten mit Schleckstängel auf der Bühne und führten die begehrlichste Körpersprache auf, die sie für den männlichen Blick zustande brachten. (...) Heute ist die Verschiebung der Kaufkraft auf die jungen Frauen in den Tanzclubs offensichtlich. Die Unterhaltung richtet sich mit Shows männlicher Stripper und Tanzwettbewerben für Männer vornehmlich an weibliche Kunden. Hier sind es Frauen, die den Sex-Appeal von Männern bewerten. Die Songs sind den Mädchen von Torreon oder von Durango gewidmet, den Geburtsorten eines Großteils der Maquila-Arbeiterinnen. Oftmals drücken die Musiktexte explizit sexuelles Begehren von Frauen aus; die ganze Unterhaltungsmaschine ist auf ihr Vergnügen ausgerichtet. Die Verschiebung der Einkommensmuster ermächtigt die Frauen in ihren persönlichen Beziehungen. Sie ermöglicht ihnen den öffentlichen Ausdruck von sexuellem Begehren und leistet die Befriedigung dieser Wünsche mit ökonomischen Mitteln anstelle von anderen traditionellen Dienstleistungen im Bereich von Heim oder emotioneller Reproduktion. (...)

Transgressive Identitäten

Die raffiniertesten Technologien der Überwachung haben Risse und Lecke, und es gibt Löcher im Grenzzaun und Pfade, die durch die Wüstentäler führen, auf denen Frauen bei Nacht Schwangere über die Grenze bringen. Diese Frauen wissen, wie sie Schlangenbisse und Dehydration vermeiden können, und verlangen wenig Geld dafür, die Schwangeren sicher in einem US-amerikanischen Spital abzuliefern. In der transnationalen Zone habe ich nach solchen Erzählungen Ausschau gehalten, alternativen Wünschen, die sich in transgressiven Bahnen ausdrücken. Wir sollten jedoch bedenken, dass Strategien der Überschreitung aus unterschiedlichen Motivationen hervorgehen können. Während Intellektuelle wie Bhabha oder kulturelle Produzentinnen wie ich subversive Strategien wählen, weil sie zu einem bestimmten Zeitpunkt von kulturellem Interesse sind, wurde Concha, die ein gewöhnliches Leben bevorzugen würde, durch eine Notlage in transgressive Lebensformen hineingedrängt. (...)

»Ich kenne Concha seit etwa fünf Jahren«, sagt Angela Escajeda, während wir zu den Ansiedlungen an der Peripherie rausfahren, »seit sie hier in diesem Haus lebte, das sie aus den Materialabfällen der Maquiladoras baute. Sie sah sich auf einmal von ihrem Mann verlassen und realisierte, dass sie als schwangere Frau keine Arbeit finden würde in Juarez. So traf Concha jemanden – ich weiß nicht, ob das gut oder schlecht war für sie –, der ihr sagte, wie sie in den USA Zigaretten verkaufen könne. Concha fing also an, über die Grenze zu gehen, dort Zigaretten billiger einzukaufen, sie hinüberzubringen, die Steuern abzuziehen und sie dann billiger auf der anderen Seite wieder in Zirkulation zu bringen. Später, dank ihren Fähigkeiten die Grenze zu passieren und die US-amerikanischen Migrationsbeamten zu umgehen, fing Concha an, Leute illegal hinüberzubringen. Ihre Strategien waren vielseitig und variabel. 1994 war sie mit der Militarisierung der Grenze konfrontiert, als Sylvester Reyes die Grenze zu den USA dicht machte und sich die Aggression gegen Passanten verstärkte. Concha gelang es, die »Undokumentierten« geheim hinüberzubringen und plötzlich, ohne dass sie sich dessen so richtig bewusst war, begann sie Leute zu schleppen. Sie wurde so berühmt, dass Leute von Zentralamerika, bis hinunter nach Nicaragua sie aufsuchten. Sie brachte sie hinüber und verlangte nur kleine Summen dafür, verglichen mit anderen Schleppern. Concha half oft schwangeren Frauen, die im Norden gebären wollen, um US-amerikanische Kinder zu haben, in der Überlegung, dass diese ihnen eines Tages zu Papieren verhelfen und sie von den Leistungen dort drüben profitieren lassen. Concha hatte eine Art ›Service für schwangere Frauen‹, die sie im öffentlichen Spital in El Paso ablieferte.«

Die Erzählung von Conchas überschreitenden Praktiken steht in radikalem Widerspruch zu den zahmen, fügsamen, leitbaren Körpern der Elamex-Anzeige. Concha passiert die Grenze auf neuen Pfaden, welche sich mit dem ersten Wind verwischen, und geht in der Illegalität ein und aus. Es ist nicht ein einmaliges Überschreiten mit der Aussicht, auf der anderen Seite jemand anderes zu werden. Concha ist ein Subjekt des vorübergehenden Transits, das durch die transnationale Zone kreuzt und immer neue Strategien findet, um die vorherrschenden Machtstrukturen auf ihren Geheimgängen zu umfahren. Die Figur des

FRAUENKNEIPENABEND

DONNERSTAGS
VON 20.00 BIS 24.00 UHR
IM CAFÉ EXZESS,
LEIPZIGER STR. 91

Fotokopien
Digitaldruck
Konfektion

Kopier Werk
FRANKFURT

Alles andere sind nur Kopien!

Buchkopien
Einzugskopien
Digitalkopien
Farblaserkopien
Overheadfolien
Farbfolien

Leimbindung
Spiralbindung
Wire-O-Bindung
Bucheinband
Bindematerial
Laminierungen
Mousepads

Wir vervielfältigen und binden auch Eure Diplomarbeiten und Dissertationen in überzeugender Qualität zu fairen Preisen. Holt Euch ein Angebot ein.

Kopierwerk GmbH
Adalbertstraße 21a
60486 Frankfurt am Main
Fon: 069 / 707 607 44
Fax: 069 / 707 607 45

Öffnungszeiten
Mo - Fr 8.30 - 20.00 Uhr
Sa 9.00 - 14.00 Uhr

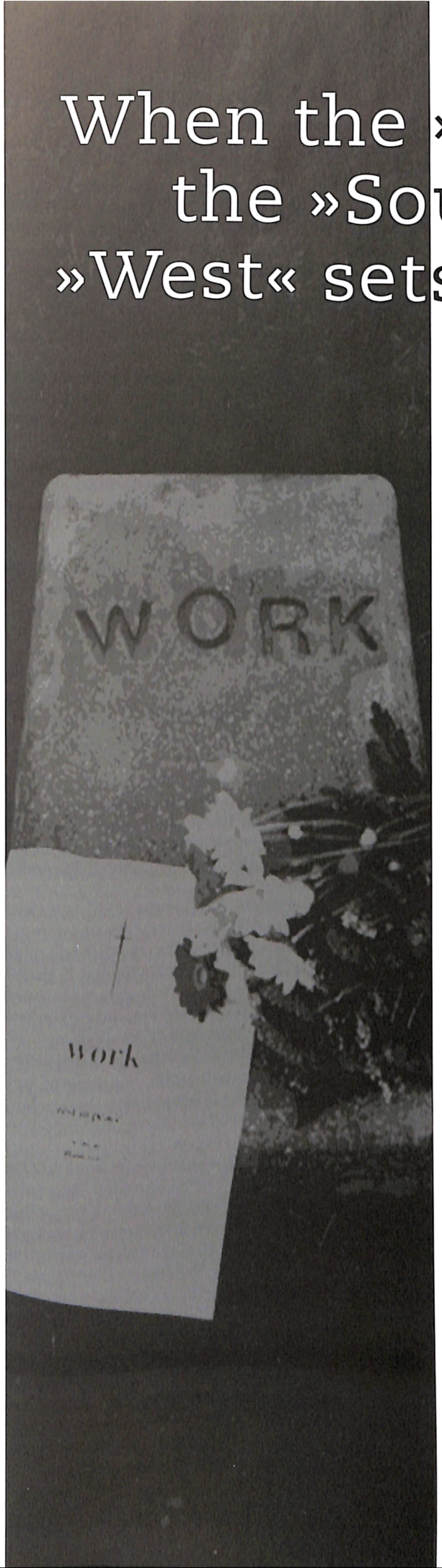
coyote, der Schlepperin, die Leute über die Grenze schmuggelt, drückt diese Art von »neuem Subjekt« aus, wie es sich Feministinnen und andere PoststrukturalistInnen vorstellen. Als Passantin zwischen kulturellen Orten ist sie die Vermittlerin und ständige Übersetzerin von unterschiedlichen Ablagerungen und registriert dabei Sprache und kulturelle Codes. Als ich in Conchas Haus ankam, war sie bereits nicht mehr da, ohne Nachsendeadresse zu hinterlassen. Sie ist in diesem Sinn durch das System der BürgerInnenkontrolle nicht adressierbar. Sie ist zutiefst subversiv in ihrer Flüchtigkeit, in der mobilen und vergänglichen Natur ihrer Tätigkeit und durch die Desidentifikation und Untreue dem nationalen Programm gegenüber. Hier wird der schwangere, mütterliche Körper, der gewöhnlich das Objekt großen biotechnologischen Interesses und reproduktiver Kontrolle ist, zum Ort der Überschreitung. Concha trägt diese Körper von der transnationalen Zone, in der ihnen die Sozialleistungen von den US-Arbeitsgebern abgesprochen werden, in den nationalen Raum, in dem sie die Leistungen, die ihnen zustehen, in Empfang nehmen können. (...)

Die Grenze ist also eine Frage der Repräsentation, aber performative Realisierung lastet im Endeffekt auf jungen mexikanischen Frauen. Sie setzen die digitalen Technologien zusammen, ihre Zeit und ihre Körper werden bis hin zum Monatszyklus durch das weiße männliche Management strikt kontrolliert und Prostitution wird für viele von ihnen eine Notwendigkeit in dieser Ökonomie, in der sexuelle Gewalt die öffentliche Sphäre charakterisiert. Die Frauen in Juarez haben den Mut zu überleben und darüber hinaus, unter repressiven Bedingungen nein zu sagen zur Gleichgültigkeit und Ausbeutung. Ich anerkenne jede Anstrengung, die sie unternehmen, andere Frauen darin zu unterstützen, bessere und alternative Lebensformen an der Grenze zu finden und so den Text ihrer Subjektivität und Sozietät immer wieder aufs Neue zu schreiben und zu beschreiben.

Ursula Biemann

<1> Bertha Jottar, mexikanische Künstlerin, leitet mein Video-Essay Performing the Border ein (43 Minuten, 1999).
<2> Elamex ist der größte Produktions-Unterhändler in Mexiko mit Jahresverkäufen von US$ 129 Millionen in 1998 und 17 Fabriken mit Operationen in Elektronik und Elektromechanik für die automotive, Telekommunikations-, Computer-, Militär- und Medizin-Industrie. Diese Anzeige zirkulierte in Industrie-Fachzeitschriften Mitte der 80er-Jahre. (www.elamex.com)
<3> Mark Seltzer, Bodies and Machines (NY: Routledge 1992), S. 95.
<4> Rosi Braidotti, Nomadic Subjects, embodiment and sexual difference in contemporary feminist theory (NY: Colombia University Press, 1994), S. 43.
<5> Mark Seltzer, Bodies and Machines (NY: Routledge, 1992), S. 96.
<6> Cipriana Herrera, Works for Ciso, Centro de investigación y solidaridad.
<7> Guillermina Villalva Valdez war Gründerin von COMO, Centro de organisación para mujeres obreras, einem Zentrum für die Weiterbildung und Politisierung von Arbeiterinnen.

When the »East« meets the »South« and the »West« sets the Agenda



Im Schatten der Expo fand in diesem Sommer die internationale Frauenuniversität in verschiedenen Städten der Bundesrepublik zu den Themen Arbeit, Wasser, Information, Stadt, Migration und Körper statt. 900 Studentinnen aus 115 Ländern nahmen daran teil.

Aufgeregtes Stimmengewirr hallt durch den Raum. Erste Pläne für nächste Treffen werden geschmiedet. Hier noch schnell die Adressen ausgetauscht und dort ein letztes Versprechen, dass frau im Kontakt bleibt. Die internationale Frauenuniversität (ifu), die zwischen Juni und Oktober diesen Jahres die universitäre Landschaft belebt hat, neigt sich ihrem Ende zu. Zurück bleibt ein Netzwerk, das durch seine Kontakte zu anderen Gruppierungen immer schon über die ifu hinausging, wie zum Beispiel die Kontakte zur interkulturellen Sommeruni für Frauen und Lesben, die zum Teil parallel zur ifu in Hannover stattfand (siehe *diskus* 2 / 00, S. 48 f.).

Noch war die Tinte, mit der die letzten Adressen geschrieben wurden, nicht trocken, da priesen die Veranstalterinnen die ifu als einen vollen Erfolg. Ja, Geschichte von oben schreibt sich schnell. Denn schließlich soll die ifu schon bald als ein einjähriger internationaler Masterkurs, sozusagen als Aufbaustudium in Geschlechterforschung institutionalisiert werden. Ein Teil des Studiums soll an einer virtuellen Universität absolviert werden, der andere Teil in Seminaren vor Ort. Bevorzugter Schauplatz: Niedersachsen. Die Chancen scheinen nicht schlecht zu stehen, einjährige Mastercourses kombiniert mit online-distance-learning sind zur Zeit sehr en vogue und ein internationaler Aufbaustudiengang für Geschlechterforschung in der BRD hört sich nicht schlecht an. Doch woran würde ein solcher Aufbaustudiengang anschließen?

Wie verliefen die drei Monate, in denen sich 900 Studentinnen und 230 Dozentinnen aus 115 Ländern zu den Schwerpunkten Arbeit, Migration, Wasser, Körper, Information und Stadt in verschiedenen deutschen Städten getroffen haben?

Das gigantische Projekt, das immerhin gut 19 Millionen DM absorbierte und innerhalb der kritisch-feministischen Öffentlichkeit bereits im Vorfeld für einige Kontroversen sorgte, entzieht sich einer einfachen Beurteilung. Es gibt viele Perspektiven auf die ifu, sie war heterogen und widersprüchlich.

Die Universität kann als ein zielstrebiges Unternehmen gesehen werden, einen Frauenstudiengang in der

deutschen Hochschullandschaft zu etablieren, wie sie bereits in vielen Ländern der Welt existieren.

Die Betonung der internationalen Zusammensetzung der Studentinnen legt aber auch nahe, das Projekt im Kontext einer zunehmenden Globalisierung des Kapitals zu betrachten. Es gilt die Welt zu imaginieren und sie in die westliche Wissensmacht einzuschreiben. Bereits der Kolonialismus der vergangenen Jahrhunderte ging mit einer regen Theorie- und Ideologieproduktion über die »neue Welt« und die Kolonialmacht einher. Diese Benennungen, die Gayatri Spivak »Wording the world« nennt, verweisen dabei immer schon auf ein weiteres Diskursfeld. Ifus Versuch, die Welt zu benennen war der Expo nicht unähnlich, wenn auch dort die Adressaten andere waren. Den privilegierten MigrantInnen, wie Zygmunt Bauman die Touristen nennt, präsentierte die Expo die Welt als Ferienprospekt.

Die Frauenuniversität war zwar offiziell ein Expoprojekt – sie verdankte ihre Existenz gewissermaßen dem Windschatten der Expo – wurde aber von dieser nur in geringem Umfang finanziert und stand ansonsten mit ihr in keinem Zusammenhang. War dadurch eine andere Imagination der Welt möglich?

Um diese Frage zu beantworten, werde ich im folgenden das Curriculum kritisch unter die Lupe nehmen. Da Wissensproduktion immer eine Arena der Auseinandersetzung und des Verhandelns bildet, soll auch ein Blick auf die Partizipationsmöglichkeiten an der ifu geworfen werden. Ich beziehe mich dabei in erster Linie auf den Projektbereich Arbeit, weil mir dieser am vertrautesten ist. Viele der Punkte sind aber auf andere Projektbereiche übertragbar. Meine kritische Reflexion wäre ohne die unzähligen Diskussionen mit Teilnehmerinnen während und nach der ifu nicht zustande gekommen. Ihnen sei an dieser Stelle gedankt.

ifus undemokratische Strukturen

Die ifu begründet die Notwendigkeit einer Frauenuniversität mit der Diskriminierung von Frauen in der Akademia. Als Alternative zum herkömmlichen Akademiebetrieb soll – laut ifu-Präsidentin Aylâ Neusel – ein »dritter Ort« geschaffen werden, an dem die Grenzen zwischen einzelnen Disziplinen, sowie zwischen Kunst und Wissenschaft durchlässig werden, wo Wissenschaftlerinnen und Künstlerinnen aus unterschiedlichen Kontexten und Ländern zusammen kommen, um in einen »internationalen Dialog ohne Hierarchien« (Neusel) zu treten. Ist es vielleicht die Ironie der Geschichte, dass die Struktur der ifu den Beteiligten weniger Mitbestimmungsrechte einräumte, als jede herkömmliche deutsche Universität?

Zu Beginn bildete die Trägerschaft der ifu einen Verein, der später zu einer GmbH umgewandelt wurde. Aus Sachzwängen, wie es hieß. Damit wurde aber die Offenheit eines Vereins, bei dem potentiell jedeR Mitglied werden und die Tagungsordnung beeinflussen kann, der hierarchischen Struktur einer GmbH geopfert. In Form von Gesellschaftern erhielten nun die Geldgeber stärkeren Einfluss auf die Entscheidungsprozesse. Aufgrund ihres größten Finanzierungsanteils waren dies insbesondere Hamburg und das Land Niedersachsen, der ursprüngliche Verein bildete nur noch einen Minderheiten-Gesellschafter. Diese Konstellation mag ein Grund sein, warum viele kritische Ansätze keinen Eingang in die ifu finden konnten. Staatliche Institutionen sind nicht gerade die Vorreiter von spannenden wissenschaftlichen Diskussionen und es ist zu vermuten, dass sie bei kontroversen Entscheidungen nicht unbedingt kritischen Stimmen folgten, sondern eher dem Loyalitätsprinzip gehorchten.

Auch in den jeweiligen Projektbereichen prägte eine hierarchische Struktur die Kommunikation. Die Macht bündelte sich bei den zwei Dekaninnen, der nationalen und der internationalen, in einigen Fällen sogar maßgeblich bei der nationalen Dekanin, während die internationale zur Vizedekanin degradiert wurde. Wie weit die Dekaninnen nun ihre Macht mit anderen teilten, lag in ihrem Ermessen. Eine zentrale Ursache für den unterschiedlichen Entwicklungsverlauf der Projektbereiche lag in den sehr unterschiedlichen Führungsstilen der »Abteilungsleiterinnen der GmbH«.

Während die meisten Unternehmen jedoch zumindest eine bestimmte formalisierte Mitbestimmungsstruktur für alle Beteiligten in Form eines Betriebsrates garantieren, hielt sich die Frauenuniversität in Sache Mitbestimmung »von unten« sehr bedeckt. Einflussmöglichkeiten von Studentinnen und Tutorinnen auf Entscheidungsprozesse waren nicht vorgesehen.

Diese Konzeption, die Studentinnen auf passive Wissensrezipientinnen reduzierte, konfligierte mit dem Selbstverständnis der Studentinnen. Diese sahen sich, mit immerhin mindestens einem akademischen Abschluss in der Tasche, eher als Teilnehmerinnen an einer internationalen Konferenz. Es kam bald zu Unmut und Protesten. Die Teilnehmerinnen begannen sich zu organisieren und brachten Veränderungsvorschläge ein. Wie mit diesen Forderungen umgegangen wurde, hing auch hier wieder vom »Führungsstil« der einzelnen Dekaninnen ab. Als extremes Beispiel steht hierfür der Projektbereich Arbeit. Partizipation »von unten« schien hier unwillkommen zu sein. Veränderungen, die zwischen der Curriculum-Gruppe und der studentischen Delegation vereinbart worden waren, wurden nachträglich von der Leitung für nichtig erklärt. Diese Kompromisslosigkeit blieb nicht ohne Wirkung auf den Selbstorganisationsprozess der Teilnehmerinnen. Tragende Figuren des Prozesses zogen

sich zurück, reisten ab, widmeten sich ihrer eigenen Forschung oder nutzten die Gelegenheit, Europa kennenzulernen. Der Vorlesungssaal leerte sich zunehmend, obwohl mit Anwesenheitslisten versucht wurde, die Frauen bei der Stange zu halten. Doch offensichtlich waren sich die Organisatorinnen dem passiven Widerstand der Studentinnen bewusst, denn entgegen der Praxis der anderen Projekte, gab es beim Bereich Arbeit am Ende der drei Monate keine gemeinsame Evaluation.

Dieser Fall gibt Aufschluss über die gesamte ifu. Durch den Konflikt kamen die hierarchisch-bürokratischen Strukturen sehr deutlich zum Tragen. Sie lagen jedoch mehr oder weniger implizit dem gesamten Konzept der ifu zugrunde. Die Studentinnen, die sich nach den ersten Protesten nicht mehr als Studentinnen sondern als »participants« bezeichneten, waren in der ifu nur als Konsumentinnen, nicht aber als gestaltende Akteurinnen mit eingeplant worden.

Die ifu als Eliteuniversität

Dass die ifu sich ihre Studentinnen selbst auslesen konnte, wurde von den Organisatorinnen als Garant für die Qualität gesehen, als stünde eine »künstliche Verknappung« in einem Zusammenhang mit guten akademischen Diskussionen. Wohl eher das Gegenteil ist der Fall, wenn wir die Universität als einen Ort gesellschaftskritischer Auseinandersetzung betrachten. Doch diese Idee scheint an der ifu dem Elitegedanken geopfert worden zu sein. Wissen als technokratische »skills« sollte der »Elite von morgen« von der Dienstleistungsinstitution Universität vermittelt werden. Mit ihrer Rede von der weiblichen Elitenbildung reihte sich die ifu unkritisch in die gegenwärtigen neoliberalen Versuche ein, die höhere Bildung zu differenzieren und frei nach US-amerikanischen Vorbild einige »konkurrenzfähige« Eliteunis herauszubilden. Die boomenden Privatuniversitäten in der BRD aber auch die Versuche, Universitäten in Konkurrenz zueinander zu bringen, deuten in die gleiche Richtung. (Universitäres) Wissen wird hier entpolitisiert und kommodifiziert, es wird zur Ware, die es an (zahlende) Kunden zu verkaufen gilt. Wer Zugang zu diesem Wissen hat, wird zur Elite in der Informationsgesellschaft von morgen gehören, so der Subtext. Schließlich war Hillary Clinton auch auf einer Frauenuniversität. Die künstliche Verknappung der Ware Wissen sichert dabei die Elite.

Gleichzeitig gibt die Selektion den Universitäten mehr Macht über die StudentInnen. Nicht alleine Qualifikation, sondern »the right spirit« gilt es zu haben, den frau bei der Bewerbung auch ausführlich darzulegen hat. Damit wird der Selektionsprozess, der bereits durch formale Auswahlkriterien greift, nochmals verschärft. Nun gilt es, den richtigen Habitus, die richtige Weltanschauung, die richtigen Worte zu haben. Gleichzeitig können die Kriterien von den Bewerberinnen selbst nicht eingeklagt werden, nur die Auswählenden wissen, was mit »the right spirit« eigentlich gemeint ist. Wer aufgenommen wird, gehört zur Community und sollte dankbar dafür sein und nicht aufmüpfig werden.

Ironischerweise ist die Frauenuniversität in ein Fahrwasser geraten, das das ursprüngliche feministische Anliegen, eine Gegenposition zur Uni als männliche Kaderschmiede zu schaffen und Wissen als ein öffentliches Gut für alle einzufordern, in Frage stellt. Von dieser Politik haben zumindest alle deutschen Professorinnen und Dozentinnen an der ifu profitiert. Die Idee der Bildung für Alle bildete auch den Grundstein für die zahlreichen Frauensommerunis, die einen wichtigen Beitrag zur feministischen Theoriebildung leisteten und an deren Tradition die ifu implizit anschloß.

Auch hier tauchen Widersprüche auf. Zum einen wurde von Leistungskriterien und Eliteuniversität gesprochen, an der nur die weibliche crème de la crème studieren sollte, während zum anderen ein strenges Quotensystem eingehalten wurde, um eine internationale Zusammensetzung zu erhalten. Diese internationale Zusammensetzung wäre gefährdet gewesen, wenn, wie ursprünglich geplant, nur 40 % der Studentinnen ein Stipendium erhalten hätten. Um die Quote einhalten zu können, akquirierten die Mitarbeiterinnen der ifu mit großem Aufwand weiteres Geld, so dass am Ende 70 % der Studentinnen Stipendien erhielten. Dies ermöglichte erst die zahlreiche Teilnahme von Frauen aus den Ländern des Südens, die rund die Hälfte aller Studentinnen an der ifu ausmachten. Insofern unterscheidet sich die ifu von einigen anderen Projekten, die sich bereits als international bezeichnen, wenn nur einige Teilnehmerinnen aus den Industrieländern zusammenkommen.

Auch in der Alterszusammensetzung ist die ifu vom dominanten Bild »jung und dynamisch« abgewichen. Die Altersspanne reichte von 22 bis 47 Jahren. Bei einigen Frauen lag der Abschluss schon einige Jahre zurück, dafür blickten sie auf eine langjährige Berufserfahrung. Dies versprach eine spannende Mischung von Theorie und Praxis zu werden, die leider in der Umsetzung weit hinter dem Anspruch zurück fiel. Da machte sich die Überheblichkeit des Elfenbeinturms über die Praxis doch bemerkbar.

Die Internationalität

Die internationale Zusammensetzung war das »Gütesiegel« der ifu, mit der sie sich in der Öffentlichkeit

präsentierte. Gleichzeitig war es der Pluspunkt, den ihr alle KritikerInnen anrechneten. Wenn wir die ifu als einen Versuch sehen, die Welt zu denken, in einer Zeit, in der das globale Kapital verschiedene Länder zunehmend in den Weltmarkt zu integrieren versucht, so lohnt sich ein Blick auf die Zusammensetzung innerhalb der verschiedenen Weltregionen. Von den 900 Studentinnen kamen rund 140 aus Indien, während aus dem bevölkerungsstärkeren China nur ein paar wenige anreisten. Diese unausgewogene Zusammensetzung mag mehrere Gründe haben, von denen einer in den Vorgaben von einigen der Wirtschaft nahe stehenden Geldgebern besteht, welche Stipendien nur für bestimmte Schwerpunktländer zur Verfügung stellen. So blieb die Zusammensetzung der Teilnehmerinnen nicht unberührt von realen Interessen der deutschen Wirtschaft und beeinflusste die Wissensproduktion, das »Wording the World«. Indien wurde in den Diskussionen häufig zum Substitut für ganz Asien.

Unabhängig von dieser Schieflage war es aber diese internationale Zusammensetzung, die die Hoffnung aufkommen ließ, gemeinsam die Welt aus einer anderen Perspektive zu denken, in kritischer Abgrenzung zum globalen Kapital. Wo Macht ist, könnte ja auch Widerstand entstehen. Dieser Prozess hat an der ifu stattgefunden. Doch leider in weit geringerem Maße in den offiziellen Lehrveranstaltungen, als frau gehofft hatte. Der Vorwurf des Eurozentrismus durchzog die meisten Projektbereiche.

Der Eurozentrismus

Ein ausgeprägtes Beispiel für den Eurozentrismus der ifu bot der Projektbereich Arbeit. Hier war es laut Curriculum gar nicht vorgesehen, die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung im weltweiten Kontext zu thematisieren. Im Vordergrund stand der Ost-West Vergleich von Frauenarbeit. Damit hat der Bereich einerseits den großen politischen und ökonomischen Veränderungen in den Transformationsländern Rechnung getragen, die das gesamte globale Weltgefüge veränderten; vielleicht neben dem Verdrängen der Subsistenzwirtschaft einer der stärksten Effekte des (globalen) Kapitalismus. Andererseits versäumte es das Curriculum, diese Veränderungen in einen globaleren Zusammenhang zu stellen. Trotz der internationalen Zusammensetzung der Studentinnen waren die anderen Kontinente weder thematisch, noch personell von Dozentinnen vertreten. Die einzige Ausnahme bildete eine Dozentin aus dem Süden, die eingeladen war, um zu Telearbeit in Indien zu referieren. Dies mag wohl zur Zeit in der BRD ein viel besprochenes Thema sein und ist sicherlich eine interessante Entwicklung der internationalen Arbeitsteilung, doch rein quantitativ gesehen hat Telearbeit für Frauen aus dem Süden wenig Relevanz. Immerhin arbeitet hier die Mehrheit der Frauen in der Landwirtschaft, ein Bereich, der keinen Eingang ins Curriculum fand. Die Probleme, die Theorien und die Konzepte, die im Projektbereich gelehrt wurden, hatten einen spezifischen geo-politischen Kontext, der aber durch die Universalisierung des Geltungsanspruchs unsichtbar gemacht wurde. Die Übertragungsleistung in andere Kontexte sollte von den Teilnehmerinnen geleistet werden oder wie es die nationale Dekanin Regina Becker-Schmidt formulierte: Der Ost-West Vergleich sollte den Studentinnen »in exemplarischer Weise Wege (aufzeigen), mit welchem theoretischen Rüstzeug, mit welchen theoretischen Zugangsweisen und mit welchem Problembewusstsein ›Frauenarbeit‹ in ihren Herkunftsländern zu untersuchen ist.«[1]

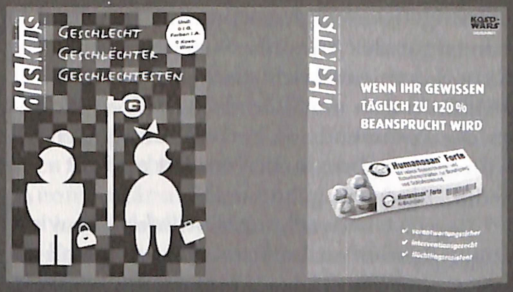
Hätte der Projektbereich nicht die Industrieländer zum Ausgangspunkt gemacht, sondern zentrale Themen der Länder des Südens, wäre der Geltungsanspruch des »theoretischen Rüstzeugs« ziemlich in seine Schranken verwiesen worden. Von der internationalen Abhängigkeit durch den Welthandel seinen Akteuren wie Weltbank, IMF und WTO zu sprechen, wurde die Frage nach den entscheidenden Akteuren in einem Land nochmals anders stellen. Eine Analyse der Subsistenzwirtschaft hätte ein anderes Licht auf die kapitalistische Produktionsweise und die Geldwirtschaft geworfen. Der informelle Sektor stellt die Konzeption der Beziehung zwischen Staat, Markt und Gesellschaft in Frage. Ja und vielleicht wäre deutlich geworden, dass diese analytischen Kategorien, die einem spezifischen sozio-historischen Kontext entstammen, die Situation in den Ländern des Südens oftmals mehr verdunkeln als aufhellen, da sie sie immer in Bezug auf das »Original« definieren.

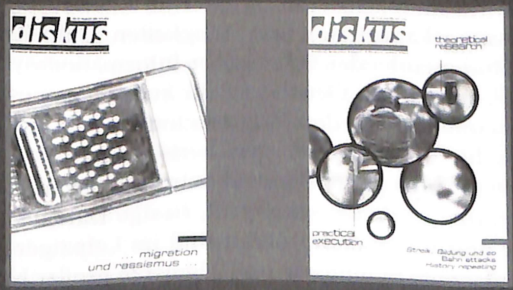
Doch auch in seinem engen Bezugsrahmen, der sich auf die vier Länder Polen, Ungarn, Russland und Schweden bezog, blendete das Curriculum viele kritische Diskussionen aus. Schweden wurde den negativen Entwicklungen in den anderen drei Ländern entgegengesetzt. In Kritik an der gegenwärtigen Hegemonie neoliberaler Politik wurde damit im Subtext auf ein fordistisch-modernistisches Fortschrittsmodell zurück gegriffen, ohne die mittlerweile umfangreiche feministisch-antirassistische und postkoloniale Kritik an den tragenden Kategorien der Moderne – Subjekt, Arbeit, Fortschritt – eines Blickes zu würdigen. Schweden wurde gewissermaßen zum fortschrittlichsten Land für Frauen, da hier die Gleichberechtigung am weitesten vorangeschritten sei. Die Rahmenbedingungen, die den schwedischen »Erfolg« ermöglichten, blieben dabei unbeleuchtet. Niemals wurde die Frage aufgeworfen, für welche Frauen die Gleichberechtigung gilt, falls frau die Integration in den Arbeitsmarkt überhaupt als einen Akt der Gleichberechtigung betrachten will. Weder wurde die lange Geschichte der Eugenik und des Rassismus, die zur Geschichte des schwedischen Sozialstaatsmodells gehört, gestreift, noch hielten Klassenverhältnisse Eingang in die Analyse. Inwieweit die internationale Ausbeutung es Schweden erst erlaubte, einen solchen Wohlstand zu akkumulieren war kein Thema. Ein Blick auf den Waffenexport Schwedens oder auf seine gegenwärtige Rolle in der globalen Informationsökonomie wäre hier sicherlich aufschlussreich gewesen. Mehr oder weniger subtil bildete ein Kulturimperialismus den Subtext der Ländervergleiche, der an vergangene Beispiele der ersten Frauenbewegung in Großbritannien erinnert. In den zwei letzten Jahrhunderten priesen die Frauenrechtlerinnen das imperiale England als die fortschrittlichste Nation der Welt, als

Abo? Backissues?

Alte Ausgaben gibts für die Portokosten, das **Abo** mit 4 Ausgaben für 10 Mark in Briefmarken oder Scheinen bei: **diskus** · Mertonstr. 26–28 · 60325 Frankfurt/M.

Rabatte für WiederverkäuferInnen auf Anfrage.





hier die englischen Frauen der Bourgeoisie das Stimmrecht erhielten.

Wie Vathsala Aithal bereits im Vorfeld befürchtet hatte, erhielten die Frauen aus dem Süden einen Platz als Wissenskonsumentinnen, die höchstens Transferleistungen zu tätigen haben, aber nicht als eigenständige Wissensproduzentinnen.[2]

(Nicht nur) für Frauen des Südens blieb der Eindruck zurück, dass die Probleme und Theorieproduktionen ihrer Länder offensichtlich nicht wichtig genug sind, um Eingang in das Curriculum einer internationalen Universität zu erhalten. Gleichzeitig wurde die Chance verpasst, die ziemlich disparat verlaufenden Ost-West und Nord-Süd-Diskussionen miteinander in Austausch zu bringen. Beide Diskussionszusammenhänge haben in den letzten Jahren ihre Dynamiken entwickelt, ohne jedoch voneinander besondere Kenntnis zu nehmen. Der Versuch einen wirklichen Dialog zwischen »Ost«, »West« und »Süd« zu entwickeln, hätte dem Hegemonieanspruch der westlichen (feministischen) Wissenschaft klare Grenzen gesetzt.

Auch in einem weiteren Aspekt ist der Projektbereich einem traditionellen Wissenschaftsverständnis gefolgt. Die von dem ifu-Konzept postulierte Begegnung von Wissenschaft und Kunst erhielt im Bereich Arbeit wenig Raum. Das dem Bereich zugeordnete Kunstprojekt »busy doing nothing« weckte wohl die Neugierde vieler Teilnehmerinnen, doch der Versuch der beiden Künstlerinnen, Irritationsfelder zu schaffen und andere Perspektiven auf Arbeit, Konsum, Muße und Reichtum anzusprechen, erhielt keinen Eingang in die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Arbeit.

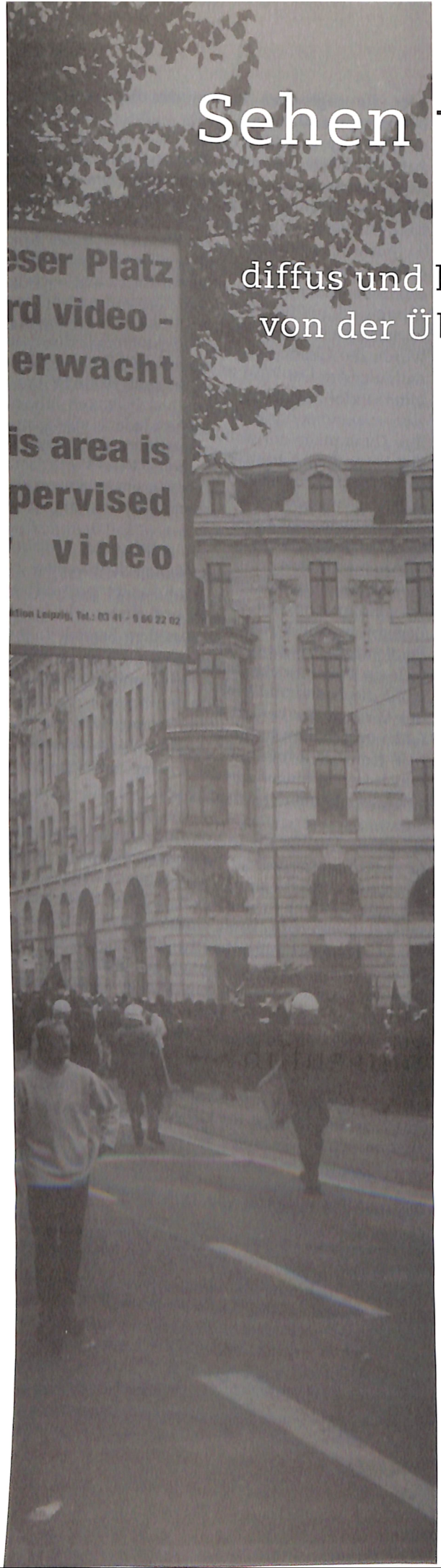
All diese Kritikbewegungen und grenzüberschreitenden Suchprozesse, die spannend aber auch schwierig und schmerzlich sein können, haben stattgefunden, jedoch in der Regel außerhalb der Lehrveranstaltungen. Da keine studentischen Beiträge in die geschichteschreibenden ifu-Publikationen eingehen werden, werden sie nicht als ein Teil des offiziellen Bildes vorkommen. Es fragt sich, ob das ifu Nachfolgeprojekt jemals von diesen Prozessen erfahren wird. Doch unabhängig davon werden die Diskussionen weitergehen. Es werden sich Netzwerke entwickeln, so dass Wissen zirkulieren kann, welches seinen Wert nicht durch Ausschluss erhält, sondern durch seine Offenheit für kritische Auseinandersetzungen.

Doro

<1> Regina Becker-Schmidt: Arbeit: Erste Schritte zu einem Curriculum. Ein Erfahrungsbericht. In: Aylâ Neusel (Hg.) Die eigene Hochschule, S. 107. Opladen 2000

<2> Vathsala Aithal, Parwaneh Bokah, Beate Gonitzki, Encarnación Gutiérrez Rodríguez: 100 Tage Feminismus. In: *Texte zur Kunst*. Köln, Juni 2000

Ein Teil der Fotos entstammen dem Kunstprojekt »busy doing nothing«.



Sehen und gesehen werden

diffus und kampagnistisch: die Rede von der Überwachungsgesellschaft

[Herbst 1999. Kamera ab.] Auf dem Bildschirm erscheint der Connewitzer Platz, das »Herz« des linken Leipziger Viertels. Das frisch installierte elektronische Auge scannt Bewegungen, Interaktionen, Gesichter; Bekanntschaften werden registriert, geordnet, ausgewertet.

[»Press forward«.] Bilder von über 20 Demos gegen die Kamera »im eigenen Haus«. Zwischenzeitlich – in den Tagen, an denen die Kamera militant »ausgeschaltet« wurde – immer wieder ein schwarzer Screen.

[Spulen wir noch weiter.] Am 14. Oktober 2000 finden sich in Leipzig über 3 000 Leute zu einer Demonstration unter dem Motto »Save the Resistance« ein, zusammengetrommelt u.a. von einer Info- und Mobilisierungstour des Bündnisses gegen Rechts Leipzig (BGR) und dem Antifaschistischen Frauenblock Leipzig (AFBL) durch annähernd 30 Städte; Widerstand gegen die kommende »Überwachungsgesellschaft«. Dass diese Kategorie mehr verwirrt als hilft – darum soll es im Folgenden gehen.

Der Begriff Überwachungs*gesellschaft*, so wie er im Leipziger Reader ausbuchstabiert wird, soll in Abgrenzung zum Begriff des Überwachungs*staates* funktionieren. Das Szenario erscheint überholt, in dem eine Zentralinstanz ihre Fühler ausstreckt, die Bevölkerung überwacht und reguliert. Die »BigBrother is watching you«-Vision ist in tausend little brothers and sisters explodiert, *1984* ist nie gewesen. Hinter den einzelnen Überwachungsphänomenen steht nicht der Staat, sondern ein verworrenes Geflecht aus staatlichen Verfolgungsbehörden, Geschäftsleuten, Grenzschützern, Wohnungsbaugesellschaften, Ordnungsämtern, Universitätsleitungen, Privatleuten, Versicherungen und wie sie alle heissen. Unzählige Daten- und Bildbanken werden verstreut erstellt, teils vernetzt, teils datenschutzrechtlich blockiert, jedenfalls aber nicht zentralisiert.[1]

Die Bezeichnung Überwachungs*gesellschaft* soll aufmerksam machen auf die enorme Ausweitung der Erfassungskapazitäten und -tätigkeiten. Chip-Karten für Studierende, das Schengener-Informationssystem (SIS)[2], pränataler Gencheck, ein aufmerksames Denunziantentum in den Grenzregionen zu Polen und Tschechien, elektronisch gesicherte Innenstädte, verdachtsunabhängige Personenkontrollen, Schleierfahndung, der große Lauschangriff, riesige Datenbanken mit KonsumentInnenprofilen sind im Leipziger Reader genannte Symptome und Elemente großer Netze,

die auf umfassende Erfassbarkeit zielen, den gesellschaftlichen Raum mit ihren Rastern durchziehen und Handlungen in eine nachvollziehbare Datenspur codieren.

Wo ist die Kamera?

Die High-Tech-Videokamera stellt so etwas wie die sinnfällige Ikone der observierten Wirklichkeit dar. Tatsächlich lässt sich als Hersteller elektronischer Sicherungs- und Überwachungssysteme derzeit gut leben, nach Schätzungen filmen in Deutschland zur Zeit ca. 500000 Kameras, Tendenz steigend. Beschränkte sich die Präsenz von Kameras bis vor einigen Jahren vorwiegend auf Bankschalter und feinere Kaufhäuser, so verbreitern sich die Anwendungskontexte, wobei die Grenzen zwischen öffentlichen, semiöffentlichen bzw. privaten Räumen längst unscharf geworden sind. Videoüberwachung findet sich mittlerweile auch in U-Bahnhöfen, Bahnhöfen, in Betrieben, Shopping-Malls, in Parks, auf Universitätsgeländen und öffentlichen Plätzen. Erst Mitte November hat die SPD-Fraktion in Frankfurt ihr Okay für die Videoüberwachung der Konstablerwache gegeben.

Die Rede über die Kameras

In der (linken) Kritik an derartigen Entwicklungen lassen sich verschiedene Positionen / Strategien finden. Die kulturkritische Variante liefert beispielsweise GRAFT llc in *dérive*, nov. 2000 in dem Artikel »Der überwachte Raum«, in dem der sich anbahnende oder schon zu verzeichnende Verlust der Privatsphäre bzw. von Anonymität als Gefahr für die Ausbildung authentischer Subjektivitäten thematisiert wird. Rolf Gössner hingegen argumentiert in dem jüngst erschienen Buch »Big Brother & Co« hinsichtlich der drastischen Intensivierung der Kontrolldichte im öffentlichen und privaten Raum vehement mit datenschutz- und bürgerrechtlichen Bedenken. Ist die Kontrolle noch kontrollierbar? Dem Leipziger Reader von BGR und AFBL zufolge soll ein »Hauptaugenmerk« des linksradikalen Widerstands auf die Überwachungsgesellschaft gelegt werden.

Das Auffällige an den Beiträgen ist die Gemeinsamkeit, die verschiedenen Phänomene um den Masterbegriff »Überwachungsgesellschaft« herumzugruppieren, dem Begriffe wie Kontrolle, Disziplinierung oder Repression als »Spielarten« untergeordnet werden. Stets schlägt einem in den Texten eine Flut immer drastischerer Phänomene entgegen, an denen nicht die Unterschiede, sondern der Fakt interessiert, dass sie alle irgendwie auch Überwachung sind. Überwachung als dominanter Modus dieser Gesellschaft? Doch schon beim Paradeexemplar der Registrierungsmaschinerie, der elektronischen Kamera, erweist sich der Begriff Überwachung als ungenau und unzulänglich. Was außer dem »Ding« Kamera hat es gemeinsam, wenn sich im einen Fall wohlhabende Bürger mittels elektronischer Sicherung abgeschottete Wohnviertel schaffen und wenn in einem anderen eine Wohnungsbaugesellschaft in der deklassierten Hochhaussiedlung die Treppenflure elektronisch überwachen lässt? Statt alles in einen Topf zu werfen und flugs den Deckel drauf zu stülpen, wäre zu fragen, wer wo zu welchem Zweck und mit welchen Wirkungen auf wen Kameras richtet.

Kameraszenarien

Recht grundsätzlich mischt sich bei fast allen Kamerainstallationen die Dimension des »Sehens durch die Kamera« mit der des »Sehens der Kamera«. Die »geheime Kamera«, die nur sieht und nicht sichtbar ist, ist eher selten. – Auch wenn ich (sind das Pestogläschen und die Rasierklingen erst mal in die Jackentasche gesteckt) im Supermarkt noch hinter jedem Gitter an der Decke das elektronische Auge vermute. Auch die Potentialität einer Kamera löst u.U. Adrenalinschübe aus. – Bleiben wir im Kaufhaus. Fährt man im Saturn-Hansa die Rolltreppen nach oben, hat man eines unvermeidlich im Blick: Monitore übertragen an alle KundInnen die Bilder der Videokameras. Die Botschaft lautet: »Wagen Sie es nicht, Sie werden überwacht!« In dieser relativ klassischen Variante stellt die Überwachung prinzipiell *alle* KundInnen unter den Generalverdacht, ihre Konsumwünsche nicht über den Umweg Geld befriedigen zu wollen. Indem die Grenze hier eindeutig zwischen dem Interesse der Geschäftsleitung und den KundInnen verläuft (bzw. auch »intern« zwischen Geschäftsleitung und Angestellten, deren Verhaltenskonformität ebenfalls sichergestellt werden soll), ist die Funktionsweise hier weitgehend sozial indifferent.

In öffentlichen Räumen hat sich in den letzten Jahren durchgesetzt, bestimmte so definierte Problemzonen einer elektronischen Sondermaßnahme zu unterziehen. So wird seit diesem Sommer der Vorplatz vor dem Frankfurter Studierendenhaus auf dem Unicampus gefilmt, jenem Areal, auf dem die üblichen Verdächtigen des law&order-Diskurses ihren Platz gefunden haben. Im Gegensatz zum Kaufhaus wird hier von vornherein nur jene Zone ins Visier genommen, die als Kriminalitätschwerpunkt definiert ist. Sozial adressiert werden dabei ausschließlich die »gefährlichen Klassen«, wer ansonsten »durchs Bild« tapst, interessiert nur marginal. Auch ist der elektronische Blick hier nicht an den zu schützenden Objekten ausgerichtet (dem Studierendenhaus), sondern folgt einem spezifischen Vertreibungsinteresse, indem die Anonymität des Raumes aufgehoben wird und damit beispielsweise Geschäftsgrundlagen entzogen werden. Wer erwirbt schon gern illegalisierte Drogen, wenn das örtliche Polizeirevier elektronisch gafft?

Den 120 Kameras am Frankfurter Hauptbahnhof kommt hingegen eine zusätzliche Funktion zu. Soll die Kamera im Kaufhaus ungebührlichen Warenklau verhindern, so geht es im Bahnhof um die »Sicherung eines Kundenraums«, d.h. sie zielt auf eine umfassendere Kontrolle von Verhaltensweisen. Der springende Punkt ist, dass die Kameras hier nicht nur ein Instrument zur Vertreibung und Ausgrenzung sind, sondern Teil der Serviceleistung für die redlichen KundInnen. Im Kaufhaus sind alle verdächtig, in der

Observierung von Problemzonen werden nur die als verdächtig Ausgemachte adressiert. Im Bahnhof hingegen stellt der Einsatz der Kameras eine Spaltung in erwünschte und unerwünschte KundInnen mit her. Offensiv präsentiert die Bahn mittels Plakaten, Videoclips und Durchsagen den Kontrollapparat als akzeptierten und gewünschten Kundenservice. Den anständigen KundInnen wird mitgeteilt, was im Kaufhaus ziemlich grotesk wäre: »Schätzen Sie sich glücklich, Sie werden überwacht!« – Kameras als Warnung für die einen, als Versprechen für die anderen. Entsprechend gibt es Lautsprecherdurchsagen, dass gerade wieder »Bettelbanden in der B-Ebene unterwegs sind« (O-Ton) und man ihnen bitte kein Geld geben möge. Überwachung ist hier Teil einer integrierenden corporate identity-Strategie, die über gemeinsame Abwehrmaßnahmen gegen »die anderen« funktioniert.

Analyse _ Kampagne _ Praxis

Kameras wirken also, je nach Setting, sehr unterschiedlich. Mal sollen sie zur Arbeit anhalten, mal vom Diebstahl abhalten. Hier werden Informationen gesammelt, dort vertrieben. Feindbilder werden konstruiert, Normalitäten etabliert, Devianzen erzeugt, soziale Gruppen positioniert, d.h. eingemeindet oder ausgegrenzt. Angesichts solcher Differenzen erweist sich die abstrakte Rede von der Überwachungsgesellschaft als diffus. In ihrer Allgemeinheit hat sie ihr Pendant in der Opferfigur des »gläsernen Subjekts«, das im Überwachungsnetz gefangen ist. Welches »wir« aber wird durch dieses Subjekt repräsentiert? Sicher, in den diversen Publikationen der letzten Zeit unter dem Label »Kameras und Überwachung« finden sich stets Hinweise darauf, dass vor allen Dingen die ohnehin Stigmatisierten betroffen sind. Dieses »vor allen Dingen« scheint mir aber zu wenig, verfehlt es doch einen zentralen Modus gegenwärtiger Kontrollszenarien, in denen elektronische Überwachung nicht primär der Kontrolle oder der Registrierung dient, sondern als Instrument rigoroser Vertreibung und sozialen Ausschlusses. Kamerasettings wie am Bahnhof bewirken die Formierung einer (materiellen und symbolischen) Grenze zwischen Innen und Außen, zwischen Dazugehören und Ausgrenzung.

Möglicherweise sind die Varianten überspitzt. Als lediglich analytische Spitzfindigkeiten wären sie kaum der Mühe Wert. Tatsächlich geht es aber darum, ausgehend von der Wahrnehmung solcher Differenzen sich nicht in der kriterienarmen Rede von der Überwachungsgesellschaft zu ergehen oder gar zu versuchen, andere, die vermeintlich im selben Boot sitzen, über die Suggestion von gemeinsamer Bedrohung mobilisieren zu wollen. Schief wird es, wenn auf dem Topos Überwachungsgesellschaft eine politische Kampagne aufgebaut werden soll wie bei der Demo in Leipzig. So wurde es genau dann unangenehm, als man glaubte, etwas in der Hand zu haben, mit dem auch die schaulustigen BürgerInnen positiv angesprochen werden konnten: Auch sie stünden in Gefahr, zum gläsernen Menschen zu werden, Opfer der wuchernden Überwachungsmaschinerie. Komisch nur, dass Kameras mitunter gerade »ihrer wegen« eingerichtet werden. Statt in der Rede gegen Überwachung ein diffuses Opfer-Wir zu konstruieren, scheint es mir brauchbarer, die Strategien von Spaltung und Ausschluss in den Mittelpunkt zu stellen. Vor den Überwachungsaugen ist nun mal nicht jedeR gleich. Reden wir also von elektronisch gestützter und wohlstandschauvinistisch bzw. rassistisch codierter Ausgrenzung.

Nun ließe sich der Rekurs auf Schwammigkeiten aber auch als Symptom der aktuellen politischen Situation lesen. [Wieder Schwenk nach Leipzig.] Unübersehbar lag der Nutzen der programmatischen Unschärfe der dortigen Mobilisierung darin, ein gewaltiges Themenfeld auf die Demo-Tagesordnung setzen zu können. So hatte man dort das Gefühl, als ginge es unter dem zwar diffusen, aber doch grellen Banner »gegen Überwachung und für Widerstand« um eine Zusammenführung verschiedenster politischer Szenen und Spektren. »Wir sind hier um zu zeigen, dass es den linksradikalen Widerstand noch gibt.«, wurde vom Lautsprecherwagen postuliert.

Immerhin, man demonstrierte mächtig und immerhin bekommt man in Leipzig Kameras noch zerstört, während in Frankfurt die einen noch mit der Analyse beschäftigt sind und die anderen sich in Selbstgefälligkeit ergehen, dass Kameraüberwachung ein alter Hut sei. Auf einer sehr konkreten Ebene der praktischen Gegenwehr stößt die Brauchbarkeit der ganzen Unterscheidungsanstrengung möglicherweise an Grenzen. Jede »von oben« installierte Kamera ist eine zuviel.

[Auf dem Bildschirm sieht man einen Stein, der näher und näher kommt. Kamera aus.]

c.an

<1> Dass sich staatliche Institutionen nicht aus dem »Überwachungsgeschäft« zurückgezogen, sondern ihre Aktivitäten weiter intensiviert haben, zeigt Rolf Gössner in dem Buch »Big Brother & Co.«.
<2> Das SIS ist ein supranationales Fahndungssystem, das von ca. 50000 lokalen Terminals der Polizei und der Zollbehörden aller beteiligten Staaten abgefragt werden kann. Es enthält zu 90% Daten von Personen, deren Einreise ins Schengenland nicht erwünscht ist.

txt:

¬ Rolf Gössner: Big Brother & Co. Der moderne Überwachungsstaat in der Informationsgesellschaft. Hamburg 2000
Stephan Lanz / Walther Jahn: Elektronische Augen der Stadt, in: *Jungle World*, 5. April 2000. Berlin
¬ GRAFT llc: Der überwachte Raum, in: *dérive. Zeitschrift für Stadtforschung*, nov. 2000. Wien
¬ Reader zur bundesweiten Demonstration »Save the Resistance«, Leipzig unter: www.nadir.org/bgr

Infoladen

Leipzigerstr. 91, 60487 Frankfurt
Tel./Fax : 069/77 46 70

Öffnungszeiten:
Montag 18-22 Uhr
Sonntag 12-16 Uhr

Themenschwerpunkte:
Frauenkämpfe . Flüchtlinge . Anti AKW
Antifaschismus . Internationalismus
Repression . Ökonomie . Ökologie
Antimilitarismus . Befreiungskämpfe hier und im Trikont . selbstbestimmte 'Freiräume' . Antirassismus
und vieles mehr

Aktuelle Zeitungen und Zeitschriften, Bücher zum kaufen oder ausleihen und ein grosses Archiv zu oben genannten Themen

Spende:
Frankfurter Sparkasse, Anna Schie, M. St., Konto: 0304801372, BLZ: 50050201, Verwendungszweck: Infoladen

FRÜHSTÜCKSCAFÉ

ESPRESSO - BAR

Kiesstraße 41

Frankfurt Bockenheim

Mo. – Fr.: 8 bis 20 Uhr

Sa. & So.: 9 bis 18 Uhr

CAFÉ CK KLEMM

GENUSS MIT FLAIR... VERWÖHN-RESTAURANT + BISTRO

Mélange

Hausgemachte Spezialitäten

Öffnungszeiten: Montag–Sonntag 10–24 Uhr

Warme Küche bis 23 Uhr

Jordanstr. 19 · 60486 Frankfurt/M.

Tel. 069/70 12 87

Was ist Kritik?
Wie soll man Geschichte schreiben?
Wie hast du's mit der Wissenschaft?

Faust stellt die Gretchenfragen.

FAUST

Interdisziplinäre Wissenschaftszeitschrift

Ausgabe 6 DM Abo 22 DM Marchstr. 6 10587 Berlin T 030.25297401 faustmail@gmx.de www.gretchenverlag.de

Hessen
soll
wärmer
und
weiblicher
werden!

GRÖSSENWAHN
FRANKFURT

Täglich bis eins oder zwei

GARIP DÜNYA
GARIP D.ÜNYA

Rückblick auf die Veranstaltung »Transgender: Bewegung und Begriff«

Am 26. Oktober 2000 fand im Studierendenhaus der Uni eine Veranstaltung mit dem Titel »Transgender: Bewegung und Begriff« statt. Es sollte sowohl um eine Kritik der hegemonialen zweigeschlechtlichen Ordnung als auch um ein differenziertes Bild der bundesdeutschen Diskussion im Bereich Transgender bzw. Transgenderbewegung gehen.
Schon die große BesucherInnenzahl zeigte, dass dieses Thema in Frankfurt viel zu selten diskutiert wird. Als ReferentInnen waren Gesa Lindemann, Michel Reiter und Nico Beger eingeladen. Wem diese Namen etwas sagten, wusste, dass hier drei unterschiedliche Positionen auf einem Podium vertreten waren. Dies zeigte sich auch in den Kurzreferaten, die alle so konzipiert waren, dass nicht nur Eingeweihte den Inhalt verstehen konnten, sondern die sich auf einer Ebene bewegten, die zum Diskutieren einlud.

Gesa Lindemann, die sich vor allem mit Transsexuellen und deren Erfahrungen auseinandergesetzt hat, widmete sich in ihrem Kurzvortrag dem Prozess der Geschlechtsumwandlung und machte daran die Rolle des Körpers als konstituierendes Element deutlich. Sie beschrieb, dass während des oft langwierigen Prozesses durch die Instanzen erst die Herstellung einer eindeutigen Geschlechtsidentität notwendig ist, um auch vor den Buchstaben des Gesetzes als transsexuell anerkannt zu werden. Dadurch wurde deutlich, dass nicht nur der Körper dem ›inneren Gefühl‹ angepasst wird, sondern dieses ›innere Gefühl‹ durch den Prozess geformt und genormt wird. Das heisst, dass die Geschlechtsidentität eines transsexuellen Mannes / einer transsexuellen Frau oft erst während der psychologischen (Zwangs)›Behandlung‹ verfestigt wird. Auch die juristisch verlangten Veränderungen am Körper spiegeln das Ziel wider, einen ›Verstoß‹ gegen die binäre Geschlechterordnung möglichst unsichtbar zu machen. Dies zeigt sich daran, welche Körperteile vom ›einen Geschlecht‹ ins ›andere Geschlecht‹ mit hinübergenommen werden dürfen. Gesa Lindemann spricht hier vom »Körperteilschmuggel«, d. h. dass sowohl der Penis, die Gebärmutter und auch die Brüste an der Grenze »abgegeben« werden müssen, wobei z. B. die Eierstöcke mit »hinübergenommen« werden können.
Insofern wies Gesa Lindemann auf das komplexe Zusammenspiel zwischen Körper und Geschlechtsidentität hin und plädierte für eine Diversifizierung entgegen dem Zwang, sich in genau ein Geschlecht von zweien einordnen zu müssen.

Michel Reiter hingegen stellte Intersexuelle in den Mittelpunkt seines Vortrags. Im Unterschied zu Transsexuellen wird das Zusammenspiel bzw. die Diskrepanz zwischen Körper und Geschlechtsidentität bei Intersexuellen nicht erst im Erwachsenenalter thematisiert, sondern von Geburt an. Intersexuelle gelten bis heute als krank und damit als medizinisch zu behandeln, was zu Operationen und Zwangsgeschlechtszuweisungen führt. Damit wird deutlich, dass es sich hier nicht um die Anpassung des Körpers an eine ›gebildete‹ Geschlechtsidentität handelt, sondern um eine medizinische Behandlung ohne das Einverständnis der Person.
Werden Transsexuelle und Transgender in queertheoretischen Politiken als ein Beispiel für ein spielerisches Unterlaufen von Zweigeschlechtlichkeit gesehen, weist Michel Reiter darauf hin, dass die Kritik am Konzept Gender für Intersexuelle anders sein muss.

So geht es nicht um Verschiebung bzw. Überschreitung von Gendergrenzen, sondern darum, deutlich zu machen, dass die Einordnung in eine binäre Geschlechterordnung für Intersexuelle von Geburt an erzwungen wurde. Denn, so Michel Reiter, ich kann »die Lust an Grenzüberschreitungen nicht nachvollziehen. Ich war und bin stets eine einzige Grenzüberschreitung für andere durch meine bloße Existenz und muss diese sozial gar nicht zelebrieren«.

Schließlich sprach *Nico Beger* über die politische Allianz zwischen Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender. Unter Transgender fasst er »verschiedene Entscheidungsphasen, anatomisch-biologische Besonderheiten, kulturelle Unterschiede und Ebenen des Geschlechtsausdruckes«. Dieser heterogen gefasste Begriff dient Nico Beger im politischen Kontext zur Thematisierung von verschiedensten Erfahrungen und Lebensweisen. Er führte als Beispiel seine Arbeit bei ILGA (International Lesbian und Gay Association) an, bei der es darum ging, nicht nur Lobbypolitik für Schwule und Lesben zu machen, sondern Geschlecht und sexuelle Präferenz als Konstrukte zu sehen, die sich gegenseitig bedingen und somit in engem Zusammenhang stehen. Gerade durch eine queere Politikperspektive ist für ihn die Verwobenheit dieser Kategorien in den Blick zu rücken. So ist Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung nicht zu begreifen, wenn nicht auch eine Kritik an der binären Geschlechterordnung formuliert wird, die nach wie vor »Penis = Mann = Sex mit Frau« vorschreibt. Dieses Verständnis führt dazu, Politik nicht auf eine eingeengte, scheinbar feste Identität zu gründen, sondern kann vielmehr den komplexen Zusammenhang von verschiedenen Kategorien in den Blick nehmen. Dies bedeutet, dass politische Arbeit nicht auf eine Gruppe von ›Betroffenen‹ festgelegt ist, sondern es vielmehr darum geht, diese Kategorien als etwas Konstruiertes und damit Veränderbares zu sehen und damit zu arbeiten.

In der Veranstaltung und vor allem in der Diskussion wurde klar, dass es nicht nur um die »richtige« Benennung ging, sondern sich daraus auch verschiedene politische Konzepte ableiten ließen. So wiesen sowohl ein Teilnehmer als auch Gesa Lindemann darauf hin, dass eine Transgenderbewegung, die sich auf das gemeinsame ›Transgender-Sein‹ stützt und daraus die Kritik an binärer Geschlechterordnung formuliert, Gefahr läuft, die Mitglieder je nach ›Subversionsgrad‹ zu werten. D.h., dies könnte dazu führen, Transsexuelle als konform zur Geschlechterordnung zu sehen, während Menschen, die den Weg der staatlich-juristischen Anerkennung nicht gehen, als politisch subversiver dargestellt werden.
Deswegen forderte Gesa Lindemann, politische Zusammenschlüsse nicht aufgrund einer »Gemeinsamkeit« anzustreben, sondern ein gemeinsames Ziel als Basis politischen Handels anzuvisieren.

Nico Beger hingegen verfolgt eher die Strategie, eine Kategorie Transgender in Institutionen und Gesetzen zu benennen und damit auch sichtbar zu machen. Allerdings blieb im Raum, ob mit dieser Sichtweise der Begriff Transgender und die Politik, die sich daraus ableitet, nicht gefährdet ist, zu einer Restkategorie zu werden, die nur additiv verschiedenste Menschen mit unterschiedlichsten Interessen und Hintergründen zusammenfasst. Sehr deutlich wurde dies durch die Einwände von Michel Reiter, der eine umfassende Gesellschaftkritik forderte und sich damit genau gegen eine Politik wandte, die sich vorwiegend auf eine bestimmte – wenn auch nicht-essentalistische gedachte – Kategorie gründet, denn gerade im Bezug auf Intersexuelle fragte Michel Reiter: »Welches Geschlecht sollten sie gehabt haben?«.
Am diesem Punkt zeigte sich eine grundsätzlich unterschiedliche Zielsetzung zwischen Nico Beger und Michel Reiter. Währende Nico Beger für eine Vervielfältigung von Geschlechtern durch Grenzüberschreitung und Verschiebung von Grenzen plädiert und auf die Anerkennung dieser Vielfalt hinarbeitet, strebt Michel Reiter eine vollständige Auflösung der Kategorie an. Die Vielfalt der Meinungen und Positionen auf dem Podium spiegelte sich auch bei den TeilnehmerInnen wider.
Die abschliessende Diskussion drehte sich vorwiegend um Fragen nach der alltagspolitischen Umsetzung. Das Spektrum reichte von der Frage nach der Sichtbarkeit von ›gender-non-konformem‹ Verhalten, z.B. in der Sprache, bis hin zu den möglichen Allianzen und Bündnissen für eine noch kaum existierende Transgenderbewegung.
In diesem Sinne blieben am Ende der Veranstaltung mehr Fragen offen als beantwortet wurden – gerade im Bezug auf eine bundesdeutsche Transgenderbewegung. Es wurde einer wichtigen und längst überfälligen Diskussion Raum gegeben, die gerade durch die Vielfältigkeit der Meinungen – nicht nur auf dem Podium – eine produktive und inspirierende war. Wir hoffen auf weitere Möglichkeiten, diese Diskussion fortzuführen!

Heike Raab, Trixi Schwarzer, Karen Wagels, Mica Wirtz

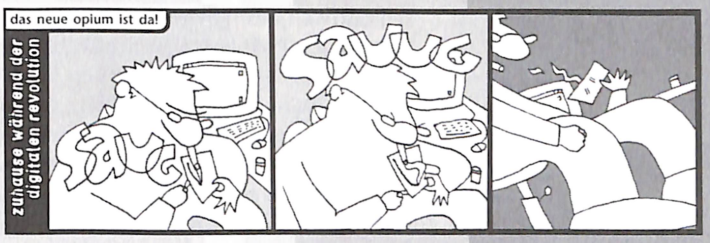
Umherschweifende Stadtforschung

Das Thema Stadt als politischer Raum, das seit Mitte der 90er Jahre wieder verstärkt durch Debatten auch der Linken geistert, hat ein weiteres Artikulationsmedium gefunden. Im Juli 2000 erschien die erste Ausgabe von *dérive – Zeitschrift für Stadtforschung*, die vom Wiener »IWI – Kulturverein zur Förderung der Interdisziplinarität« vierteljährlich herausgegeben wird.
Im Kontext der Lettristischen und später der Situationistischen Internationale in den 50er und 60er Jahren bezeichnete der Begriff dérive eine Praxis, durch den städtischen Raum umherzuschweifen, sich auf experimentelle künstlich-künstlerische Art durch das »psychogeopgraphische Bodenprofil« der Städte zu bewegen. Solcherart sollte mit herrschenden stadträumlichen Arrangements gebrochen und »neue« Erfahrungen jenseits Kulturindustrie, Funktionalismus etc. möglich gemacht werden. Weckt der Titel der neuen Wiener Zeitschrift also Assoziationen subjektiver und kollektiver Subversion in und gegen bestehende Stadtstrukturen, nimmt sich der Untertitel »Zeitschrift für Stadtforschung« nüchterner, wissenschaftlicher, distanzierter aus. Insgesamt enthält das Labeling also einen programmatischen Kontrast aus Stadt*erforschung* und *-forschung*. Im Editorial heißt es, dass der städtische Raum als Ort und Indikator gesellschaftlicher Restrukturierungen und Entwicklungen angesehen werden soll. Das Feld des Interesses wird dabei abgesteckt mit Stichworten wie »intensive Überwachung des öffentlichen Raums, Zero-Tolerance-Politik, Rassismus, Erlebniswelten und Muliplexe, Gentrifizierung, Migration und Integration, Stadtplanung, Wohnbaupolitik und Obdachlosigkeit, die Privatisierung des öffentlichen Raums, Gated Communitites, die Abschaffung des Sozialstaates und Standortpolitik«. Gleichzeitig wird der Rekurs auf die Stadt in der Tradition als Bezugspunkt utopischer Entwürfe und Repräsentationen verstanden. Die Stadt – sowohl Objekt der Analyse als auch Ort des Protests, des Nicht-Kontrollierbaren bzw. Einhegbaren, der »anderen Praxis«.
Die Juli-Ausgabe von *dérive* enthält die zwei Schwerpunktthemen Sanierung des Wiener »Gürtels« und institutioneller Rassismus am Beispiel der »Operation Spring«. Der »Gürtel«, ehemals der Wiener Stadtwall, mittlerweile eine Mischung aus innerstädtischem Grünstreifen und Verkehrsschneise, ist in den vergangenen Jahren im Rahmen eines von der EU geförderten Urban Projects zum Objekt von »Revitalisierungs«- Arbeit geworden. Bei seiner Sanierung vollzog sich eine Tendenz, die ähnlich auch in anderen Großstädten beobachtbar ist: Ausgehend von der Betonung des unwirtlichen und bedrohlichen Charakters wird die planerische Neugestaltung öffentlicher Räume unter dem Banner des subjektiven Sicherheitsgefühls der Mehrheitsgesellschaft und der Wiederbelebung betrieben. Auch im Falle des Gürtels meint bzw. bewirkt Aufwertung die Verdrängung des Zwielichts, der dubiosen Gestalten und anrüchigen Nutzungsweisen.
Der im Editorial formulierte Anspruch, die jeweiligen Schwerpunktthemen »aus mehreren Perspektiven« zu beleuchten, heisst im Falle der Gürtelsanierung zweierlei: Zum einen fällt die gelungene Mischung verschiedener Abstraktionsebenen auf, mit der das Thema in den jeweiligen Texten beleuchtet wird. So ist der »Gürtel« Gegenstand mikrosoziologischer Studien des gebauten und genutzten Raums, die die diskreten Details der Wiederbelebungs-/Verdrängungspraktiken wie die Ansiedlung neuer Geschäfte, bessere Beleuchtung der Grünanlage oder die »Rodung« dunkler und uneinsehbarer Zonen einsichtig machen. Die Auseinandersetzung mit der Entstehung und Umsetzung der Sanierungskonzepte gibt Aufschluss über die komplexen institutionellen Abläufe und die Vielzahl der beteiligten Akteure an Prozessen städtischer Restrukturierungen. So nimmt Michael Zinganel die Verflechtung des städtischen Sicherheitsdiskurses mit den Konzepten, Begründungen und der legitimatorischen Kraft frauengerechter Stadtplanung kritisch unter die Lupe. Schließlich lassen sich abstraktere theoretische Reflexionen über Politiken der Kontrolle, des Ausschlusses und der Sichtbarkeit finden.
Zum anderen heisst »mehrere Perspektiven« jedoch auch, zwei Interviews mit federführenden institutionellen RepräsentantInnen zu publizieren, deren Positionen und Arbeit Gegenstand der Kritik sind.
Im zweiten Schwerpunkt des Heftes beschäftigen sich mehrere Artikel am Beispiel der Operation Spring mit institutionellem Rassismus. Als Operation Spring werden die von Polizei und Drogenfahnung durchgeführten und von den Medien gefeierten Großeinsätze zur »Zerschlagung der nigerianischen Drogenmafia« bezeichnet, d.h. umfassende Lauschangriffe, Razzien, und Kriminalisierungen von afrikanischen MigrantInnen. In einem Artikel zeichnet Christoph Laimer nach, wie der Protest von MigrantInnen gegen gewaltsame Übergriffe und Tötungen bei Strassenkontrollen von den Beamten selbst zur Zementierung des Bildes der organisierten Drogenkriminalität benutzt wurde.
Daneben beinhaltet *dérive* zahlreiche Beiträge, in denen Projekte, Bücher und Filme vorgestellt werden, die sich mit dem Thema Stadt und öffentlicher Raum auseinandersetzen bzw. darin agieren. Beispielsweise finden sich in no. 1 zum Thema Antirassismus u.a. ein Beitrag über eine kulturpolitisch verhinderte Plakataktion des Medienkunstprojekts Klub Zwei und der Gruppe MAIZ und ein Text der MigrantInnengruppe »Tschuschenpower« (Tschusche ist das österreichische Pendant für das deutsche ›Kanake‹), die für eine selbstbewusst-rebellische Politik gegen Rassismus eintritt.
Welche Kritikstrategien in *dérive* möglich sind und welche nicht, d.h. konkret, wie weit man sich auch auf staatlich-institutionelle Perspektiven einlässt, wirkt insgesamt noch nicht ganz ausgemacht. Mehrfach klingt eine Übernahme des »planerischen Blicks« durch. Am offenkundigsten ist dies in dem Artikel »Vom Wohnen mit Fremden Tür an Tür«, in dem die Ergebnisse einer empirischen Studie über die Abhängigkeit rassistischer Einstellungen von der »Kontakthäufigkeit und -freiwilligkeit mit AusländerInnen« vorgestellt werden. Da dabei völlig unproblematisiert mit

der scheinbaren Evidenz der Kategorien Österreicher vs. Ausländer operiert wird, nimmt es nicht Wunder, dass sich letztlich sozialtechnokratisch für die gleichmäßige Verteilung von MigrantInnen im Stadtraum ausgesprochen wird – womit man flugs ins Fahrwasser einer Logik von Belastungsgrenzen geraten ist.
Sind die meisten Beiträge auch Wien-based, so lohnt sich die Lektüre insgesamt auch für die übrigen Stadtinteressierten und -aktivistInnen dieser Welt. Es wird sich in den folgenden Ausgaben zeigen, wie es den MacherInnen gelingt, das *dérive*-Projekt an den Schnittflächen von wissenschaftlicher, alltagskultureller, künstlerischer politischer Praxis und Kritik – zwischen *dérive* und Zeitschrift für Stadtforschung – zu verorten. Es liest sich gut an.

Die zweite Ausgabe von *dérive* erscheint im November 2000 mit den Schwerpunktthemen »Wohnsituation von MigratInnen in Wien / Kritik des Integrationsbegriffs« und »Reclaim the Street / Politik und Strasse«. Zu bestellen bei: *dérive*, c/o IWI, Postfach 129, A-1061 Wien (50 ats bzw. 8 dm). Netzkontakt: www.derive.cjb.net; derive@gmx.at

Christian Sälzer



CHIPKARTEN AN DER FACHHOCHSCHULE – OHNE UNS!

Die Hochschulleitung der Fachhochschule Frankfurt am Main will Mitte nächsten Jahres den herkömmlichen (und bislang kostenlosen) Studierendenausweis durch einen sogenannten »Study-Chip« (mit Paßbild zur eindeutigen Identifikation) ersetzen. Dieses Projekt soll angeblich nur dem Service an uns Studierenden dienen. Im Gegensatz zum derzeitigen Studierendenausweis soll der »Study-Chip« erstens 20 DM kosten und zweitens folgende Funktionen beinhalten: er wird Geldkarte, Studierendenausweis, RMV-Fahrkarte, Bibliotheksausweis, Kontrollkarte (an Terminals können alle Studiendaten eingesehen und z. T. geändert werden) und auch Raumzugangskarte sein.

Zur »engen Kooperation mit der Frankfurter Sparkasse 1822«

Wie auch an anderen Hochschulen ist an dem Chipkartenprojekt ein ortsansässiges Kreditinstitut beteiligt. Und dies wohl nicht aus reiner Nächstenliebe: Die auf jedem »Study-Chip« installierte und ach so »kontoungebundene« Geldkarte der 1822 kann an der Fachhochschule ausschließlich mit einer »üblichen EC-Karte«, nicht aber mit Bargeld aufgeladen werden. Diese eindeutige Benachteiligung von nicht als EC-Karten-würdig bewerteten Studierenden ist inakzeptabel.
Außerdem: Jedes Aufladen der Geldkarte kostet die Studierenden Geld, und zwar zwischen 1 DM und 2 DM. Studierende sollen künftig Geld dafür zahlen, dass sie Geld ausgeben. Und wer zahlt »nur« 1 DM? Natürlich der- oder diejenige, der oder die eine EC-Karte von der 1822 besitzt. Könnte es sein, dass seitens der 1822 doch ein Interesse besteht, gerade Studierende über diesen Werbeträger als zukünftige Besserverdienende an ihr Kreditinstitut zu binden?

Zum Servicegedanken der Hochschulleitung

Studierende werden, sollte der »Study-Chip« wirklich eingeführt werden, ihre Studiendaten, die nur mit einer PIN gesichert sind, einsehen und verändern können. Anmeldungen zu Prüfungen, Ausdruck von Leistungsnachweisen, Beurlaubungen und auch Exmatrikulation werden somit auch für mögliche Finder einer verlorenen Karte leicht möglich.

Zur Möglichkeit der Überwachung aller Studierenden

Nutzen Studierende den »Study-Chip« als Zugangskarte für Räume, so wird ihre Matrikelnummer und somit auch die Zeit ihrer Anwesenheit gespeichert. Dies geschieht natürlich nur, um bei eventuellen Sachbeschädigungen den Täterkreis einzugrenzen. Weiter gedacht ist der »Study-Chip« ideal, um das Studier- und Alltagsverhalten von Studierenden aufzuzeichnen und auszuwerten: Wer geht wann mit wem in die Mensa, wer ist nicht die vorgeschriebene Anzahl von Semesterwochenstunden auch wirklich anwesend, wer meldet sich zur Prüfung an, obwohl er oder sie zu oft im Seminar gefehlt hat, und wie praktisch wird der »Study-Chip« erst bei der Einführung von Studiengebühren sein?
Am Fachbereich Sozialarbeit haben sich sowohl die Studierenden auf einer Vollversammlung als auch der Fachbereichsrat gegen den »Study-Chip« ausgesprochen. Sollte die Hochschulleitung dieses Projekt nicht endgültig einstellen, wird der AStA aufgrund der Vielzahl von Risiken, ungeklärter datenschutzrechtlicher Fragen und der nicht auszuschließenden Profilbildung von Studierenden zum Boykott dieses »Study-Überwachungs-Chips« aufrufen.

Maren Kochbeck,
Hochschulpolitische Referentin
im AStA der FH Frankfurt

MoneyNations 2

Wien Kunsthalle Exnergasse
WUK 20.10.–11.11.2000

In Zeiten des Postfordismus werden Grenzen nicht beseitigt, sondern neu gezogen. Mit der Bedeutung dieser veränderten Geographie setzt sich das von Marion von Osten initiierte Projekt Money-Nations kritisch auseinander. Während in der ersten Veranstaltung in der Shedhalle Zürich die »Festung Europa« und die damit verschärfte Grenzpolitik gegenüber den Nicht-EU-Staaten im Mittelpunkt stand, untersuchte MoneyNations 2 in der Kunsthalle Exnergasse vorwiegend die Ausschlußmechanismen innerhalb eines Staates. Die xenophobe Politik der österreichischen Regierung dürfte Anlaß dieser thematischen Verschiebung gewesen sein. Ingesamt gesehen, gehen beide Veranstaltungen von einer engen Verquickung von Ökonomie, Kultur und Politik aus.
MoneyNations stellt auch in seiner eigenen Struktur den Mittel-/Westeuropa-Zentrismus in Frage. Aus verschiedenen Perspektiven werden die kulturellen und ökonomischen Entwicklungen des »Neuen Europa« betrachtet und analysiert. So wurde ein KorrespondentInnennetz aufgebaut, um die Diskussionen in anderen Ländern mit denen Westeuropas zu verknüpfen. Mit einem besonderen Augenmerk auf Rassismus und Sexismus untersucht dieser Personenkreis Herrschaftsverhältnisse, die Europa in effiziente und nicht-effiziente Bereiche einteilen und dabei kulturelle Differenz als Mittel der Abwertung mißbrauchen. Armut und Ausbeutung vor allem der osteuropäischen Länder werden mit dem Hinweis auf korrupte oder mafiöse Strukturen verschleiert oder sogar legitimiert.
Am Beginn von MoneyNations 2 stand ein Kongress, an dem KünstlerInnen, TheoretikerInnen und politische AktivistInnen teilnahmen. Ein Schwerpunkt war dabei die Situation der Roma. Während Anna Wessely über die Zunahme gewalttätiger Übergriffe in Ungarn sprach, berichtete Andreas Lehner von Schwierigkeiten in Österreich, z. B. in der Erhaltung der eigenen Sprache. Ein anderer galt dem Verhältnis von Geschlecht und »Staatsarchitektur«, einem Thema, dem sich in ihrer letzten Ausgabe die Wiener Zeitschrift »Vor der Information« widmete. Die große Zahl von Präsentationen sowohl antirassistischer Initiativen und Organisationen wie auch die Aktivitäten von KünstlerInnen und FilmemacherInnen (Gülsün Karamustafa, Marion Baruch, Mark Saunders etc.) waren vermutlich der Grund dafür, warum kaum Zeit für Diskussion blieb. Vielleicht auch, weil die Unterschiede zwischen einer kulturellen Praxis, individuellen Hilfsleistungen und konventionellen Formen des politischen Kampfes wie Demonstrationen oder Resolutionen immer weniger als solche wahrgenommen oder einfach als sich ergänzende Maßnahmen gesehen werden. Dabei wäre eine Debatte um die Wirksamkeit symbolischer Akte (z. B. Deportation Class, ein Internetprojekt von »kein Mensch ist illegal«, das mit subversiver Energie Imageverschmutzung betreibt) einerseits und der Gefahr einer kompensatorischen Sozialabeit andererseits durchaus sinnvoll gewesen. Zudem gibt es fließende Übergänge, z. B. das Projekt »Macht und Gehorsam – Strukturelle Gewalt«, in dem KünstlerInnen mit Jugendlichen der 2. Generation von der SchülerInnenschule des WUK eng zusammenarbeiten. Theoretische Beiträge wie z. B. der von Brian Holmes, der über kulturelles und ökonomisches Mapping sprach, verknüpften politische und kulturelle Ansätze.
Im Unterschied zu Zürich konzentrierte sich die Wiener Ausstellung gänzlich auf das Medium Video, was einerseits dem derzeitigen Video-Boom entgegenkommt, andererseits eine Traditionslinie des Aktivismus fortführt. Den Fundus für diese Kompilation von Videoarbeiten bildete sowohl das bereits angesprochene Netzwerk MoneyNations TV als auch das Projekt EuroVisions2000, das sich die Aufgabe stellt, die historischen und gegenwärtigen Formen der Grenzbildung und ihrer Ausschlusspraktiken zu untersuchen. Alle Videos einzeln vorzustellen, ist hier nicht möglich, aber auf einige neuere möchte ich doch eingehen, vor allem auf jene, die über einen konventionellen Dokumentarstil hinausgehen. Mit vielfältigen Mitteln der Filmtechnik und der Computeranimation untersucht Angie Waller in ihrem Film »Loading Animated Version« (2000), in welcher Form die New Economy in die Ausbeutung »nicht-westlicher« Ländern verwickelt ist. Sie beschreibt mit viel Witz, warum amerikanische E-Business-Firmen stumpfsinnige Programmierarbeiten lieber in Ungarn machen lassen. »Migrasophia« (2000) von Zeigam Azizov erinnert zunächst an einen mit wenig Aufwand gedrehten Musikclip, in dem der Rhythmus des Oriental Techno-Tracks die Schnittfolgen und die Dramaturgie bestimmt. Erst als der Blick auf den Paß eines Abgewiesenen fällt, wird der politische Kontext deutlich. Das Video »Nordreise« (2000) von Marion von Osten, das in Zusammenarbeit mit dem Sans Papiers-Büro in Antwerpen entstand, beleuchtet die Situation der MigrantInnen in Belgien. Dass ein illegaler Aufenhalt nicht nur Rechtlosigkeit, sondern totale Unterbezahlung bedeuten kann, wird am Beispiel der Textilindustrie dargestellt.
Irgendwie ermutigend, wie selbstverständlich in der Kunsthalle Exnergasse politische und kulturelle Praxis zusammengeführt wurden, ohne dabei die Legitimation der jeweils anderen in Frage zu stellen. MoneyNations 2 funktionierte wie sein Vorgänger sowohl als Verteiler unerwünschter oder wenig bekannter Informationen, aber auch als inspirierende Diskussionsplattform für die im Kampf gegen Rassismus Engagierten.

Justin Hoffmann

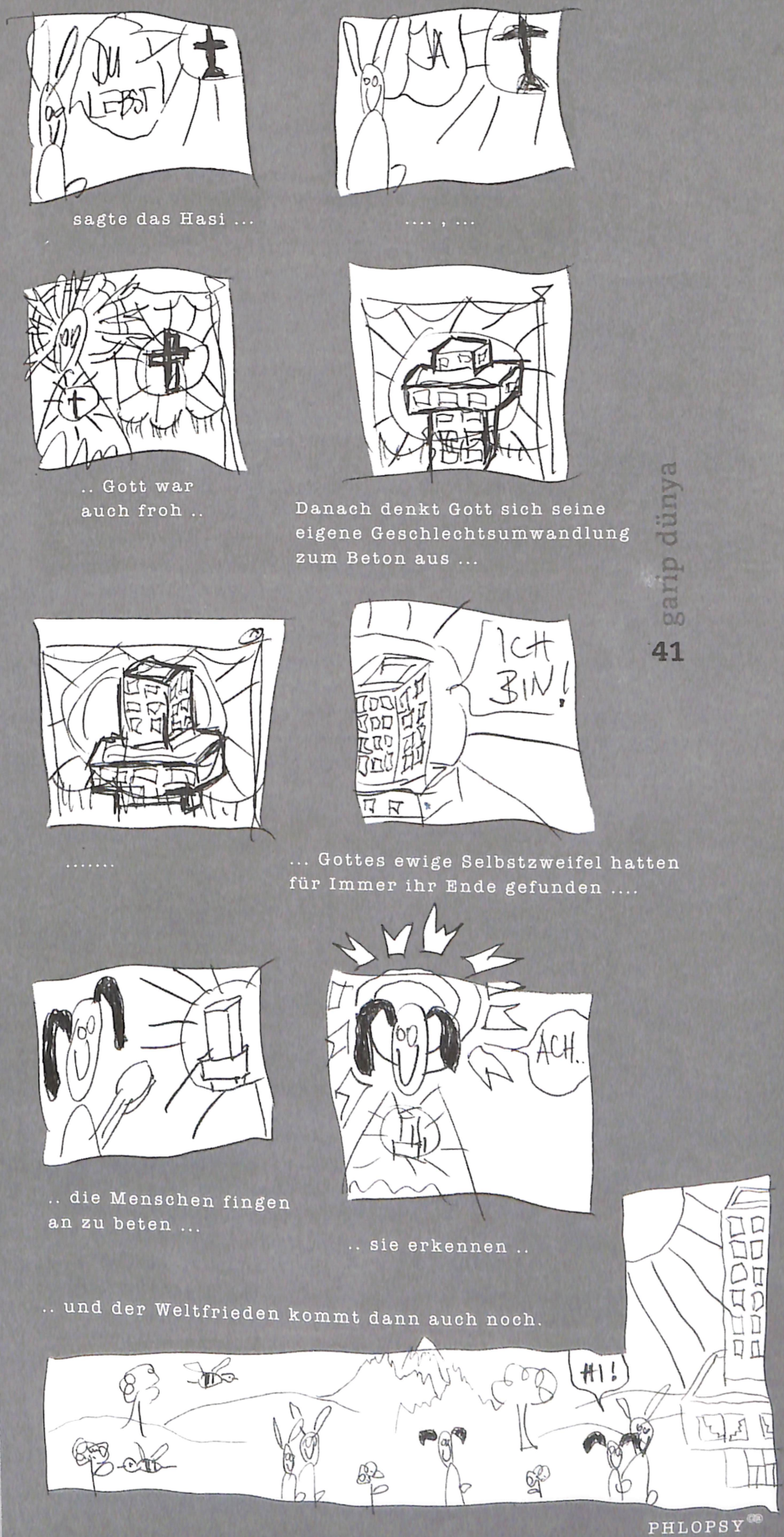
Dieser Kommentar ist dem Wiener Magazin *springerin – Hefte zur Gegenwartskunst*, 4/2000 entnommen.

ZUR AKTUELLEN SITUATION DES TUCAS

Am Freitag, dem 10. November wurde auf Anweisung der Uni-Leitung das Mobiliar des TuCas fast vollständig entfernt. Durch direkte Verhandlungen vor Ort konnte erreicht werden, daß die Theke und die Stahlschränke stehen bleiben konnten. Die Räumung verlief ohne Gegenwehr, da – aus verschiedenen Gründen – nur so die Möglichkeit gesehen wurde, das TuCa zu erhalten. Das mag paradox klingen, ist aber nur aus der Situation heraus zu verstehen. Unbestreitbar kam es auch zu Fehlern im Verhalten während der Räumung, aber das TuCa-Kollektiv ist dabei, die Sache aufzuarbeiten, damit in Zukunft solche Fehler vermieden werden.
Am Montag darauf waren, entgegen aller Absprachen mit der Vizepräsidentin der Uni, einen Stehbetrieb aufrecht zu erhalten, die Türen zum Bereich des TuCa verschlossen. Im Laufe der VV am gleichen Tag wurde der Raum des TuCa dann neu besetzt. Daraufhin sicherte Präsident Steinberg schriftlich zu, daß der Stehbetrieb weiter laufen kann. Also läuft das TuCa weiter. Mittlerweile hat ein erstes Gespräch zwischen Uni-Leitung in Person der Vizepräsidentin, Vertretern des Asta und der Fachschaften 03 & 04, der Dekanin des Fb 03, dem Chef des Personalrates und dem TuCa-Kollektiv stattgefunden. Da es das erste Gespräch in einer solchen Runde war, wurden nur die unterschiedlichen Standpunkte ausgetauscht. Dabei wurde deutlich gemacht, daß Selbstverwaltung bedeutet, daß sich Menschen hierarchiefrei organisieren und den Cafébetrieb selbst in die Hand nehmen. Nur eine solche Form der Organisierung kann den Freiraum gewährleisten, der durch das TuCa entstanden ist. Ein vom Asta betriebenes Café, die vom Präsidenten bevorzugte Variante, bedeutet dagegen einen ganz normalen kommerziellen Betrieb, der weder Freiraum schafft noch sonst irgendeine politische Aussage beinhaltet.
Um derzeit den Betrieb aufrecht zu erhalten und die nötigen Schritte für das Fortbestehen des TuCa zu unternehmen, ist das TuCa auf Solidarität angewiesen. Diese kann sich verschieden ausdrücken. Zum Beispiel ist es erwünscht, daß Thekenschichten übernommen werden. Einfach mal vorbeischauen. Geplant ist außerdem ein politisches Frühstücksbuffet, allerdings nur, wenn sich Leute bereit erklären, bei der Umsetzung mitzuhelfen. Um den neusten Stand der Verhandlungen zu erfahren, um einen Kaffee zu trinken oder einfach so, solltest du im TuCa vorbeikommen.
Der Turm sind wir alle – TuCa bleibt!!!

TIME

GOTT EXISTIERT DURCH DIE REALE MÖGLICHKEIT NICHT-BRENNBARER MATERIALIEN



Happy Birthday Leo

Der Kritiker der Waren- und Wortproduktion Leo Löwenthal wäre am 3. November 100 Jahre alt geworden

Wie lässt sich der Geburtstag von jemandem begehen, dessen Leben und Werk zentral mit der Kritik individualistischer Lobhudeleien und deren kulturindustrieller Zurschaustellung verbunden waren? Gelegenheit, dieses Dilemma vor Augen geführt zu bekommen, bot sich anlässlich der Eröffnungsfeier einer von der Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt am Main ausgerichteten Ausstellung zu Ehren Leo Löwenthals.

In einem Aufsatz zur biographischen Mode vergleicht Löwenthal populäre Biographien mit Versandhauskatalogen. Die dargestellten Lebensläufe lassen sich nach Rubriken gliedern: Da sind die Superlative »alles ist das Beste, das Teuerste, die nie wiederkehrende Gelegenheit«; zum anderen die seelischen Verfassung: Wenn der Biograph von der Seele spricht, »legt er gleichsam verzückt die Finger an den Mund, weil es hier ums Heiligste geht (aber verkauft werden muß)«. Des weiteren gibt es die ›einzigartige Handlung‹, das ›Mythos-Register‹, die ›Geheimnis-Liste‹ und schließlich die ›Schablonen von Einsamkeit und Tod‹, die das Individuum aus der Masse herausheben sollen und in der Überhöhung gleichzeitig verdinglichen. Demgegenüber wird das historische und gesellschaftliche Umfeld in Form von Namen, Briefen und Ereignissen fixiert. Zu gegebenem Anlass, wie eben auch in Frankfurt, werden solche Phrasen umgemünzt in große Worte und Gesten wie: »Verantwortung der Wissenschaft«, »Tradition der kritischen Theorie«, »großer Prophet«. Obligatorisch ist die verklärte Erinnerung der RednerInnen an die eigene Vorlesung bei Löwenthal als einem der »Großen« der Frankfurter Schule.

Löwenthal war sich mit Horkheimer und Adorno einig, dass dem Individuum in der spätbürgerlichen Gesellschaft keine Konsistenz zukommt. Die Vorstellung, nach der ein Mensch sein Leben aus eigener Kraft gestalten kann, wird durch gesellschaftliche Verhältnisse konterkariert, in denen es kaum noch gelingt, sich rasch genug anzupassen.

Detlev Claussen hatte anlässlich Löwenthals neunzigstem Geburtstag darauf aufmerksam gemacht, dass ein sich fast über das gesamte 20. Jahrhundert erstreckendes Leben (Löwenthal starb am 21.1.1993) nur verfälschend als biographische Einheit sich darstellen lässt.

Die Frankfurter Universität verfährt jedoch nicht anders. Sie läßt Festreden halten, stellt Bücher, Dokumente und Bilder aus, die die Person Löwenthals »vergegenwärtigen« sollen. In Vitrinen dürfen wir auf ein großes Lebenswerk schauen. Der in dieser Weise Ausgestellte wird historisiert und in Beschlag genommen für die bessere Seite der deutschen Kultur. Man verehrt ihn als »Propheten«, der es 1933 und 1989 besser wusste als die anderen.

Leo Löwenthal gehörte zu denjenigen Protagonisten der »Frankfurter Schule«, die hierzulande nie den Bekanntheitsgrad erreichten wie Adorno, Horkheimer oder Marcuse. Der Grund war nicht nur sein Verbleiben in den USA, eine Entscheidung, die ihm in der BRD wohl keine Sympathien einbrachte, die offiziellen Adepten der Kritischen Theorie betonen immer gerne das »große Geschenk«, das Adorno und Horkheimer den Nachkriegsgenerationen machten, indem sie nach dem Krieg wieder nach Frankfurt zurückkehrten. Hinzu kam, dass vielen die Beschäftigung mit Literatur als bildungsbürgerlich kontaminiert galt, als komischer

Pioniertaten in immaterieller Arbeit

Informelle Netzwerke, vollständig angeeignetes Produktionswissen, Teamarbeit in flachen Hierarchien, autonom organisierter Produktionsprozess, flexible Arbeitszeiten – sind die Parallelen nicht allzu offensichtlich, um bloße historische Zufälligkeit anzunehmen?

Der Bankraub ist eine Tätigkeit, die handwerkliche, kommunikative, organisatorische und kreative Fähigkeiten vereinigt und das seit über hundert Jahren. Während der Phase forcierter Industrialisierung nach Ende des 19. Jahrhunderts wurde die unumgängliche Anhäufung von flüssigem Kapital in städtischen Zentren schnell zur attraktiven Zielscheibe illegalen Handelns. Die damit greifbar gewordene Gelegenheit, sich unter gegebenen kapitalistischen Verhältnissen die Möglichkeiten menschlichen Vermögens umfassend anzueignen, übt bis heute eine unwiderstehliche Anziehungskraft aus.

Waren die ersten Banküberfälle in den 90er Jahren noch weitgehend von der Anwendung brachialer Gewalt bestimmt, zwangen technische Fortschritte – etwa in der Anfertigung von Tresoren und Schlössern – ein erfolgversprechendes Unterfangen bald zu technologisch informierteren und zunehmend raffinierten Vorgehensweisen. So ist es nicht verwunderlich, dass der gelungene Bankraub nicht nur in Unterweltskreisen als die vornehmste Form der illegalen Geldbeschaffung gilt. Insbesondere der gut geplante und weitgehend ohne Gewalt ausgeführte Coup kann sich breiter Wertschätzung erfreuen. Die dabei zu entwickelnde professionelle Leidenschaft kann sogar soweit gehen, dass die absolute Ausbeute an allgemeinem Äquivalent von den Ausführenden als sekundär wahrgenommen wird. »So gelang es Kimmel eines Tages, mit einem selbstgebastelten Dietrich den Panzerschrank einer Schuhfabrik zu öffnen. Obgleich darin kein Bargeld zu finden war, bezeichnete Kimmel dies als seinen grössten Erfolg.« Erinnert uns das etwa nicht an die Mentalität, mit der heutzutage gehackt oder Opensource-Software entwickelt wird?

Indes war Kimmel Mitglied einer Jugendgang, die ab Mitte der 50er Jahre im Pfälzer Wald ihre Aktivitäten entfaltete und auch deswegen interessant ist, weil sie sich gleichsam als Projektionsfläche einer poplinken RAF geradezu anbietet. Nicht nur, dass diese von Schinderhannes inspirierten Jugendlichen inmitten der adenauerschen Restaurationsära und noch vor den Schwabinger Krawallen aktiv wurden,

Auswuchs des Überbaus, mit dem man sich nicht zu beschäftigen brauche. Als marxistischer Literaturwissenschaftler war Löwenthal insofern immer ein Paradoxon, ein Ding der Unmöglichkeit. Überraschend war es deswegen auch nicht, dass das obszöne Wort Marxismus bei der Eröffnungsveranstaltung von niemandem in den Mund genommen wurde. Inmitten der allgemeinen Langeweile, die von solchen Veranstaltungen auszugehen pflegt, gab es eine auffallende Betonung der sozialen Herkunft Löwenthals aus dem liberalen deutsch-jüdischen Großbürgertum. Anstatt dessen Ende und Vernichtung in Deutschland zu konstatieren, wollten die RednerInnen von Universität, Archivverwaltung und Stadt Traditionsbestände neu errichten oder an dieselben anknüpfen. Zwar sollen in Frankfurt immerhin die Archivbestände von Adorno, Benjamin, Horkheimer, Marcuse, Pollock und eben auch Löwenthals unter einem Dach zusammengefasst und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Nur ist die Schaffung eines solchen Archivs nicht mit einem intellektuellen sozialen Zusammenhang zu verwechseln, der vollständig zerstört wurde und sich auch nicht wieder aufbauen lässt. Der Wille, sich selber in eine Tradition zu setzen, die es nicht mehr gibt, zeigte sich auch in der wiederholten Nennung von Frankfurt am Main als der Heimatstadt Leo Löwenthals. Löwenthal selber hatte sich ganz nüchtern als deutscher Jude in Amerika betrachtet und Frankfurt als seine Vater – oder Geburtsstadt. Eine Heimat gab es für die Exilanten – auch für die Reemigrierten – ohnehin nicht mehr. Erfrischend war demgegenüber Jan Philipp Reemtsmas sarkastisch vorgetragene Polemik in bezug auf den Umgang mit der vom ihm erworbenen und an die Universität und Stadt weitergeleiteten Bibliothek Leo Löwenthals. Die zugesicherte Eingliederung der Bücher ins Leo-Löwenthal-Archiv lässt in Frankfurt seit nun mehr zehn Jahren auf sich warten.

Nomi

und innerhalb der Bevölkerung äusserst ambivalente Gefühle provozierten, auch scheint Andreas Baader nicht der erste bundesdeutsche Guerillero gewesen zu sein, der infolge von räuberischem Geldsegen eine Vorliebe für schicke Autos entwickelte. Dass diese Gruppe parallel zu ihren Aktionen nicht auch noch eine linksradikale Textproduktion hervorgebracht hat, macht sie angesichts der unglücklichen Historie der RAF-Erklärungen eher sympathisch.
Die Zukunft des Bankraubs ist ungewiss. Die Tendenz zum elekronischen Zahlungsverkehr legt eine Konzentration der Fähigkeiten auf internet-basierte Aktivitäten nahe, während die Umstellung des hiesigen Papiergelds auf den Euro zum Jahreswechsel 2001 / 2002 auf massive und materiell anwesende Geldmengen hoffen lässt.

Bodo Pallmer

Klaus Schönberger (Hg.): Va Banque. Bankraub. Theorie. Praxis. Geschichte. VLA, Schwarze Risse, Rote Strasse 2000. 325 Seiten im lachsfarbenen Design der *Financial Times*, DM 34,–

impressum

diskus · Frankfurter StudentInnen Zeitschrift
Heft Nr. 3.00 · Dezember 2000 · 49. Jahrgang

Anschrift: Mertonstr. 26 – 28 · 60325 Frankfurt

Tel: (069) 79828912 · Mittwochs 20 – 22 Uhr

Fax: (069) 702039

E-mail: diskus@copyriot.com

Webarchiv: www.copyriot.com/diskus

HerausgeberInnen:
Sonja Buckel · Wolfgang Hörbe · Tanja-Maria Müller · Alexandra Rau · Katja Wießner

Redaktion:
Stephan Adolphs · Oliver Groß · Eva Hartmann · Wolfgang Hörbe · Serhat Karakayalı Tanja-Maria Müller · Bodo Pallmer · Alexandra Rau · Christian Sälzer · Uta Schirmer (VisdP) · Uli Spenkoch · Esther Uhlig

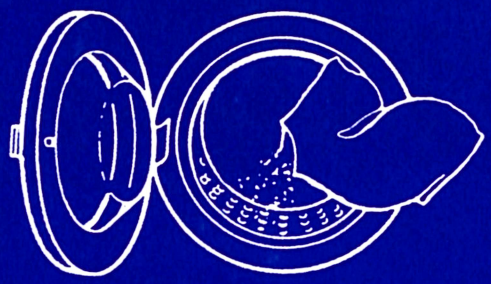
Auto-Layout: alt shift doppelwee
(nicht ohne kasac)

Druck: Druckerei- und Verlagskollektiv Gutleut e.G.

Auflage: Achttausend

Erscheinungsweise: Vierteljährlich

Preis: Bis Offebach gratis, auswärts 5 Mark

Namentlich unterzeichnete Beiträge liegen in Verantwortung der AutorInnen.

Original cleanfeudeled™